

# Virtuelle Agora und digitale Zivilcourage

DIENDORFER, GERTRAUD/KAPFER, MARGOT/URBAN, JOHANNA (Hg.)



Working Paper des Demokratiezentrum Wien  
Heft 2

Diendorfer, Gertraud/Kapfer, Margot/Urban, Johanna (Hg.)  
Virtuelle Agora und digitale Zivilcourage  
Wien 2017

Alle Texte, wenn nicht anders angegeben, verfasst von Margot Kapfer und Johanna Urban.

ISBN: 978-3-9503645-1-4  
Alle Rechte vorbehalten

Satz & Layout: Katrin Pflieger Grafikdesign  
Druck: druck.at, 2544 Leobersdorf

© Demokratiezentrum Wien 2017  
Tel: +43 (0) 512 37 37  
Fax: +43 (0) 512 37 37-20  
E-Mail: [office@demokratiezentrum.org](mailto:office@demokratiezentrum.org)  
[www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org)

Mit freundlicher Unterstützung von



BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH

<b>Einleitung</b>	<b>2</b>
<b>Wie das Netz „tickt“</b>	<b>3</b>
Demokratische Gesellschaften im digitalen Wandel	3
Algorithmen und Social Bots	5
Von Zensur bis Regulierung	6
Debattenkultur im Netz	7
Datenschutz	8
<i>Facebook</i> : besondere Rolle	9
<b>Herausforderungen im Netz – Entwicklungen und Gegenstrategien</b>	<b>11</b>
<b>Maßnahmen auf politischer Ebene</b>	<b>11</b>
Maßnahmen auf österreichischer Ebene	11
Muna Duzdar: #GegenHassimNetz	11
Maßnahmen auf europäischer Ebene	14
<b>Maßnahmen auf juristischer Ebene</b>	<b>16</b>
<b>Wie reagiert die Zivilgesellschaft?</b>	<b>20</b>
Österreichische Initiativen/Best practice-Beispiele	20
Internationale Initiativen	30
<b>Präventive Maßnahmen im Bildungsbereich</b>	<b>32</b>
Barbara Buchegger und Louise Horvath, Saferinternet.at: Dem Aufholbedarf von Jugendlichen im Umgang mit Hass im Netz begegnen	32
Kompetent im Netz durch Politische Bildung	38
<b>Die Rolle der Medien</b>	<b>42</b>
Falschmeldungen im Netz	43
Wie begegnen klassische Medien den aktuellen Herausforderungen	45
<b>Technische Maßnahmen gegen Hass im Netz</b>	<b>47</b>
David Röthler: Über die möglichen Gefahren von Social Bots	48
<b>Resümee</b>	<b>51</b>
<b>Sammlung mit weiteren Hinweisen / nützlichen Adressen</b>	<b>52</b>
<b>Quellen</b>	<b>54</b>
<b>AutorInnen und HerausgeberInnen</b>	<b>56</b>

## Einleitung

Das Phänomen Hass im Netz hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Intensiv in Österreich diskutiert wurde im Sommer 2015 beispielsweise der Fall eines Lehrlings, der das Foto eines syrischen Mädchens, das zur Erfrischung in der Sommerhitze an einer Wasserdusche durch die Feuerwehr teilnahm, auf *Facebook* mit den Worten „Flammenwerfer währe (sic!) da die bessere Lösung“ kommentierte. Er wurde aufgrund des Kommentars von seinem Arbeitgeber entlassen. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Wels wurden eingestellt, da sie den Tatbestand der Verhetzung oder gefährlichen Drohung nicht erfüllt sah. In der Debatte um solche Hasspostings wird oftmals argumentiert, dass wir in einer Demokratie leben und zu starke Regulierungen das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken würden. In jüngerer Vergangenheit hat sich jedoch verstärkt ein Bewusstsein dafür gebildet, dass Hass im Netz Gewalt darstellt, die unter Umständen auch Gewalt in der „Realwelt“ nach sich ziehen kann. Auf verschiedenen Ebenen werden Maßnahmen gesetzt, und unterschiedliche AkteureInnen vernetzen sich.

Mit dem vorliegenden Working Paper will das *Demokratiezentrum Wien* einen Beitrag zur Sensibilisierung für das Thema leisten und dessen demokratiepolitische Relevanz beleuchten. Die Broschüre gibt einen Überblick über Initiativen, Vorschläge, sowie Maßnahmen und Netzwerke auf nationaler und internationaler Ebene aus den Bereichen Politik und Gesetzgebung, Medien, Zivilgesellschaft und Bildung.

Im einleitenden Kapitel „Wie das Netz tickt“ geben wir Einblicke in demokratie- und netzpolitische Debatten und Fragestellungen und widmen uns unter anderem dem digitalen Wandel demokratischer Gesellschaften, dem Spannungsfeld Zensur vs. Regulierung oder aber

auch Fragen des Datenschutzes und der besondere Rolle des Sozialen Netzwerks *Facebook*.

Das Kapitel „Herausforderungen im Netz – Entwicklungen und Gegenstrategien“ zeichnet aktuelle Entwicklungen auf unterschiedlichen Ebenen nach. Es werden Maßnahmen auf europäischer und nationaler politischer Ebene skizziert, um das Netz demokratischer zu gestalten beziehungsweise Hate Speech zu bekämpfen. Staatssekretärin Muna Duzdar erläutert in ihrem Beitrag die Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung im Hinblick auf das Thema Hass im Netz. Neben der juristischen Ebene spielt insbesondere die Zivilgesellschaft eine wesentliche Rolle, wenn es um die Bekämpfung von Hass im Netz geht. Hier haben wir die zivilgesellschaftlichen Initiativen/Organisationen *#aufstehn*, die *Bundesjugendvertretung*, *Mimikama* sowie *ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit* in Form eines Q & A um ihre Statements zum Thema gebeten, außerdem stellen wir einige internationale Initiativen/Netzwerke vor. Im Kapitel „Präventive Maßnahmen im Bildungsbereich“ beleuchten Barbara Buchegger und Louise Horvath von *SaferInternet.at* den Aspekt der Medienkompetenz und den Aufholbedarf von Jugendlichen im Umgang mit Hass im Netz. Zudem beleuchten wir, welche Bedeutung die Politische Bildung für die demokratische Ausgestaltung des Internets hat und welche Anknüpfungspunkte sie bietet. Das Kapitel „Rolle der Medien“ setzt sich mit Falschmeldungen und der Rolle und Verantwortung klassischer Medien in Hinblick auf die Online-Debattenkultur auseinander. Ferner beleuchten wir technische Maßnahmen und David Röhler widmet sich in seinem Beitrag den Gefahren von *Social Bots*. Abgerundet wird die Broschüre durch weiterführende Webtips und Informationen zu Melde- und Beratungsstellen.

Mai 2017

die Herausgeberinnen

## Wie das Netz „tickt“

### Demokratische Gesellschaften im digitalen Wandel

War das Internet zu Beginn seiner gesellschaftlichen Popularität vor allem ein Datenhighway im Sinne der Informationsverbreitung (vgl. Schmidt 2012: 3), so wurde es oftmals auch als „demokratische Hoffnung“ oder als „Ort der Aufklärung“ konzeptualisiert.

Es wurden Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung über Online-Tools geschaffen, getestet und diskutiert. Sogar ein „neues Modell der Demokratie“, die so genannte *Liquid Democracy*, wurde entwickelt. Manche Gruppierungen wie etwa die Piraten-Partei in Deutschland, Österreich und anderen Ländern haben damit experimentiert. Die Kommunikation zwischen Staat und BürgerInnen hat sich ebenso verändert. So erfreut sich die Nutzung des Internets zur Erledigung von Amtswegen immer größerer Beliebtheit (vgl. Initiative D21/ipima 2016: 6).

Eine demokratiepolitische Hoffnung sah man im Web auch im Hinblick auf den Bereich der Informations- und Meinungsfreiheit: Der freie Zugang zu Informationen wurde in der Vergangenheit ebenso hervorgehoben wie die scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten der Meinungsäußerung mit potentiell unendlichen Reichweiten – vor allem in Bezug auf Social Media Netzwerke mit ihrem interaktiven Potenzial. Das Internet wandelte sich vom reinen Informationsmedium zu einem „Ort der Kommunikation“.

Es schien, als wäre mit dem Netz eine „virtuelle Agora“ entstanden, auf der die Menschen ihre

Meinungen und Positionen gleichberechtigt, frei und auf Augenhöhe austauschen könnten. Tatsächlich ermöglicht das Internet Individuen einen vorher nie dagewesenen Zugang zur Öffentlichkeit – Themen, die vielleicht sonst nur im Rahmen des Freundeskreises diskutiert wurden, können nun mit überschaubarem Zeit- und Kostenaufwand mit weitaus mehr Personen geteilt und somit in den öffentlichen Diskurs eingeführt und damit auch Machtausübung durch staatliche wie nichtstaatliche AkteurInnen stärker hinterfragt werden (vgl. Jacob/Thomas 2014: 35). Manchmal bilden sich sogenannte *Crowds* oder Schwärme, die zwar nicht über Entscheidungskraft verfügen, jedoch durch die „Fixierung auf ein geteiltes Thema zusammengehalten“ werden (Schmidt 2015: 86). So entstehen beispielsweise *Hashtags* auf *Twitter* oder *Memes*, die online verbreitet werden, neue mediale Phänomene, die handlungsleitende Kraft entfalten können, jedoch auch sehr flüchtigen Charakter haben (vgl. ebd.). Die Gründerin der deutschen Socialbar – einem „Lernort einer modernen Zivilgesellschaft“, was Soziale Medien, Kulturwandel & Bürgergesellschaft betrifft – Sophie Scholz, vertritt die Meinung, dass das „Bürger-Sein“ durch die sozialen Medien gestärkt werden könnte.<sup>1</sup> Diese würden Gemeinschaften fördern, Transparenz schaffen und eine effiziente Selbstorganisation ermöglichen, wie im Herbst 2015 im Zuge der Fluchtbewegungen oder auch schon früher im Jahr 2009 im Rahmen der Studierendenproteste ersichtlich wurde. Christine Weitbrecht spricht in diesem Zusammenhang von einer historisch einzigartigen partizipativen Kultur, die es jedem Mitglied einer Gesellschaft ermöglichen würde,

<sup>1</sup> vgl. [www.bpb.de/dialog/netzdebatte/175151/soziale-medien-schaffen-moeglichkeitsraeume-fuer-das-buerger-sein](http://www.bpb.de/dialog/netzdebatte/175151/soziale-medien-schaffen-moeglichkeitsraeume-fuer-das-buerger-sein)

sich öffentlich zu äußern, Medieninhalte zu schaffen und zu veröffentlichen sowie diese zu verbreiten (vgl. Weitbrecht 2015: 108).

Gleichzeitig bedient sich die etablierte Politik der neuen medialen Möglichkeiten, um auf eigene Anliegen aufmerksam zu machen und in diesem Sinne ihre Interessen auch online zu verfolgen. In diesem organisierten Kontext spielen personelle und finanzielle Ressourcen wieder eine zunehmende Rolle (vgl. Schmidt 2012: 7) – das Erzielen besonders hoher Reichweiten ist auf sozialen Netzwerken oftmals mit Werbeausgaben verbunden, und neue professionelle Kompetenzen zur Betreuung von Social Media-Kanälen sind auch im politischen Bereich zunehmend gefragt.

Während sich die Anzahl der InternetnutzerInnen weltweit kontinuierlich erhöht, sorgen Faktoren wie Bildung, Einkommen, Alter und Herkunftsland immer noch für den sogenannten *digital divide*.<sup>2</sup> Wenngleich für die Teilhabe am digitalen Diskurs in Europa das ökonomische Kapital eines Individuums eine geringere Rolle spielt als früher, sind es im Anschluss an Pierre Bourdieu neue Formen kulturellen Kapitals, über die es zu verfügen gilt: „Erstens verlangt die schiere Masse an potenziell verfügbaren Informationen nach Strategien zur Erfassung der jeweils relevanten Informationen und zum Umgang mit großen Datenmengen. Zweitens ist es notwendig, die ‚Spielregeln‘ des Internets zu kennen, um der eigenen Stimme im Internet Gehör zu verschaffen. Drittens schließlich ist in vielen Teilen der Welt ein vergleichsweise anspruchsvolles technisches Wissen Voraussetzung, um staatliche Zensurmaßnahmen zu umgehen“ (Jacob/Thomas 2014: 37). Während der unbegrenzte Zugang zu Informationen und die Generierung von Öffentlichkeit der Demokratisierung also auf den ersten Blick Vorschub leisten, gibt es durchaus auch Vorbehalte was die inklusive Rolle des Internets und den Beitrag zu fundierter Weiter- und Willensbildung betrifft. Auch hier haben sich neue Wege und Möglichkeiten abseits der herkömmlichen Medien eröffnet, die zuweilen jedoch Konfliktpotenzial bergen und der Demokratisierung nicht per se Vorschub leisten – so bilden sich im Netz

nicht nur „emanzipativ-aufklärerische Gegenöffentlichkeiten (...) auch politisch radikale, un-demokratische Standpunkte und Inhalte können leichter verbreitet werden“ (Schmidt 2012: 6f.).

Der Soziologe Jan-Hinrik Schmidt spricht zudem von einem neuen Typ von Öffentlichkeit, die er als „persönliche Öffentlichkeit“ bezeichnet. Diese unterscheidet sich von den Öffentlichkeiten publizistischer Massenmedien durch folgende Merkmale: Informationen würden vorrangig nach persönlicher Relevanz ausgewählt und geteilt und nicht nach gesellschaftlicher bzw. professionell-journalistischer Relevanz; NutzerInnen würden nur eigene Kontakte bzw. Follower adressieren und nicht ein Massenpublikum wie der professionelle Journalismus; Kommunikation sei stärker auf Konversation als auf einseitiges Publizieren ausgerichtet (vgl. ebd.: 4). Daraus ergeben sich aus demokratiepolitischer Sicht einige Herausforderungen: Wie Christine Weitbrecht schreibt, demokratisiert das Internet zum einen Information – „ein Internetnutzer muss sich nicht mehr länger nur auf das Wort weniger Personen in seinem Umfeld oder in den Massenmedien verlassen, sondern kann direkt recherchieren, was andere (...) dazu sagen“ (Weitbrecht 2015: 111). Es entsteht also eine verstärkte kritische Öffentlichkeit – beispielsweise im Hinblick auf das Thema Konsum; so sind auch Unternehmen zusehends gefordert, den Dialog mit kritischen KundInnen online zu führen und entsprechende Maßnahmen zu setzen (vgl. ebd.: 120f.). Das Internet ist nicht nur ein virtueller Raum, in dessen Rahmen bestehende Machtstrukturen hinterfragt werden, sondern ebenso ein Ort, an dem selbst Kämpfe um Macht und Deutungshoheit stattfinden. So können auch gesellschaftliche Randgruppen und Minderheiten stärker Gehör finden. Von der abnehmenden Rolle journalistischen *Gatekeepers* profitieren jedoch besonders auch jene, deren antidemokratische Äußerungen durch entsprechende gesellschaftliche und mediale Filter früher kaum Öffentlichkeit generierten, wie beispielsweise VertreterInnen radikaler politischer Positionen und menschenverachtender Ideologien (vgl. Müller 2008: 114). Wie Jür-

<sup>2</sup> vgl. [www.pewglobal.org/2016/02/22/internet-access-growing-worldwide-but-remains-higher-in-advanced-economies/technology-report-02-04/](http://www.pewglobal.org/2016/02/22/internet-access-growing-worldwide-but-remains-higher-in-advanced-economies/technology-report-02-04/)

gen Bremer (2013: 25) schreibt, ist zudem „nicht alles, was dargeboten wird, (...) offensichtlicher Unsinn. Es ist die Verschmelzung aller Informationsmöglichkeiten, die unsere Sinne und unseren Geist noch schneller verwirren und verführen als in der analogen Welt“. Es sind jene entstehenden vielfältigen Teilöffentlichkeiten, die einem gemeinsamen demokratischen Austausch zuwiderlaufen und sowohl durch die eigene inhaltliche Selektion als auch technische Funktionsweisen online befördert werden.

### Algorithmen und Social Bots

So führen beispielsweise Algorithmen bis zu einem gewissen Grad zu einem Verlust der Kontrolle über konsumierte Inhalte. Informationen über das eigene Nutzungsverhalten werden gespeichert, und Algorithmen bewirken, dass einem immer mehr vom „Gleichen“ angezeigt wird. Bei sozialen Netzwerken wie *Facebook* ist dieses Phänomen besonders stark zu beobachten, wo sich sogenannte Echokammern bilden, in denen die eigene Meinung ständig bestätigt wird. Ebenso bekannt ist in diesem Zusammenhang der Begriff der *Filterbubbles*, also Filterblasen (vgl. Pariser 2011). Diese entstehen zum einen aufgrund technischer Funktionalitäten wie den beschriebenen Algorithmen, zum anderen sind sie bedingt durch soziale Filterung: NutzerInnen wählen ihre Kontakte und die Personen beziehungsweise Seiten, denen sie folgen, selbst aus – dieser Auswahlprozess wird durch soziale Homophilie dominiert, d.h. wir folgen meist jenen Personen, die uns ähnlich sind und unsere Interessen und Ansichten teilen (vgl. Pfeffer/Zorbach 2015: 132). Das kann zur Überzeugung führen, dass es sich bei der eigenen Haltung um eine Mehrheitsmeinung handelt. Aus diesem Grund war auch der vor kurzem verstorbene Soziologe Zygmunt Bauman pessimistisch was das Potenzial sozialer Medien betrifft. Diese würden uns nicht den Dialog lehren, weil es dort so einfach sei, Kontroversen zu vermeiden. Die meisten Menschen würden soziale Medien nicht verwenden, um ihren Horizont zu erweitern, sondern um sich selbst in eine Komfortzone zu begeben, wo sie lediglich Echos ihrer eigenen Ansichten wahrnehmen wür-

den.<sup>3</sup> Wenn der eigenen Meinung überhaupt nicht mehr widersprochen wird, erhöht sich die Gefahr der Radikalisierung und der Spaltung der Gesellschaft. Der Verfassungsschutzbericht 2015 widmet dem Thema Hasskriminalität im Internet einen Fachbeitrag und warnt ebenfalls vor dem „System der automatischen Inhaltsgenerierung, die im Kontext mit vorurteilsmotivierten Delikten eine besondere Rolle spielt und vielen Usern nicht bewusst ist“ (vgl. Verfassungsschutzbericht 2015: 39).

Die technische Ebene wird insgesamt für UserInnen immer undurchschaubarer. Die erwähnten Algorithmen, die natürlich nicht nur von *Facebook*, sondern auch von anderen Sozialen Netzwerken und Internet-Suchmaschinen (z.B. *Google*), sowie Online-Diensten (z.B. *Amazon*, *Netflix*) und News-Seiten (z.B. *Yahoo News*) verwendet werden, sind nicht transparent und werden von den Netzwerken nicht offengelegt. Dies ist insofern problematisch, als dass die Konzerne und SoftwareentwicklerInnen, die hinter den jeweiligen Plattformen stehen, als ArchitektInnen ebendieser wesentlichen Einfluss darauf nehmen, wie kommunikative Prozesse innerhalb ihrer Netzwerke ablaufen (vgl. Schmidt 2012: 8). Ihnen kommt dementsprechend Macht zu – eine Tatsache, die aus demokratiepolitischer Sicht zunehmend hinterfragt wird. Wie Schmidt schreibt, ist „die Frage nach Teilhabe und Gestaltung der sozialen Medien (...) auch deswegen so drängend, weil es sich um Infrastrukturen für gesellschaftliche Öffentlichkeit, aber eben nicht um öffentliche Infrastrukturen handelt“ (ebd.). Unternehmen haben ein Interesse daran, Daten über ihre NutzerInnen zu sammeln, um diese gegenüber Werbetreibenden entsprechend vermarkten zu können (vgl. ebd.).

Die Algorithmen von *Facebook* sind zwar nicht transparent, offensichtlich ist aber, dass Beiträge mit vielen Interaktionen (Likes, Kommentare, Teilen) besser sichtbar werden, d.h. dass emotionale Beiträge, die viele Reaktionen auslösen, bevorzugt werden. Das Ziel dahinter ist, dass UserInnen möglichst lange auf *Facebook* bleiben und so möglichst viel Werbung angezeigt bekommen. Häufig werden aber dadurch besonders

<sup>3</sup> vgl. [www.elpais.com/elpais/2016/01/19/inenglish/1453208692\\_424660.html](http://www.elpais.com/elpais/2016/01/19/inenglish/1453208692_424660.html)

aggressive Beiträge, die nicht nur Zustimmung, sondern auch viele ablehnende Kommentare mit sich bringen, besonders sichtbar gereiht.<sup>4</sup>

Darüber hinaus stellt das Phänomen der sogenannten *Social Bots* eine ernstzunehmende Gefahr für die Demokratie dar, auch wenn es im deutschsprachigen Raum noch weniger verbreitet ist als beispielsweise in den USA. Dabei handelt es sich um Software-Roboter, die in Sozialen Netzwerken automatisiert menschliches Verhalten simulieren, indem sie mithilfe von so genannten Fake-Profilen Beiträge liken, retweeten, kommentieren und sogar eigene Beiträge verfassen. Die Sichtbarkeit von Beiträgen wird damit beeinflusst, und Informationen werden mehr oder weniger stark verbreitet. *Social Bots* beeinflussen dadurch die Meinungsbildung. Simon Hegelich analysiert in einer im September 2016 veröffentlichten Studie, wie *Social Bots* bei Themen wie dem *Brexit* (EU-Austritt Großbritanniens), dem Ukraine Konflikt und im US-Präsidentenwahlkampf 2016 in den Meinungsbildungsprozess eingegriffen haben (vgl. Hegelich 2016). Er spricht vom sogenannten „Bot-Effekt“ und hebt hervor, dass Trends in hohem Maße von *Social Bots* manipuliert sind und dies politische und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse beeinflussen kann. Aus diesen Gründen stellen *Social Bots* eine große Gefahr dar. Sie verstoßen zwar gegen die Nutzungsbedingungen von *Twitter* und anderen Netzwerken, man kann sie aber nur schwer bis gar nicht erkennen (→ Kap. Über die möglichen Gefahren von *Social Bots*).

### Von Zensur bis Regulierung

In autoritären Staaten ist es oftmals die staatliche Zensur, die der demokratisierenden Rolle des Internets durch Sperren und Kontrollen den Riegel vorschiebt – meist schafft es nur eine beschränkte Personengruppe mit ausreichender Bildung und technischer Kenntnis, diese Zensur zu umgehen. So beschreibt die NGO *Reporter Ohne Grenzen* beispielsweise China als jenes Land mit einem der komplexesten Zensur- und Überwachungssysteme. Dieses System umfasst unter anderem das massenhafte Blockieren aus-

ländischer Websites, die Internetspionage von RegimekritikerInnen oder auch die Nutzung von Sozialen Netzwerken zu Propaganda-Zwecken (vgl. *Reporter Ohne Grenzen* 2015: 8). Auch in Saudi-Arabien wird ein 2007 in Kraft getretenes Gesetz dazu genutzt, um KritikerInnen zum Schweigen zu bringen – ein bekanntes Beispiel dafür ist der Blogger Raif Badawi, der 2014 zu zehn Jahren Haft und 1000 Peitschenhieben wegen „Beleidigung des Islam“ verurteilt wurde. Seit 2011 müssen sich Onlinemedien und Websites traditioneller Medien mit Audio- und Videoinhalten beim saudi-arabischen Kulturministerium um eine Lizenz bewerben und sich einem gewissen „Wohlverhalten“ verschreiben. Auch Websites von Privatpersonen müssen registriert werden – seit 2014 müssen BloggerInnen ihre reale Identität angeben (vgl. ebd.: 12).

Gleichzeitig spielen Medientechnologien im Hinblick auf politische Umbrüche eine nicht unwesentliche Rolle, wie das vielzitierte Beispiel des „Arabischen Frühlings“ zeigt: Ohne die sozialen Netzwerke „(...) wäre der politische Wandel in der arabischen Welt vielleicht in Gang gekommen. Aber mit Sicherheit nicht so schnell und so umfassend. Die Blogger waren ein entscheidender Faktor bei der Information der Bevölkerung und der Organisation des Widerstands. *Facebook* und *Twitter* waren die Panzer und Gewehre der Opposition. Handyfilme und das Internet bildeten die Gegenöffentlichkeit zur offiziellen staatlichen Propaganda“ (Bremer 2013: 25). Medien waren im Rahmen von Protesten früherer Zeiten zwar auch wichtig – sei es durch Karikaturen oder Radioübertragungen – neu ist jedoch die wesentlich schnellere und stärkere Verbreitung von (politischen) Inhalten durch Schneeballeffekte (vgl. Schmidt 2012: 5f.). Larry Diamond spricht in Zusammenhang mit Computer, Smartphone, Internet und Sozialen Medien von *liberation technologies*, also übersetzt „Befreiungstechnologien“, die es BürgerInnen in nicht-demokratischen Staaten ermöglichen würden, ihre Meinung frei zu äußern und sich zu organisieren (vgl. Diamond 2010: 70). Demokratische und autokratische Kräfte würden vielerorts konkurrieren, wenn es um den entsprechenden technologischen Fort-

<sup>4</sup> vgl. [www.brodnig.org/2016/11/13/wie-algorithmen-populisten-helfen-das-aber-nicht-so-sein-muss/](http://www.brodnig.org/2016/11/13/wie-algorithmen-populisten-helfen-das-aber-nicht-so-sein-muss/)

schritt geht – es sei jedoch nicht nur die Technologie, sondern auch politische Organisation und „tief verwurzelte normative, soziale und ökonomische Kräfte, die entscheiden, wer dieses Rennen gewinnt“ (ebd.).

Die Frage, wie Prozesse im Netz reguliert und auch strafbare Handlungen geahndet werden können, stellt sich in demokratischen Systemen, in denen Meinungs- und Informationsfreiheit meist ein hohes Gut ist, in anderer Weise als dies in autoritären Staaten der Fall ist. Neben, durch Algorithmen produzierten, inhaltlichen Filtern, die zunehmend hinterfragt werden, sind es auf politischer Ebene auch Fragen der Netzneutralität und der vermeintlichen Nicht-Kontrollierbarkeit des Internets aufgrund seiner dezentralen Struktur, die diskutiert werden. Wie Michael Rotert<sup>5</sup> feststellt, prallen bei der Regulierung des Internets unterschiedliche ideologische, politische und ökonomische Interessen aufeinander. Gleichzeitig sind Regeln und Gesetze meist nur national durchsetzbar, was der weltweiten Verfügbarkeit des Webs entgegensteht. Fragen der Regulierung wird in demokratischen Systemen daher oftmals mit einem sogenannten Multi-Stakeholder Ansatz begegnet, der unterschiedliche AkteurInnen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Politik und NGOs einbindet. Nur selten klappt allerdings die gemeinsame Lösungsfindung – zu vielfältig seien die Wünsche der verschiedenen Interessensgruppen, so Christian Stöcker (2012: 10).

Terrorismus, *Hate-Speech*, Pornographie, Online-Spionage oder Cyberwar sind große Herausforderungen, die jedoch vor der Umsetzung von Regulierungs- und Gesetzesmaßnahmen einer detaillierten Analyse bedürfen würden, so Larry Diamond. Dies sei notwendig, um herausfinden zu können, wie Demokratien eine Balance finden können zwischen den Möglichkeiten, die diese Technologien bieten, um Freiheit, Wissen und Fähigkeiten der BürgerInnen zu fördern und dem Umgang mit Gefahren, die mit den Technologien für die Sicherheit von Individuum und Gesellschaft verbunden sind (vgl. Diamond 2010: 81).

## Debattenkultur im Netz

Neben Sozialen Netzwerken als Schauplätze für terroristische Propaganda oder *Hate Speech*, sind auch herkömmliche Medien immer öfter gefordert, ein Maß zwischen Meinungsfreiheit und Regulierung zu finden. Medien sind eine wichtige Säule der Demokratie, weshalb sie auch immer wieder als vierte Gewalt bezeichnet werden. Mit der Digitalisierung und der immer größeren Bedeutung von Sozialen Medien geraten klassische Medien immer weiter unter Druck. Vor allem in den vergangenen Jahren sank das Vertrauen in sie – der Begriff „Lügenpresse“, der bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts in völkischen und nationalistischen Kreisen die Runde machte und vor allem von den NationalsozialistInnen diffamierend verwendet wurde<sup>6</sup>, wurde wieder ausgegraben und klassische Medien vor allem von rechtspopulistischen PolitikerInnen diskreditiert. Ein aktuelles Beispiel dafür ist der US-Präsident Donald Trump, der bereits im Wahlkampf regelmäßig Medien angriff und nun davon spricht, im Krieg mit den Medien zu stehen.<sup>7</sup>

Dabei setzen auch klassische Printmedien längst auf Online-Journalismus und betreiben auf ihren Websites häufig Online-Foren, in denen UserInnen ihre Kommentare posten können – dies wurde als Möglichkeit angesehen, die Debattenkultur zu stärken und mehr Raum für Diskussionen und Mitsprache zu schaffen. Bald entgleisten jedoch immer mehr Forumsdebatten und Postings. Die Kommentarfunktionen wurden immer häufiger nicht (nur) dazu genutzt, einen Artikel zu kommentieren oder sich mit anderen UserInnen inhaltlich auszutauschen, sondern es wurden Beleidigungen, Verleumdungen und sogar Drohungen gegen AutorInnen, aber auch andere UserInnen gepostet. Die Hassrede wurde zum Problem im Internet. Das Phänomen von *Hate Speech* und *Shitstorms* wird nun bereits seit mehreren Jahren beobachtet (vgl. z.B. Monitoring-Bericht 2015/16 der *Amadeu Antonio Stiftung*). Kinder, Jugendliche und ihre Eltern stehen vor der Herausforderung, einen

<sup>5</sup> vgl. [www.bpb.de/dialog/netzdebatte/186197/wer-reguliert-das-netz-interview-mit-prof-michael-rotert](http://www.bpb.de/dialog/netzdebatte/186197/wer-reguliert-das-netz-interview-mit-prof-michael-rotert)

<sup>6</sup> vgl. [www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/pegida-kampfbegriffe-was-verbirgt-sich-hinter-der-rhetorik-a-1011755.html](http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/pegida-kampfbegriffe-was-verbirgt-sich-hinter-der-rhetorik-a-1011755.html)

<sup>7</sup> vgl. [www.derstandard.at/2000051631182/Trump-und-Chefstrategie-Bannon-im-Medienkrieg-Demuuetig-sein](http://www.derstandard.at/2000051631182/Trump-und-Chefstrategie-Bannon-im-Medienkrieg-Demuuetig-sein)

„sicheren Umgang“ mit dem Internet zu üben, denn junge Menschen werden immer häufiger Opfer, aber auch TäterInnen im Bereich von *Cybermobbing*. Wie Jürgen Pfeffer und Thomas Zorbach (2015: 128f.) schreiben, sind die Grenzen zwischen *Shitstorm* und *Cybermobbing* fließend: „Während *Cybermobbing* jedoch keinen erkennbaren Grund benötigt und es dabei im Kern um die Herabwürdigung eines anderen Menschen geht, gibt es bei einem *Shitstorm* in der Regel eine konkrete Ursache für die Diskussion, etwa ein bestimmter Sachverhalt, der von einem Teil der Internetnutzer subjektiv als Fehlverhalten eingestuft wird (...)“.

Aber auch JournalistInnen oder Angehörige von Minderheiten etc. beklagen immer öfter, dass die Hemmschwelle für verbale Gewalt im Internet kontinuierlich sinkt. Besonders Frauen, MigrantInnen, berühmte Persönlichkeiten und auch PolitikerInnen werden immer öfter Opfer von gezielten verbalen Attacken. Manche Medien und Foren reagierten darauf, indem sie ihre Kommentar-Seiten sperrten oder bei Artikeln zu gewissen Themen (etwa Migration, Flucht, aber auch Nahost-Konflikt) keine Kommentar-Möglichkeit eröffneten. Andere Seiten reagierten mit Moderation der Online-Foren, Löschen problematischer Postings oder dem Sperren von UserInnen.

Rasch wurde auch die Frage aufgeworfen, warum Debatten online viel schneller eskalieren als offline, also warum im digitalen Raum viel untergriffiger und beleidigender kommuniziert wird als im persönlichen Gespräch. Otfried Jarren beschreibt, dass für die sogenannte Massenkommunikation politisch wie rechtlich ein im historischen Prozess ausgehandelter Ordnungsrahmen gilt, was zu einer bestimmten wie stabilen medialen Verantwortungskultur geführt hat (vgl. Jarren 2013: 243). Im Gegensatz dazu bestehen für Internet und Soziale Medien noch keine klaren Regeln: „Mit den Anwendungen des Internets relativieren sich gewisse Regel- wie Rechtsvorstellungen, verschwinden gar die etablierten Ordnungsvorstellungen wie Aufsichtsregime.“ (ebd.: 244).

Neben dem, was Jarren als fehlenden Ordnungsrahmen bezeichnet, wurde häufig argumentiert, dass die Anonymität im Netz dazu beitra-

gen würde, Hemmschwellen zu senken. Geht es um eine Anonymität im Sinne einer falschen Namensangabe, kann diese Annahme jedoch in Frage gestellt werden: Gerade das Jahr 2015 mit seinen massiven Fluchtbewegungen hat gezeigt, dass viele Menschen kein Problem damit haben, Hasskommentare in den sozialen Netzwerken unter ihrem echten Namen zu verfassen. Dennoch scheint ein gewisses Gefühl der Unsichtbarkeit mit ausschlaggebend zu sein. In der entsprechenden Literatur (vgl. z.B. Brodnig 2016: 13f.) wird häufig damit argumentiert, dass in der (meist schriftlichen) Online-Kommunikation entscheidende Merkmale eines persönlichen Gesprächs fehlen, nämlich die nonverbale Kommunikation: Gesichtsausdruck, Tonfall, Gestik etc. sind wesentliche Elemente in Gesprächen und fördern die Entstehung von Empathie. Im vergleichsweise anonymen, digitalen Gespräch fehlen diese nonverbalen Signale, ein Empathie-Gefühl ist weniger ausgeprägt. Dies ist eine Erklärungsmöglichkeit, warum Menschen Botschaften tippen und posten, die sie in einem persönlichen Gespräch vermutlich nicht in dieser Schärfe sagen würden (vgl. ebd.). Der Psychologe John Suler (2005: 184f.) spricht in diesem Zusammenhang vom *Online Disinhibition Effect* („Online-Enthemmungseffekt“). Nicht umsonst formulierte Virginia Shea bereits 1994 in ihrem Buch *Netiquette* als erste Regel „Remember the human“ (vgl. Shea 1994).

Was das Thema der Anonymität im Netz betrifft, so wird die Frage, wie damit umgegangen werden soll, seit Jahren diskutiert. Zum einen wird ein Eingreifen seitens der Politik gefordert, um Personen beispielsweise im Falle von Straftaten online besser greifen zu können, zum anderen ist die Anonymität online auch essentiell, wenn es darum geht, „grundlegende Werte unserer Gesellschaft zu schützen“ (Dirks 2013: 140). Hier spielt auch das Thema Datenschutz eine nicht unwesentliche Rolle.

## Datenschutz

Das Internet und soziale Medien werden immer öfter mit einem Verlust an Kontrolle assoziiert. Die technischen Möglichkeiten und die Interessen der Internet-Dienste werden häu-

fig als Bedrohung der eigenen Datensicherheit empfunden. Es besteht die Angst vor Verlust der eigenen Daten, vor ihrer unkontrollierbaren, eigenmächtigen Verwendung durch Internet-AnbieterInnen sowie vor einer immer umfassenderen Überwachung.

In diesem Zusammenhang setzt sich der österreichische Datenschutz-Jurist und Aktivist Max Schrems seit Jahren für mehr Datenschutz ein. Er hat das europäische Datenschutzabkommen mit den USA „Safe Harbor“ zu Fall gebracht, das Daten aus der EU US-Geheimdiensten zugänglich gemacht hatte.<sup>8</sup> Im Rahmen einer Klage gegen *Facebook* will Max Schrems 25.000 KlägerInnen vertreten, die über die Webseite [www.fbclaim.com](http://www.fbclaim.com) ihre Ansprüche gegen *Facebook* an ihn abgetreten haben. Bei der Klage wird *Facebook* unter anderem die Verwendung ungültiger Datenschutzbestimmungen, die unrechtmäßige Verarbeitung und Weitergabe von Daten und die Teilnahme an US-Massenüberwachungsprogrammen vorgeworfen. Darüber hinaus wird dem Sozialen Netzwerk zur Last gelegt, auch über seine Anwendung hinaus auf das Nutzungsverhalten der UserInnen zuzugreifen, indem ihre „Gefällt mir“-Klicks auf anderen Webseiten analysiert werden. Der österreichische Oberste Gerichtshof (OGH) hat – im Sinne einer Anregung des Klägers – entschieden, die Frage der Zulässigkeit einer Sammelklage in Österreich gegen *Facebook* dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vorzulegen.

Ab Mai 2018 tritt die Datenschutz-Grundverordnung in Kraft, die ein einheitliches Datenschutzrecht für die Europäische Union darstellt. Sie gilt auch für Unternehmen, die ihren Sitz außerhalb der Europäischen Union haben, sich mit ihren Angeboten aber an EU-BürgerInnen wenden (Marktortprinzip). Betroffen davon sind daher unter anderem auch US-amerikanische Unternehmen wie *Facebook* und *Google*. Max Schrems kritisiert jedoch, dass die Datenschutz-Grundverordnung einen Kompromiss darstellt,

der durch Lobbying der Wirtschaft verwässert worden sei und Internetkonzernen viel Spielraum durch ungenaue Formulierungen und Ausnahmen lasse.<sup>9</sup>

### **Facebook: besondere Rolle**

Aufgrund der großen Reichweite spielt *Facebook* eine besondere Rolle, wenn es um Hassrede und die Verbreitung von Falschnachrichten geht. Mit Stand September 2016 hatte das Netzwerk laut eigenen Angaben 1,79 Mrd. monatlich aktive NutzerInnen.<sup>10</sup> Somit hat *Facebook* in nur 12 Jahren eine besondere Machtstellung erreicht. Durch die hohe Reichweite und den effizienten Einsatz von Algorithmen ist *Facebook* besonders meinungsbildend. Das Unternehmen steht bezüglich seinem Umgang mit der großen Anzahl an Hasspostings und seiner Rolle als Plattform, auf der besonders viele Falschmeldungen verbreitet werden, immer wieder in der Kritik (→ *Kap. Falschmeldungen im Netz*).

In jüngerer Vergangenheit gibt es viele Stimmen und Initiativen, um *Facebook* diesbezüglich in die Pflicht zu nehmen. So ist das Netzwerk auf Druck des deutschen Justizministers Heiko Maas Ende 2015 der in Berlin ansässigen *Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Dienstanbieter* (FSM) beigetreten. Im August 2016 löschte *Facebook* nach eigenen Angaben ca. 100.000 Hassbotschaften.<sup>11</sup> Aufgrund des steigenden Drucks hat das Unternehmen 2016 auch selbst eine Initiative mit dem Namen *Online Civil Courage Initiative* (OCCI) gestartet, mit der Extremismus und Hassrede im Internet bekämpft werden sollen.

Laut Medienberichten läuft auch eine Ermittlung der Staatsanwaltschaft München gegen *Facebook*-Chef Mark Zuckerberg und andere Manager von *Facebook* wegen Volksverhetzung nach einer Klage des Würzburger Anwalts Chan-jo Jun. Der Vorwurf lautet, dass Mordaufrufe, Gewaltandrohungen, Holocaustleugnung

<sup>8</sup> vgl. [www.futurezone.at/netzpolitik/max-schrems-facebook-versucht-den-prozess-zu-verzoegern/221.003.227](http://www.futurezone.at/netzpolitik/max-schrems-facebook-versucht-den-prozess-zu-verzoegern/221.003.227)

<sup>9</sup> vgl. [www.trend.at/technik/internet/massive-kritik-datenschutz-eu-6154030](http://www.trend.at/technik/internet/massive-kritik-datenschutz-eu-6154030)

<sup>10</sup> vgl. <https://investor.fb.com/investor-news/press-release-details/2016/Facebook-Reports-Third-Quarter-2016-Results/default.aspx>

<sup>11</sup> vgl. [www.zeit.de/digital/2016-09/hasskommentare-facebook-heiko-maas-richard-allan](http://www.zeit.de/digital/2016-09/hasskommentare-facebook-heiko-maas-richard-allan)

und andere geduldet würden, da diese Delikte auch nach Hinweisen nicht gelöscht werden.<sup>12</sup>

Auch in Österreich regt sich seitens politischer AkteurInnen Kritik an *Facebook*. So haben die Grünen bereits einige Klagen gegen *Facebook* eingebracht (→ *Kap. Maßnahmen auf politischer Ebene*). Der österreichische Minister für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien Thomas Drozda diskutierte mit dem deutschen Justizminister Heiko Maas Maßnahmen, wie *Facebook* stärker in die Pflicht genommen werden kann.<sup>13</sup>

Barbara Wimmer von der *Kurier-Futurezone* warnt allerdings davor, die Verantwortung zu sehr an *Facebook* auszulagern. Sie weist darauf hin, dass es für ein privates Unternehmen nicht einfach ist, strafrechtliche Postings zu identifizieren und daher eine Einschränkung der Meinungsfreiheit zu befürchten ist.<sup>14</sup> Das Spannungsfeld zwischen Schutz der Meinungsfreiheit und Bekämpfung von Hass im Netz erfordert ein bedachtes Vorgehen beim Beschluss von Gegenmaßnahmen.

*Facebook* steht allerdings nicht nur wegen seiner Löschpraxis und seinem Umgang mit Falschnachrichten unter Kritik, sondern auch aufgrund der Arbeitsbedingungen der Menschen in den Löschteams. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete im Dezember 2016, unter welchen schwierigen Bedingungen Menschen für *Face-*

*book* fragwürdige Inhalte daraufhin beurteilen, ob sie gelöscht werden sollen oder nicht.<sup>15</sup> In Berlin sind demnach 600 Personen im Löschteam beim Dienstleister *Arvato* angestellt, die unter psychisch sehr belastenden Umständen arbeiten würden. Die sonst streng unter Verschluss gehaltenen Lösch-Regeln seien laut den befragten MitarbeiterInnen kompliziert, oft unverständlich und würden sich häufig ändern. Unter dem Hashtag *#insideFacebook* will die *Süddeutsche Zeitung* Entwicklungen zu diesem Thema weiter dokumentieren.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Internet nicht an sich positiv oder negativ zu bewerten ist – auch was seine Bedeutung für demokratiepolitische Entwicklungen betrifft. Die digitale Welt ist nicht per se demokratiefördernd oder -hemmend. Es kommt darauf an, mit welchen Interessen und Intentionen die digitalen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Einerseits sind dabei Fragen der Datensicherheit, Regulierung etc. zu diskutieren und beispielsweise technische Lösungen zu finden. Andererseits bedarf auch die „freie Meinungsäußerung“ im Internet, speziell in sozialen Medien und auf den Websites von Medien einer Form der Moderation und (Selbst-)Kontrolle der UserInnen. Die damit verbundenen Debatten und Entwicklungen rund um das Spannungsfeld zwischen Meinungsfreiheit und Hass im Netz sollen auf den folgenden Seiten skizziert werden.

<sup>12</sup> vgl. [www.zeit.de/digital/2016-11/facebook-mark-zuckerberg-manager-volksverhetzung-ermittlungen](http://www.zeit.de/digital/2016-11/facebook-mark-zuckerberg-manager-volksverhetzung-ermittlungen)

<sup>13</sup> vgl. [www.derstandard.at/2000049433367/Hasspostings-Drozda-traf-deutschen-Justizminister-Maas](http://www.derstandard.at/2000049433367/Hasspostings-Drozda-traf-deutschen-Justizminister-Maas)

<sup>14</sup> vgl. [www.futurezone.at/meinung/hass-im-netz-verantwortung-nicht-an-facebook-auslagern/218.381.788](http://www.futurezone.at/meinung/hass-im-netz-verantwortung-nicht-an-facebook-auslagern/218.381.788)

<sup>15</sup> vgl. [www.sueddeutsche.de/digital/exklusive-sz-magazin-recherche-inside-facebook-1.3297138](http://www.sueddeutsche.de/digital/exklusive-sz-magazin-recherche-inside-facebook-1.3297138)

# Herausforderungen im Netz – Entwicklungen und Gegenstrategien

## Maßnahmen auf politischer Ebene

Auf politischer Ebene ist seit 2016 viel in Bewegung gekommen. Im Folgenden sollen die jüngsten Entwicklungen sowohl auf EU-Ebene als auch innerhalb Österreichs kurz nachgezeichnet werden.

### Maßnahmen auf österreichischer Ebene

Muna Duzdar

#### GegenHassimNetz – Zur Initiative der österreichischen Bundesregierung

Aggressive Postings, *Cybermobbing* und Hass im Netz nehmen seit einiger Zeit in den Social Media Netzwerken stark zu und überschreiten dabei oftmals die Grenzen der Meinungsfreiheit. In der Bevölkerung wird damit ein Gefühl der Angst und der Verunsicherung geschürt. Die Initiative *#GegenHassimNetz* soll über Hasspostings aufklären und Stellung beziehen. Hasspostings sind keine Kleinigkeit. Sie gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt und können bei den betroffenen Personen schwere Folgen haben. Bei Gegenmaßnahmen sind drei Teilaspekte zu beachten.

#### 1. Gegenrede und digitale Zivilcourage stärken:

Mit Informationen zu Anlaufstellen wie etwa *saferinternet.at*, ZARA oder dem *Weißten Ring* machen wir auf das bestehende Angebot bereits aufmerksam. Zudem stellen wir niederschwellig Tipps und Leitfäden bereit, die genutzt werden können, um sich gegen Hass im Netz zu wehren. Wichtig ist, dass man Hasspostings nicht ohnmächtig gegenübersteht. Es gibt rechtliche Möglichkeiten, um sich dagegen zu wehren. Sollten die Postings nicht strafrechtlich relevant sein gibt es einige Möglichkeiten, wie man sich helfen kann. Diese wurden in 10 Tipps verpackt und ebenfalls im Rahmen der Initiative zur Verfügung gestellt. In den nächsten Monaten werden weitere Möglichkeiten entstehen, sich zu beteiligen. Im Lehrgang „Digitale Zivilcourage Messenger“ sollen Menschen

aus der Zivilbevölkerung im Umgang mit Hass im Netz geschult werden.

#### 2. Verhetzung und *Cybermobbing* sind keine Kleinigkeiten:

Betroffene müssen stärker unterstützt werden: Strafbare Handlungen im realen Leben sind auch in der virtuellen Welt strafbar. Das muss den Menschen klar werden: Die, die Hass streuen, müssen wissen, dass es Konsequenzen gibt und die, die davon betroffen sind, müssen wissen, dass sie sich wehren können. Gemeinsam mit dem Justizministerium werden fünf neue Staatsanwälte eingerichtet, die speziell zur Bekämpfung von Onlinedelikten und Hasskriminalität im allerweitesten Sinne abgestellt werden. Wir wissen aus vielen Gesprächen, dass

#### 10 TIPPS GEGEN HASSPOSTINGS

- ➔ Tipp 1 – Nachfragen
- ➔ Tipp 2 – Benennen
- ➔ Tipp 3 – Sachlich bleiben und sich wehren
- ➔ Tipp 4 – Entlarven
- ➔ Tipp 5 – Sich selbst schützen und Verbündete suchen
- ➔ Tipp 6 – Gegenerzählungen anbieten
- ➔ Tipp 7 – Nicht alles teilen
- ➔ Tipp 8 – Melden
- ➔ Tipp 9 – Anzeigen
- ➔ Tipp 10 – Moderiere deine Profile

oftmals die Sensibilisierung für Hassverbrechen im Internet nicht ausreicht. Mit der Schaffung von fünf Sonderstaatsanwaltschaften bündeln wir ExpertInnen für eine effektivere Rechtsdurchsetzung.

Zudem wird es im kommenden Halbjahr eine Melde- und Beratungsstelle des Bundeskanzleramtes geben. Sie soll eine erste Anlaufstelle für NutzerInnen von Onlineforen und Social Media Plattformen sein, die von Betroffenen von Hasspostings oder *Cybermobbing* in Anspruch genommen werden kann.

Die Beratungsstelle soll eine niedrigschwellige Anlaufstelle sein, die einerseits erste Auskunft gibt, ob Postings strafrechtlich relevant sind bzw. ob diese privatrechtlich verfolgbar sind, und Hilfe und Informationen dazu bietet. Weiters geht es auch darum, eine Anlaufstelle für NutzerInnen zu schaffen, die von Postings betroffen sind, die zwar nicht strafbar sind, aber dennoch negative Emotionen auslösen. Hier soll Hilfe geboten werden, wie man solche Postings über die Plattformen löschen kann, oder wie man sich diskursiv wehren kann. Personen, die weitergehende psychologische Hilfe benötigen, werden beraten, welche Hilfsangebote es gibt und zu den entsprechenden Stellen weiter verwiesen.

### 3. *Fake News* eindämmen:

*Fake News* sind gezielte Falschmeldungen und Desinformationen. Hier geht es um Manipulation und Untergrabung der demokratischen Meinungsbildung. Hier gilt mein Appell auch der Politik. Medien dürfen nicht permanent als Lügenpresse dargestellt werden. Wir haben doch eigentlich das Zeitalter der Verschwörungstheorien hinter uns gelassen und befinden uns im Zeitalter der rationalen Argumente. Doch wenn man ins Netz schaut, boomen Verschwörungstheorien und Halbwahrheiten. Dagegen muss man etwas tun. Dabei sind es

schon kleine Dinge, die die Verbreitung von *Fake News* eindämmen. Machen Sie einen Screenshot, anstatt den Beitrag zu teilen. Fragen Sie aktiv nach Quellen, wenn eine Nachricht unseriös erscheint usw.

Neben den politischen Maßnahmen wie der Meldestelle, den zusätzlichen Sonderstaatsanwälten, sowie dem Lehrgang „Digitale Zivilcourage Messenger“ und diversen Leitfäden erhöhen wir auch den Druck auf die Plattformbetreiber. Es ist alarmierend, dass etwa *Youtube*, *Twitter* und *Facebook* beim Löschen von Hasspostings in Österreich besonders säumig sind. Während in einem EU-weiten Vergleich etwa 40 Prozent in der selbstauferlegten Frist von 24 Stunden gelöscht werden, sind es in Österreich je nach Plattform höchstens 20 Prozent der gemeldeten Postings, Kommentare oder Videos. Das geht aus den veröffentlichten Zahlen des Vereins ZARA – *Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit* zum Löschverhalten bei Hasspostings hervor. Hier muss es schnellstens zu einer Verbesserung kommen. Auch als Privatunternehmen gilt es, konsequent dagegen vorzugehen und sich der Verantwortung bewusst zu sein.

Wir haben mit der Initiative die Erfahrung gemacht, dass nicht unbedingt die HassposterInnen selbst zu überzeugen sind. Aber es sind die Menschen, die mitlesen, die sich dann Gedanken machen, die selbst beginnen zu recherchieren. Und es geht um die Menschen, die dagegen halten. Es ist wichtig, NGOs, Zivilgesellschaft und Verwaltung an einen Tisch zu bekommen und gemeinsam gegen Hass im Netz aufzutreten. Es wurde bereits ein Workshop-Tag durchgeführt, bei dem Initiativen mit der Verwaltung zusammengebracht wurden und Austausch und Vernetzung stattgefunden hat. Hier ist kein Top-Down Prinzip zielführend: Hasspostings sind ein Problem mitten in unserer Gesellschaft, daher müssen auch die Lösungen und Gegenstrategien von dort kommen.

Mag.<sup>a</sup> Duzdar, Muna

ist Staatssekretärin für Diversität, Öffentlichen Dienst und Digitalisierung.

## Digital Roadmap Austria

Neben den bereits skizzierten Maßnahmen, die auf politischer Ebene in Österreich ergriffen werden, kann des Weiteren auf die Gesamtstrategie zur Digitalisierung *Digital Roadmap Austria* hingewiesen werden, die die österreichische Bundesregierung im Jänner 2017 präsentierte.<sup>16</sup> Sie enthält 12 Leitprinzipien, die folgende Themen betreffen:

1. Schließung der digitalen Kluft.
2. Vermitteln digitaler Kompetenzen in der Schule.
3. Geltung der Grund- und Menschenrechte in der digitalen Welt und Stärkung digitaler Eigenverantwortung und Zivilcourage.
4. Eine gut ausgebaute und leistbare digitale Infrastruktur für BürgerInnen und Unternehmen.
5. Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Digitalisierung und Ausbildung der Menschen.
6. Schaffung moderner gesetzlicher Rahmenbedingungen für neue Geschäfts- und Arbeitsmodelle, die durch die Digitalisierung entstehen.
7. Unterstützung der Unternehmen bei der digitalen Transformation, damit Österreich zu den international führenden digitalen Wirtschaftsstandorten gehört.
8. Stärkung von Wissenschaft und Forschung bei der Entwicklung neuer digitaler Möglichkeiten.
9. Aktive Mitgestaltung des europäischen digitalen Binnenmarkts.
10. Sicherheit im digitalen Raum durch weiterhin hohe Datenschutzstandards.
11. Förderung einer respektvollen Diskussionskultur im Netz und qualitativer journalistischer Arbeit auch in der digitalen Welt.
12. Eine einfache und barrierefreie elektronische Kommunikation zwischen BürgerInnen und öffentlicher Verwaltung.

### Weitere Maßnahmen auf politischer Ebene

Als Ergebnis einer parlamentarischen Enquete zum Thema Digitale Courage, die auf Initiative des ehemaligen Bundesratspräsidenten Mario Lindner im November 2016 stattfand, wurde ein Grünbuch herausgegeben (vgl. Parlamentsdirektion 2016). Informationen rund um diese Initiative sind online unter dem Hashtag *#Digitale-Courage* zu finden.

Der österreichische Bundesminister für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien Thomas Drozda und der deutsche Justizminister planen, im Umgang mit Hasspostings gemeinsam stärker gegen *Facebook* vorzugehen, damit strafbare Inhalte schneller gelöscht werden und Justizbehörden strenger vorgehen. Gemeinsam wollen sie auch den Druck auf EU-Ebene verstärken. Unter anderem kritisiert Drozda, dass die *E-Commerce-Richtlinie* der EU<sup>17</sup> (Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr im Binnenmarkt) aus dem Jahr 2000 nicht mehr zeitgemäß ist, da *Facebook* erst 2004 gegründet wurde.<sup>18</sup>

### Initiativen von politischen AkteurInnen am Beispiel der Klagen der Grünen gegen *Facebook*

Im September 2016 haben die Grünen Österreich *Facebook* geklagt. Dabei ging es unter anderem um die Herausgabe von UserInnen-Daten bei Hasspostings sowie deren mangelhafte Löschung. In diesem Rechtsstreit, in dem auch Falschmeldungen über Eva Glawischnig Thema waren, haben die Grünen Ende 2016 eine einstweilige Verfügung erreicht, von der sie hofften, dass sie einen weltweiten Präzedenzfall darstellen würde. Im Mai 2017 folgte eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Wien, wonach *Facebook* Hasspostings weltweit löschen muss statt diese nur in einem Land zu sperren. Darüber hinaus gilt für Klagen gegen *Facebook* österreichisches Recht.<sup>19</sup>

<sup>16</sup> vgl. [www.digitalroadmap.gv.at/](http://www.digitalroadmap.gv.at/)

<sup>17</sup> [www.eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:32000L0031](http://www.eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:32000L0031)

<sup>18</sup> vgl. [www.derstandard.at/2000049433367/Hasspostings-Drozda-traf-deutschen-Justizminister-Maas](http://www.derstandard.at/2000049433367/Hasspostings-Drozda-traf-deutschen-Justizminister-Maas)

<sup>19</sup> vgl. [www.derstandard.at/2000057174561/Gruene-erfolgreich-Facebook-muss-weltweit-loeschen;](http://www.derstandard.at/2000057174561/Gruene-erfolgreich-Facebook-muss-weltweit-loeschen;)  
[www.derstandard.at/2000049087374/Hasspostings-Gruene-erwirkten-Einstweilige-Verfuegung-gegen-Facebook](http://www.derstandard.at/2000049087374/Hasspostings-Gruene-erwirkten-Einstweilige-Verfuegung-gegen-Facebook)

Eine andere Anzeige der Grünen wegen *Cybermobbing* gegen Marc Zuckerberg und Facebook aufgrund eines Prügelvideos, das mehrere Tage online war, wurde hingegen abgewiesen.<sup>20</sup> Der Paragraph 107c des Strafgesetzbuches gegen *Cybermobbing* wurde am 1.1.2016 neu eingeführt und definiert den Tatbestand der „fortgesetzten Belästigung im Wege einer Telekommunikation oder eines Computersystems“ (→ *Kap. Maßnahmen auf juristischer Ebene*). Aufgrund des erwähnten Gewaltvideos hat Facebook allerdings das erste Mal eine Rüge des österreichischen Presserats bekommen:

„Der Senat bewertet es als problematisch, dass Facebook das Video erst nach Tagen und zahlreichen Beschwerden löschte. Die Verbreitung des Videos, in dem brutale reale Gewalt dargestellt wird, stuft der Senat als unethisch ein. Offenbar hat Facebook seine ethische Verantwortung als Plattform vernachlässigt und nicht genügend rasch und im Sinne des Schutzes Jugendlicher

moderiert. Es dauerte viel zu lange, ehe das Video schließlich doch noch gelöscht wurde.“<sup>21</sup>

Diese Beurteilung durch den Senat ist insofern interessant, als dass Facebook hier als Medium und nicht lediglich als Technologieunternehmen betrachtet wird. Der Presserat kritisierte zusätzlich auch andere, klassische Medien, die das Video weiterverbreitet hatten.

Wegen Hasspostings, die im Zusammenhang mit dem Gewaltvideo gegen die Bundessprecherin und Klubofrau der Grünen Eva Glawischnig gerichtet waren, gehen die Grünen erneut rechtlich gegen Facebook vor. Laut Dieter Brosz, dem Sprecher für Medien der Grünen, wollen diese „mit dem aktuellen Vorgehen und einer Reihe anderer Musterverfahren feststellen, ob sich österreichisches Recht auch gegen Facebook vor österreichischen Gerichten durchsetzen lässt“.<sup>22</sup>

## Maßnahmen auf europäischer Ebene

Ende Mai 2016 vereinbarte die Europäische Kommission mit den IT-Unternehmen Facebook, Twitter, YouTube und Microsoft – alle Mitglieder im *European Internet Forum (EIF)* – den *Code of Conduct on Countering illegal hate speech online*. Darin verpflichteten sich die IT-Unternehmen unter anderem dazu, gemeldete Inhalte innerhalb von 24 Stunden zu überprüfen und illegale Inhalte (→ *Kap. Maßnahmen auf juristischer Ebene*) zu entfernen bzw. für UserInnen nicht mehr zugänglich zu machen.

Das *European Internet Forum (EIF)* wurde im Jahr 2000 von drei Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit dem Ziel gegründet, die EU-weite Debatte bezüglich digitaler Technologie zu fördern. Die Mission des *EIF* ist es, die politischen AkteurInnen auf EU-Ebene dabei zu unterstützen, Regelungen zu entwickeln, die

den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen des weltweiten digitalen Wandels gerecht werden.

Im Rahmen des *Code of Conducts* wurde in neun EU-Staaten ein Monitoring hinsichtlich illegaler Online-Hetze vorgenommen (vgl. Europäische Kommission 2016b). Dieses hat ergeben, dass IT-Unternehmen den mit der Europäischen Kommission vereinbarten Umgang mit illegaler Online-Hetze noch unzureichend umsetzen (Überprüfung im Zeitraum vom 10.10. bis 20.11.2016). In Österreich wurde das Monitoring von ZARA – *Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit* durchgeführt und Inhalte auf Facebook, Twitter und YouTube berücksichtigt. Das Monitoring hat ergeben, dass die Löschquote in Österreich weit unter dem Durchschnitt liegt (11 Prozent in Österreich gegenüber durchschnitt-

<sup>20</sup> vgl. [www.diepresse.com/home/panorama/oesterreich/5136081/Gewaltvideo\\_CybermobbingAnzeige-der-Gruenen-zurueckgelegt](http://www.diepresse.com/home/panorama/oesterreich/5136081/Gewaltvideo_CybermobbingAnzeige-der-Gruenen-zurueckgelegt)

<sup>21</sup> [www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20170120\\_OTSo046/presserat-kritisiert-veroeffentlichung-von-gewaltvideo](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170120_OTSo046/presserat-kritisiert-veroeffentlichung-von-gewaltvideo)

<sup>22</sup> [www.gruene.at/themen/medien/facebook-darf-keine-hassplattform-sein](http://www.gruene.at/themen/medien/facebook-darf-keine-hassplattform-sein)

lich 28 Prozent in allen 9 teilnehmenden Ländern). Im Vergleich dazu lag die Löschquote z.B. in Frankreich bei 58,1 Prozent, in Deutschland bei 52 Prozent, in Italien allerdings nur bei 3,6 Prozent (vgl. ebd.). Die IT-Unternehmen wurden nach dem Monitoring dringend dazu aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die Vereinbarungen des *Code of Conduct on Countering illegal hate speech online* einzuhalten.

Im Dezember 2016 wurde dem Europäischen Parlament in Brüssel und der Öffentlichkeit zur weiteren Diskussion die *Charta der digitalen Grundrechte der Europäischen Union* präsentiert. Es handelt sich dabei um ein Dokument, das von deutschen PolitikerInnen, JournalistInnen, AutorInnen, WissenschaftlerInnen und AktivistInnen gemeinsam erarbeitet wurde – darunter *Die Zeit*-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo, der ehemalige EU-Parlamentspräsident Martin Schulz sowie die Schriftstellerin Juli Zeh.<sup>23</sup> Selbsterklärtes Ziel der Charta ist es, die Bürgerrechte in der digitalen Welt zu stärken. Angelehnt an andere Menschenrechtsdokumente behandelt die *Charta der digitalen Grundrechte der Europäischen Union* die unantastbare Würde des Menschen im digitalen Zeitalter, das Recht auf freie Information und Kommunikation und Themen wie Überwachung und Datenschutz ebenso wie Algorithmen oder das Spannungsfeld zwischen Meinungsfreiheit und Hassrede. So wird im Entwurf unter Artikel 5 (Meinungsfreiheit und Öffentlichkeit) festgehalten:

- „(1) Jeder hat das Recht, in der digitalen Welt seine Meinung frei zu äußern. Eine Zensur findet nicht statt.
- (2) Digitale Hetze, Mobbing sowie Aktivitäten, die geeignet sind, den Ruf oder die Unversehrtheit einer Person ernsthaft zu gefährden, sind zu verhindern.
- (3) Ein pluraler öffentlicher Diskursraum ist sicherzustellen.

(4) Staatliche Stellen und die Betreiber von Informations- und Kommunikationsdiensten sind verpflichtet, für die Einhaltung von Abs. 1, 2 und 3 zu sorgen.“<sup>24</sup>

Die *Charta der digitalen Grundrechte der Europäischen Union* ist als Entwurf zu sehen und besitzt keine Rechtskraft. Online wurde die breite Öffentlichkeit nach der Veröffentlichung dazu eingeladen, den Entwurf im Rahmen einer sogenannten Public Comment Phase zu diskutieren.<sup>25</sup> Die zahlreichen Kommentare und Gespräche werden in weiterer Folge eingearbeitet.

Der Europarat stellt umfangreiche Materialien zum Thema Meinungsfreiheit im Internet zur Verfügung.<sup>26</sup> 2014 hat das Ministerkomitee des Europarats eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten bezüglich eines Leitfadens zu Menschenrechten für InternetnutzerInnen veröffentlicht, in dessen Rahmen die Gültigkeit bestehender Menschenrechtsinstrumente<sup>27</sup> für das Internet erläutert wird. Dabei wird insbesondere eingegangen auf Zugang zum Netz und Nichtdiskriminierung; Meinungs- und Informationsfreiheit; Versammlung, Vereinigung und Teilhabe; Schutz der Privatsphäre und Datenschutz sowie Bildung und Medienkompetenz (vgl. Europarat 2014). 2012 initiierte der Europarat zudem das Projekt *Young People Combating Hate Speech Online*, in dessen Rahmen das *No Hate Speech Movement* ins Leben gerufen wurde (→ Kap. Internationale Initiativen). Im Juni 2016 wurde das österreichische Komitee *No Hate Speech* gegründet, das die Ziele des *No Hate Speech Movement* des Europarats teilt und diese im eigenen Wirkungsbereich weiterverfolgen will. Institutionell sind im Rahmen des Komitees sowohl diverse staatliche AkteurInnen (Ministerien, Parlamentsdirektion, Abteilungen der Bundesländer) als auch Nichtregierungsorganisationen vertreten.<sup>28</sup>

<sup>23</sup> vgl. <https://digitalcharta.eu/initiatorinnen-und-initiatoren/>

<sup>24</sup> <https://digitalcharta.eu>

<sup>25</sup> vgl. <https://digitalcharta.eu/diskussion/>

<sup>26</sup> [www.coe.int/en/web/freedom-expression/internet](http://www.coe.int/en/web/freedom-expression/internet)

<sup>27</sup> vgl. [www.institut-fuer-menschenrechte.de/menschenrechtsinstrumente/europarat/uebersicht-menschenrechtsabkommen-des-europarats/](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/menschenrechtsinstrumente/europarat/uebersicht-menschenrechtsabkommen-des-europarats/)

<sup>28</sup> [www.bmfj.gv.at/jugend/lebensqualitaet-miteinander/nohatespeech/komitee\\_nohatespeech.html](http://www.bmfj.gv.at/jugend/lebensqualitaet-miteinander/nohatespeech/komitee_nohatespeech.html)

# Herausforderungen im Netz – Entwicklungen und Gegenstrategien

## Maßnahmen auf juristischer Ebene

Ein großes Problem bei der Bekämpfung von *Hate Speech* besteht im Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit, Hassrede einzudämmen, aber gleichzeitig das Grundrecht auf Redefreiheit nicht einzuschränken. Die Definition von *Hate Speech* ist dabei eine wichtige Grundlage. Der Klagsverband zur Durchsetzung der Rechte von Diskriminierungsopfern definiert *Hate Speech* folgendermaßen:

*„Hate Speech, auf Deutsch in etwa „Hassreden“, bezeichnet alle Ausdrucksformen, die Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, oder andere Formen von auf Intoleranz gegründeten Hass, inklusive der Intoleranz, die sich durch aggressiven Ethnozentrismus, Diskriminierung und Feindlichkeiten gegenüber Minderheiten, Migranten und Personen mit Migrationshintergrund äußern, verbreiten, erwecken, fördern oder rechtfertigen – so eine verbreitete Definition. Allerdings kann sich der Inhalt genauso auf das Geschlecht, die Sexualität, eine Behinderung oder das Alter beziehen, hate speech können jede Form der Intoleranz beinhalten.“*

*Eine weitere Erscheinungsform stellen Leugnungen dar, die oft im Zusammenhang mit dem Holocaust auftreten. Diese Verleugnungen enthalten einerseits den Vorwurf an die Opfer zu lügen sowie andere zu verunglimpfen und andererseits zugleich eine Rechtfertigung oder Verherrlichung der tatsächlichen Geschehnisse.“<sup>29</sup>*

Mit dem neuen Paragraphen gegen *Cybermobbing* (Paragraph 107c, StGB, seit 1.1.2016 in Kraft) und der Verschärfung des Strafgesetzbuches bezüglich Verhetzung (Paragraph 283, StGB) wurden die rechtlichen Möglichkeiten im Kampf

gegen Hass im Netz erweitert. Der Verhetzungsparagraph wurde mit 1. Jänner 2016 erneuert: Durch die Neuformulierung wird klargestellt, dass auch die pauschale Hetze gegen „AusländerInnen“, „MigrantInnen“, „Flüchtlinge“ und „AsylwerberInnen“ vom Anwendungsbereich erfasst wird. Des Weiteren wird die Öffentlichkeit nun ab 30 Personen definiert.

### Mögliche Straftatbestände bei Hass im Netz

Bei einer großen Anzahl an Delikten, die in Bezug auf das Thema Hass im Netz vorliegen können, handelt es sich um Officialdelikte. So werden strafbare Handlungen bezeichnet, die von der Staatsanwaltschaft von Amts wegen verfolgt werden, weil es von öffentlichem Interesse ist. Ein Officialdelikt kann von jeder Person – unabhängig von der persönlichen Betroffenheit – zur Kenntnis gebracht werden. Daher kommt auch UserInnen, die nicht selbst von Hass im Netz betroffen sind, sondern illegale Inhalte im Netz „nur“ beobachten, eine wichtige Rolle zu, wenn es um die rechtliche Verfolgung dieser Delikte geht.

Unter Officialdelikte fallen folgende Tatbestände:

- ➔ Gefährliche Drohung
- ➔ Verstoß gegen das Verbotsgesetz/NS-Wiederbetätigung
- ➔ Aufforderung zu mit Strafe bedrohten Handlungen und Gutheißung mit Strafe bedrohter Handlungen
- ➔ Verleumdung
- ➔ Verhetzung
- ➔ *Cybermobbing*

<sup>29</sup> [www.klagsverband.at/info/hate-speech](http://www.klagsverband.at/info/hate-speech)

## GESETZLICHE DEFINITION VON VERHETZUNG

„(...)

Eine Verhetzung begeht, wer

- ➔ vor **vielen Menschen** (ab circa 30 Personen),
- ➔ zur Gewalt oder zu Hass gegen Personen aufruft bzw. anstachelt, und zwar
- ➔ **wegen** deren
  - Rasse,
  - Hautfarbe,
  - Sprache,
  - Religion oder Weltanschauung,
  - Staatsangehörigkeit,
  - Abstammung oder nationalen oder ethnischen Herkunft,
  - ihres Geschlechts,
  - einer körperlichen oder geistigen Behinderung,
  - ihres Alters oder
  - ihrer sexuellen Ausrichtung.

Eine Verhetzung **begeht auch**, wer eine der oben genannten Personengruppen so **beschimpft**, dass

- ➔ diese Gruppe in der **öffentlichen Meinung** verächtlich gemacht werden könnte oder herabgesetzt wird und
- ➔ damit die **Menschenwürde** dieser Personen **verletzen** will.

Auch beim

- ➔ öffentlichen Leugnen,
  - ➔ der öffentlichen Billigung,
  - ➔ der öffentlichen gröblichen Verharmlosung oder Rechtfertigung
- von **gerichtlich festgestelltem Völkermord oder Kriegsverbrechen** handelt es sich um Verhetzung, wenn es gegen eine der oben genannten Gruppen (Religion, Herkunft, Hautfarbe etc.) oder gegen eine Person wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer der oben genannten Personengruppen erfolgt.

**Wer verhetzendes Material gutheißt bzw. rechtfertigt und es einer breiten Öffentlichkeit zugänglich macht, begeht ebenfalls eine Verhetzung!** Das bedeutet, dass auch das Teilen von verhetzenden Beiträgen in sozialen Medien **strafbar sein kann**. Es macht **rechtlich keinen Unterschied, ob eine Verhetzung in der realen Welt oder im Internet**, z.B. in einem Online-Forum, **begangen wird**. Trotzdem ist nicht jedes rassistische Posting automatisch strafbar.

(...)

### Strafdrohung

Für eine Verhetzung kann das Gericht eine **Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren** verhängen. Erfolgt der Aufruf zur Gewalt bzw. die Aufstachelung zu Hass vor einer **breiten Öffentlichkeit** (ab 150 Personen), beträgt die Freiheitsstrafe **bis zu drei Jahre**. Hat die Verhetzung tatsächlich zu Gewalt geführt, beträgt die Freiheitsstrafe **mindestens 6 Monate und bis zu fünf Jahre**.

Die gutheiße bzw. rechtfertigende Verbreitung von verhetzendem Material ist mit einer **Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit einer Geldstrafe bis zu 720 Tagessätzen** bedroht.

Ist eine Verhetzung zugleich ein Verstoß gegen das Verbotsgesetz (nationalsozialistische Wiederbetätigung), wird die Täterin/der Täter nach dem Verbotsgesetz bestraft.“

## GESETZLICHE DEFINITION VON CYBERMOBBING

„Seit dem 1. Jänner 2016 ist „**Cyber-Mobbing**“ strafbar (Paragraph 107c). Der im Strafgesetzbuch (StGB) verwendete Titel des Delikts lautet „Fortgesetzte Belästigung im Wege einer Telekommunikation oder eines Computersystems“.

Wegen „Cyber-Mobbings“ strafbar macht sich, wer im **Wege einer Telekommunikation** oder **unter Verwendung eines Computersystems** in einer Weise, die geeignet ist, eine Person in ihrer Lebensführung unzumutbar zu beeinträchtigen, **eine längere Zeit hindurch fortgesetzt**

- ➔ eine Person für **eine größere Zahl von Menschen wahrnehmbar an der Ehre verletzt** oder
- ➔ **Tatsachen oder Bildaufnahmen des höchstpersönlichen Lebensbereiches** einer Person **ohne deren Zustimmung für eine größere Zahl von Menschen wahrnehmbar macht.**

Bei Verstoß gegen die Strafbestimmung „Cyber-Mobbing“ ist mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 720 Tagessätzen zu rechnen.

Hat die Tat den Selbstmord oder einen Selbstmordversuch der verletzten Person zu Folge, so ist die Täterin/der Täter mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren zu bestrafen.“

Quelle: [www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/172/Seite.1720720.html#Cyber](http://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/172/Seite.1720720.html#Cyber)

Privatanklagedelikte liegen vor, wenn die Strafverfolgung der Täterin/des Täters nur auf Verlangen der von der Straftat direkt betroffenen Person erfolgen kann. Unter Privatanklagedelikte fallen folgende Tatbestände:

- ➔ Üble Nachrede
- ➔ Beleidigung

Liegt dem Tatbestand ein rassistisches Motiv zugrunde, wird es zum Ermächtigungsdelikt: Die Staatsanwaltschaft muss – mit Ermächtigung des/der Betroffenen – ein Strafverfahren einleiten. Bei Unsicherheit, ob es sich um einen strafrechtlich relevanten Inhalt handelt, empfiehlt es sich, sich nach der Sicherung des Materials an eine Melde- oder Beratungsstelle zu wenden (→ Kap. Meldestellen).

Beim Thema Hass im Netz gibt es besondere Herausforderungen, die z.B. durch unterschiedliche nationale Gesetzeslagen entstehen können, wie auch Otfried Jarren darlegt: „Da sich Anbieter und Angebote nicht (mehr) trennscharf voneinander abgrenzen lassen und da der gesamte Bereich einer großen Dynamik unterliegt, lässt er sich nur schwierig mittels des traditionellen Rechts regulieren. Eine, zumal eine nationalstaatliche, Top-down-Regulierung wäre

zudem wenig effektiv – da ein Großteil der Anbieter international agiert“ (Jarren 2013: 245f.). So stellt sich immer wieder die Frage, welches Recht für *Facebook* gilt, das seinen Firmensitz in den USA hat und sich wiederholt auf US-amerikanisches Recht berufen hat. Der europäische Sitz des Unternehmens befindet sich in Irland, weswegen es in jüngerer Vergangenheit Klagen europäischer KlägerInnen gegen *Facebook* Irland gab (→ Kap. *Facebook: besondere Rolle*).

Es ist schwierig, gegen Internetseiten vorzugehen, die zwar nach österreichischem Recht rechtswidrige Inhalte verbreiten, aber beispielsweise auf Servern in den USA gehostet werden. Ein Beispiel dafür ist die Internetseite *Alpen-Donau.info*, die von 2009 bis 2011 rechtsextreme Inhalte, die gegen den Verhetzungsparagraphen und gegen das Verbotsgesetz verstießen, verbreitet hat und die erst nach erheblichen Anstrengungen vom Netz genommen wurde. Im Zusammenhang mit der Seite wurde der bekannte Neonazi Gottfried Küssel gemeinsam mit zwei anderen Beschuldigten zu mehrjähriger Haftstrafe wegen Wiederbetätigung verurteilt. Die Seite wurde Anfang 2014 neu gestartet, im gleichen Jahr aber wieder eingestellt.<sup>30</sup>

<sup>30</sup> vgl. [www.derstandard.at/r2000004003897/Alpen-Donau-Info](http://www.derstandard.at/r2000004003897/Alpen-Donau-Info)

Eine weitere Schwierigkeit bei der Bekämpfung von Hass im Netz besteht darin, dass Soziale Netzwerke nicht als Medienunternehmen, sondern als Technologieunternehmen gelten und daher Regelungen, die klassische Medien betreffen, nicht angewandt werden können. Es gibt daher immer wieder Forderungen, *Facebook* als Medienunternehmen einzustufen, um Medienrecht anwendbar zu machen – eine Idee, die beispielsweise vom deutschen Justizminister Maas oder auch dem österreichischen Medienminister Drozda unterstützt wird.<sup>31</sup>

Auch wenn eine solide Gesetzeslage als Basis für die effiziente Bekämpfung von Hass im Netz notwendig ist, greift die rechtliche Ebene allein

zu kurz. Nicht jedes Hassposting ist strafbar, stellt aber trotzdem eine Form der Gewalt dar, die weitere Gewalt (auch außerhalb des Netzes) nach sich ziehen kann. Es handelt sich bei Hass im Netz um ein gesamtgesellschaftliches Problem, dem auf verschiedenen Ebenen begegnet werden muss. Angesichts des Ausmaßes an Hetze und Diskriminierung im Internet kann gesellschaftliche Verantwortung nicht mehr auf die Offline-Welt beschränkt sein. Es geht auch um Bewusstseinsbildung, die Förderung von Medienkompetenz und digitaler Zivilcourage, um Sprache, Gesprächskultur und Respekt (→ *Kap. Präventive Maßnahmen im Bildungsbereich*). Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet das Engagement seitens der Zivilgesellschaft.

<sup>31</sup> vgl. [www.derstandard.at/2000048609602/Drozda-will-gleiches-Medienrecht-fuer-Facebook](http://www.derstandard.at/2000048609602/Drozda-will-gleiches-Medienrecht-fuer-Facebook)

# Herausforderungen im Netz – Entwicklungen und Gegenstrategien

## Wie reagiert die Zivilgesellschaft?

Der Zivilgesellschaft kommt im Hinblick auf das Thema digitale Zivilcourage eine wichtige Rolle zu. Zusätzlich zur rechtlichen und politischen Ebene braucht es eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung, die möglichst viele AkteurInnen mit einbezieht und die wiederum Motor für rechtliche und politische Entwicklungen sein kann.

### Österreichische Initiativen/Best practice-Beispiele

In Österreich sind verschiedene Initiativen aktiv, um negativen Entwicklungen im Bereich des Internets und Sozialer Medien entgegenzutreten beziehungsweise Partizipation online zu fördern. Im folgenden Kapitel kommen einige Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind, in Form eines Q & A (*Question & Answer*) zu Wort.

#### Initiative *#aufstehn*

Antworten von Maria Mayrhofer

##### **#AUFSTEHN**

ist eine neue Form der zivilgesellschaftlichen Kampagnenorganisation, die sich für progressive Politik, soziale und ökonomische Fairness und ökologische Verantwortung einsetzt.

Nähere Infos zu *#aufstehn*:  
[www.aufstehn.at](http://www.aufstehn.at)

*Welche Entwicklungsschritte und Grundideen stecken hinter #aufstehn?*

*#aufstehn* wurde ins Leben gerufen, weil viele Menschen in Österreich mit der politischen Situation unzufrieden sind. Gleichzeitig fehlt es aber weitgehend an ansprechenden und niederschweligen Angeboten, wie Menschen an der Politik und an gesellschaftlichen Entwicklungen teilhaben und diese mitbestimmen können. *#aufstehn* möchte diese Lücke schließen. Mit Hilfe digitaler Technologien werden Zugangsbarrieren zu politischen

Prozessen abgebaut und Mitbestimmung ermöglicht.

Anfang 2015 als Website im Kontext der Proteste rund um den Akademikerball ins Leben gerufen, ist *#aufstehn* seit November 2015 ein gemeinnütziger Verein. Vereinszweck ist die Förderung politischer Partizipation. Ziel ist es, Menschen aus der Zivilgesellschaft Partizipationsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen und eine Community engagierter Menschen aufzubauen, um gemeinsam Wandel zu erreichen: Für eine Politik, die Ungerechtigkeiten beseitigt und gleiche Chancen für alle schafft. Für eine solidarische Gesellschaft, in der sich alle verwirklichen können – ungeachtet von Geschlecht, Alter, Herkunft, sexueller Orientierung, Religion oder physischen Fähigkeiten.

Mittlerweile zählt die *#aufstehn*-Community fast 40.000 Engagierte, die bei Online-Aktionen mitmachen, aber auch im echten Leben gemeinsam für ihre Ziele eintreten.

Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, stets „mehr als nur ein Klick“ zu sein und das Potenzial des

Internets zu nutzen, um zivilgesellschaftliche Interessen nicht nur zu artikulieren, sondern auch durchzusetzen. Das niederschwellige Bündeln kollektiver Meinungsäußerung im Web und in den Sozialen Medien ist deshalb nur ein erster Schritt: Jede Kampagne basiert auf einer Strategie, wie die über die digitalen Kanäle mobilisierte Crowd auch im „echten Leben“ sichtbar wird, ihre Macht entfalten kann und Veränderung bewirkt. Um dieses Ziel zu erreichen, folgen auf die digitale Mobilisierung weiterführende, höherschwellige Angebote zur politischen Partizipation, die je nach Thema/ AdressatIn unterschiedliche Formen annehmen können – von Leserbriefen über Diskussionen, Demonstrationen oder direkten Kontakt mit EntscheidungsträgerInnen.

*Welche Motivationen und welches Selbstverständnis liegen #aufstehn zugrunde?*

*#aufstehn* hat eine klar progressive Ausrichtung: Ökonomische und soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, ein friedvolles Zusammenleben, Demokratie und Menschenrechte bilden das grundlegende, normative Werteset, an dem sich *#aufstehn* im Rahmen seiner Kampagnen orientiert.

In seiner Arbeit verfolgt *#aufstehn* einen UnterstützerInnen-basierten Ansatz: Die Interessen der UnterstützerInnen stehen im Mittelpunkt, *#aufstehn* versteht sich als Sprachrohr, organisiert die UnterstützerInnen und artikuliert deren Interessen im Rahmen seiner Kampagnen. Mittels regelmäßiger Umfragen werden die Bedürfnisse und Interessen der UnterstützerInnen ermittelt, bei wichtigen Entscheidungen z.B. „Sollen wir im Wahlkampf aktiv werden?“ werden die UnterstützerInnen befragt.

Den UnterstützerInnen wird ein breites Spektrum unterschiedlicher Partizipationsformen angeboten, damit sie sich entsprechend ihrer Fähigkeiten, Talente und Ressourcen möglichst effektiv für die gemeinsamen Ziele einbringen können. Die Methoden sind vielfältig: *#aufstehn* nutzt digitale Technologien wie E-Mail, Website, Social Media, Kanäle wie Whatsapp oder SMS oder Offline-Aktionen wie Kundgebungen, Flashmobs, Diskussionsveranstaltungen oder Demonstrationen.

Wir haben den Anspruch, unseren UnterstützerInnen schnellstmöglich Mittel zur Verfügung zu stellen und sofort aktiv zu werden, wenn aktuelle Nachrichten, politische Entscheidungen oder bevorstehende Ereignisse dringendes zivilgesellschaftliches Handeln notwendig machen.

Um unsere Unabhängigkeit von politischen EntscheidungsträgerInnen und Parteien zu gewährleisten, streben wir eine UnterstützerInnen-basierte Finanzierung über Klein(st)spenden und regelmäßige Förderbeiträge an.

Im Gegensatz zu vielen anderen NGOs beschränkt sich *#aufstehn* in seiner Arbeit nicht auf ein Themenfeld, sondern arbeitet multithematisch. Das gemeinsame progressive Werteset und die aktuellen Interessenschwerpunkte der Community bestimmen, welche Kampagnen umgesetzt werden – sei es als Reaktion auf tagespolitische Themen oder, um langfristigen Wandel bei größeren „Baustellen“ herbeizuführen.

Unser Organisationsmodell teilen wir mit zivilgesellschaftlichen Kampagnenorganisationen auf der ganzen Welt. Gemeinsam bilden die Organisationen aus den USA, Deutschland, UK, Frankreich, Polen, Rumänien, Irland, Südafrika, Indien, Australien und vielen anderen Staaten das sogenannte OPEN-Netzwerk (*Online Progressive Engagement Network*). Die Organisationen sind autonom und unabhängig, verfügen aber über ein ähnliches Selbstverständnis und ähnliche Motivationen und kooperieren zu Themen auf europäischer oder globaler Ebene.

*In Bezug auf das Thema „Hass im Netz“ interessiert uns besonders die Kampagne #solidarystorm (und solidaritywall): Welche Erfahrungen konnten im Rahmen der Kampagne gemacht werden?*

Der Hass im Netz und insbesondere sexualisierte Gewalt gegen Frauen sind allgegenwärtige Probleme, die viel mehr Menschen beschäftigen, als wir es zum Start der Kampagne angenommen hatten. Tausende UnterstützerInnen, Männer und Frauen unterschiedlichen Alters und aus den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen erzählten uns von ihren

Ängsten, ihren Sorgen und ihren Erfahrungen als Zeuginnen und Betroffene von Hasspostings und sexualisierter Gewalt. Mit ihren Solidaritätserklärungen lösten sie einen wahren Sturm der Solidarität aus und machten deutlich: „Hass und Gewalt gegen Frauen tolerieren wir nicht – nicht im Internet noch sonst wo. Wir stehen hinter euch!“ Die *#aufstehn*-UnterstützerInnen trugen die Inhalte weiter in ihre digitale und reale Umgebung. Das Thema wurde binnen kürzester Zeit von unterschiedlichen Medien aufgegriffen, gleich mehrere MinisterInnen bzw. StaatssekretärInnen meldeten sich zu Wort. Zeitungen starteten Themenschwerpunkte, es gab hochkarätig besetzte öffentliche Diskussionen, bei denen die zuständigen politischen EntscheidungsträgerInnen Maßnahmen präsentierten. *#aufstehn* stellte seinen UnterstützerInnen einen Leitfaden zur Soforthilfe im Umgang mit Hass im Netz zur Verfügung und lud die Community zu einem Flashmob, bei dem gemeinsam animierte Bilder (GIFs) zur Reaktion auf einschlägige Postings produziert wurden.<sup>32</sup>

Seitdem ist *#aufstehn* in diverse Diskussions- und Arbeitsprozesse zum Thema involviert, z.B. im Rahmen der Kampagne *#DigitaleCourage* im Bundesrat oder im Zuge der „Gegen Hass im Netz“-Initiative der Staatssekretärin Muna Duzdar, bei denen wir immer wieder die Interessen und Anliegen unserer UnterstützerInnen einbringen.

Als im Herbst im Zuge der Bundespräsidentenwahl der Hass im Netz erneut eskalierte, starteten wir unter dem Hashtag *#stopptdenhass* einen dringenden Appell an Justizminister Wolfgang Brandstetter und die zuständigen Staatsanwaltschaften, aktiver gegen Hasspostings und Gewaltaufrufe im Internet vorzugehen. Nach einem Treffen mit uns hat er uns weitere Maßnahmen zugesichert, die in Kürze präsentiert werden sollen.

*Welche Reichweite konnte erzielt werden und welches Feedback erhielt die Kampagne?*

Innerhalb weniger Stunden schlossen sich fast 15.000 Menschen dem *#solidarystorm* an, indem sie unsere Online-Solidaritätserklärung mit

den Betroffenen von Hass und sexualisierter Gewalt im Netz unterzeichneten. Tausende hinterließen außerdem persönliche Botschaften für die Betroffenen. *#solidarystorm* war über Tage hinweg Trending Topic auf *Twitter*, auf *Facebook* wurden bereits mit dem ersten Posting zum Thema rund 200.000 Menschen erreicht. Die Medien – TV, Zeitungen, Radio und online – berichteten über die Kampagne. Zahlreiche Prominente unterstützten den *#solidarystorm*, die politischen EntscheidungsträgerInnen selbst griffen das Thema auf. Die Folgekampagne *#stopptdenhass* wurde von über 16.000 Menschen unterstützt.

*Welche Ideen im Hinblick auf das Auftreten gegen „Hass im Netz“ liegen der Kampagne zugrunde?*

Als Organisation mit aktiver Web- und Social Media-Präsenz ist Hass im Internet ein Thema, mit dem *#aufstehn*, unsere MitarbeiterInnen und viele unsere UnterstützerInnen tagtäglich konfrontiert sind. Das Internet ist ein Katalysator für gesellschaftliche Entwicklungen. Der Hass, der sich im Netz entlädt, kommt tausendfach gestärkt im echten Leben wieder an. Er bestimmt, worüber wir reden, setzt sich in der Gesellschaft fest und bedroht unser Miteinander.

*Hass und sexualisierte Gewalt gegen Frauen im Netz ist ein besonderes Problem, denn hier geht es auch darum, dass Frauen ihre Rechte und ihre aktive Rolle in der Gesellschaft streitig gemacht werden.*

Wenn wir das Internet nicht denjenigen überlassen wollen, die am lautesten schreien, müssen wir den Hass zum Thema machen und Maßnahmen finden, wie wir ihn stoppen.

Als vier renommierte JournalistInnen im Juni 2016 in der Wochenzeitung *Falter* ihr Schweigen brachen und von den unzähligen Gewaltdrohungen und Hassbotschaften erzählten, die sie tagtäglich ertragen müssen, starteten wir auf [www.aufstehn.at](http://www.aufstehn.at) deshalb den *#solidarystorm*. Ziel der Solidaritätskampagne war es, die UnterstützerInnen für das Thema Hass im

<sup>32</sup> vgl. [www.aufstehn.at/soforthilfe-gegen-hass-sexualisierte-gewalt-im-netz/](http://www.aufstehn.at/soforthilfe-gegen-hass-sexualisierte-gewalt-im-netz/)

Internet, insbesondere für Hasspostings und sexualisierte Gewalt gegen Frauen, zu sensibilisieren, ein Zeichen der Solidarität zu setzen und den Handlungsbedarf, der für *#aufstehn* und seine UnterstützerInnen bereits im Zuge vergangener Kampagnen evident geworden war, an die politisch Verantwortlichen zu kommunizieren.

*Welche Maßnahmen und Strategien erachtet #aufstehn als erfolgreich oder zielführend, um Hass im Netz entgegen zu treten?*

Auf Basis der Rückmeldungen unserer UnterstützerInnen haben wir ein 5-Punkte-Programm mit Sofortmaßnahmen gegen Hass im Netz entwickelt, das wir auch Justizminister Wolfgang Brandstetter und Staatssekretärin für Digitales Muna Duzdar vorgelegt haben:

**Aktiveres Vorgehen von Staatsanwaltschaft und Polizei:** Die zuständigen Staatsanwaltschaften bzw. die Polizei müssen mehr Eigeninitiative bei der Verfolgung von Hass im Netz zeigen. Es kann nicht sein, dass erst großes öffentliches Aufsehen entstehen muss, damit die StaatsanwältInnen aktiv werden. Eine Möglichkeit wäre, z.B. einschlägige Seiten verstärkt zu beobachten.

**Online-Informationsplattform einrichten:** Viele Menschen, die sich an uns und andere zum Thema aktive NGOs wenden, wissen nicht, wie sie auf den Hass im Internet reagieren sollen. Es braucht eine zentrale Anlaufstelle mit einfach aufbereiteten Informationen und Tipps zum Thema, z.B. eine Website mit Leitfäden, anschaulichen Fallbeispielen, Kontakten zu Beratungsstellen usw.

**Meldestellen schaffen:** Die bisherigen öffentlichen Melde-Angebote sind schwer zugänglich und wenig ansprechend. Eine niederschwellige Online-Meldestelle (evtl. auch als Teil einer Online-Informationsplattform) könnte das Melden von Hasspostings für ZeugInnen und Betroffene enorm vereinfachen.

**Beratungsangebote ausbauen:** Für ZeugInnen und Betroffene ist es sehr schwierig abzuschätzen, wann es sich bei einem Hassposting um ein Vergehen handelt und wie man am besten dagegen vorgeht bzw. auch persönlich damit um-

geht. Es braucht einen Ausbau von bestehenden Beratungs- und Clearingangeboten (z.B. von ZARA), um Betroffene bestmöglich zu betreuen.

**Sensibilisierung von Polizei und Staatsanwaltschaften:** Öffentliche Stellen wie Polizei und Staatsanwaltschaften müssen für das Thema sensibilisiert werden. Zentrale Anlaufstellen mit spezifisch geschultem polizeilichem/juristischem Personal könnten Polizeidienststellen unterstützend zur Seite stehen und sicherstellen, dass Betroffene den notwendigen Schutz erhalten.

Weitere denkbare Maßnahmen betreffen den Umgang der Social Media-Unternehmen mit Hass im Netz. So wird beispielsweise diskutiert, dass *Facebook* stärker zur Verantwortung gezogen werden und dem Medienrecht unterliegen soll. Von juristischer Seite steht die Forderung im Raum, z.B. Beleidigung zu einem Ermächtigungsdelikt zu machen, bei dem die Staatsanwaltschaft selbst aktiv werden kann, um die Betroffenen besser zu unterstützen und zu schützen.

## Bundesjugendvertretung

Antworten von Julia Preinerstorfer

### BUNDESJUGENDVERTRETUNG

ist die gesetzlich verankerte Interessenvertretung aller Kinder und Jugendlichen in Österreich. Die Bundesjugendvertretung umfasst 53 Mitgliedsorganisationen und hat sozialpartnerschaftlichen Status in Jugendfragen. Nähere Infos zur BJV: [www.bjv.at](http://www.bjv.at)

*Welche Entwicklungsschritte und Grundideen stecken hinter der Kampagne #MeinNetz und anderen Projekten/Initiativen, in deren Rahmen sich die BJV mit der Thematik befasst?*

Das Internet spielt für das Leben junger Menschen eine große Rolle. Mithilfe des Internets pflegen sie soziale Kontakte, informieren sich und gestalten ihre Freizeit. Die Trennung zwi-

schen On- und Offline-Welt existiert in ihrer Wahrnehmung nicht (mehr), das Internet ist ein selbstverständlicher Lebensraum junger Menschen geworden.

Im Zentrum der Kampagne stehen die Themenbereiche formale und non-formale Bildung, Anti-Diskriminierung und Partizipation. Sie spiegeln zentrale Themen der *Bundesjugendvertretung* (BJV) wider und werden hier auf den Themenkomplex Internet angewandt.

- ➔ Bildung: Medienkompetenz soll ein wichtiger Bestandteil formaler und non-formaler Bildung sein. Sie soll junge Menschen mit den Fähigkeiten ausstatten, sich sicher, frei und kompetent im Internet bewegen zu können. Dazu gehört auch, Medienkompetenz verpflichtend in der PädagogInnen-Ausbildung zu verankern.
- ➔ Anti-Diskriminierung: Junge Menschen sollen für Diskriminierung im Netz sensibilisiert und mit Skills ausgestattet werden, um damit und dagegen um- und vorzugehen. Gerade in den letzten Monaten ist dieses Thema auch im öffentlichen Diskurs in Österreich immer präsenter geworden, darauf nimmt die BJV Bezug. Außerdem knüpft die Kampagne nicht zuletzt an die *No Hate Speech*-Initiative des Europarates (→ *Kap. Internationale Initiativen*) an.
- ➔ Partizipation: Die Beteiligung junger Menschen in netzpolitischen Prozessen soll gestärkt werden. Hier agiert die BJV mit ihrem *Internet Youth Delegate*-Programm bereits seit 2015 als Wegbereiterin und wichtige Multiplikatorin.

*Welche Maßnahmen und Strategien werden dabei in der Sensibilisierung von Jugendlichen und Kindern ergriffen?*

Die BJV arbeitet hauptsächlich daran, politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die Kinder und Jugendlichen zu Gute kommen. In den zugrundeliegenden Entwicklungsprozessen der politischen Forderungen der BJV sind immer VertreterInnen der zahlreichen Mitgliedsorganisationen – selbst junge Menschen – federführend und bringen somit ihre politische Perspektive direkt ein.

Die Sensibilisierung von allen Kindern und Jugendlichen ist uns ein weiteres zentrales Anliegen. Das Projekt *YouthIGF* bietet zum Beispiel eine Möglichkeit, Jugendliche in netzpolitische Diskussionen und Entscheidungsforen einzubinden und hilft der BJV auch dabei, ihre politischen Forderungen zu schärfen. Bei einem Human Rights Education Training wurden im Herbst JugendarbeiterInnen dazu ausgebildet, Jugendliche im Bereich Menschenrechtsbildung und *Hate Speech* zu sensibilisieren. Außerdem ist die BJV 2017 im Peer-to-peer Projekt *MakeITSafe 2.0* Projektpartnerin, in dem Jugendliche ihr Wissen zum Thema Internet an ihre Peers in der außerschulischen Jugendarbeit weitergeben sollen.

*Welche Maßnahmen und Strategien erachtet die BJV als erfolgreich oder zielführend, um Hass im Netz entgegen zu treten?*

Die BJV setzt sich verstärkt dafür ein, dass Medienbildung mehr Bedeutung in Schulen und der außerschulischen Jugendarbeit erhält, aber auch verpflichtend Eingang in die PädagogInnen-Ausbildung findet. Eine differenzierte, bedürfnisorientierte und niederschwellige Vermittlung von Medienkompetenz ist dabei das leitende Ziel und Basis für Bekämpfung von Hass im Netz.

Jugendlichen soll dabei Raum geboten werden, um über Dinge zu sprechen, die sie im Internet interessieren, begeistern, verunsichern oder ängstigen. Das sollte in den Schulen auch mit der Unterstützung externer ExpertInnen erfolgen, die die Lehrkräfte mit ihrer Expertise unterstützen können. Außerdem setzt die BJV auf Peer-to-Peer Projekte zur Sensibilisierung und um den Austausch und die konstruktive Konfrontation zu fördern. Im Bereich Hass im Netz geht es hier vor allem um Empathieförderung, z.B. durch Einfühlen in die Opferperspektive und die Vermittlung von Zivilcourage in Workshops. Zusätzlich ist es wichtig, Kinder und Jugendliche dabei zu unterstützen, eigene Handlungsmöglichkeiten gegen Hass im Netz zu entwickeln.

## Verein Mimikama

Antworten von Andre Wolf, Tom  
Wannenmacher

### MIMIKAMA

ist ein gemeinnütziger Verein und eine internationale Koordinationsstelle zur Bekämpfung von Internetmissbrauch sowie eine zentrale Anlaufstelle für InternetuserInnen, die verdächtige Internetinhalte melden möchten. Mimikama befasst sich mit Falschmeldungen, Abofallen, Spam, Fake-Gewinnspielen, schädlichen Links, Phishingmails uvm.

Nähere Infos zu Mimikama:  
[www.mimikama.at](http://www.mimikama.at)

### Welche Entwicklungsschritte und Grundideen stecken hinter Mimikama?

Die Idee hinter *Mimikama* entstand 2010 aus der privaten Beschäftigung mit *Facebook* als Tom Wannenmacher in eine sogenannte Abofalle tappte. Er warnte daraufhin seinen großen virtuellen Freundeskreis, den er durch das Spielen von *Farmville* hatte. Mit dem Ziel, noch mehr Menschen darauf aufmerksam zu machen, entstand die Seite *Zuerst denken, dann klicken*, und es folgte die Website *mimikama.at*. Die Fanzahlen auf *Facebook* stiegen rasant, was uns schließlich dazu veranlasste, einen Verein zu gründen und uns zu professionalisieren. Auf berufliche Erfahrungen aus früheren Beschäftigungen konnte zurückgegriffen werden – so führen wir beispielsweise über *Facebook* regelmäßig Live-Chats mit ExpertInnen zu Themen wie Falschmeldungen oder Urheberrecht durch. Während wir in der Anfangszeit noch einen bis zwei Berichte zu Fällen von Internetbetrug oder Falschmeldungen pro Tag veröffentlichten, sind es mittlerweile 15 Berichte bei 100 bis 150 Anfragen pro Tag. Ein Kernteam von 15 bis 20 Personen in Österreich, Deutschland, der Schweiz und Holland unterstützt das Büro in Wien bei der Recherche. Das rege Interesse an unserer Tätigkeit – unserer Seite *Zuerst denken dann klicken* folgen mehr als 650.000 Personen – zeigt, dass es großen Bedarf gibt, was die Aufklärung von Internetbetrug und Falschmeldungen betrifft.

Auch Behörden aus dem In- und Ausland kommen mittlerweile regelmäßig auf uns zu.

### Wie geht Mimikama bei der Überprüfung von Falschmeldungen vor?

Abhängig davon, ob die betreffenden Inhalte bereits bekannt sind, gibt es zwei Möglichkeiten: Wurden wir mit einem Thema in der Vergangenheit bereits konfrontiert, dann recherchieren wir, was sich in Bezug auf die Meldung geändert hat und warum sie wieder in Umlauf ist. Sind es neue Fälle, dann erfolgt erst einmal ein Brainstorming innerhalb der Redaktion, ob darüber bereits etwas bekannt ist. Anschließend durchsuchen wir das Netz anhand von Schlagwörtern, um herauszufinden, wer den jeweiligen Inhalt verfasst hat, wo er herkommt und ob Andere den Fall schon aufgeklärt haben. Gerade, wenn es darum geht, herauszufinden, woher ein Inhalt kommt beziehungsweise wer diesen verbreitet, stoßen wir häufig auf unseriöse Seiten, die uns bereits aus vorhergegangenen Fällen bekannt sind. Dort werden oftmals wichtige Informationen ausgeklammert oder Sachverhalte einseitig dargestellt – häufig ist etwas an einer Geschichte dran, aber so wie sie erzählt wird, entspricht sie nicht der ganzen Wahrheit. Ein Beispiel für wiederkehrende Falschmeldungen sind Artikel um die Weihnachtszeit, mit denen uns suggeriert werden soll, dass wir unsere christliche Kultur verlieren würden. Vieles wird dabei aufgebauscht und verdreht. Ein Beispiel: Vor Weihnachten wurden wir mit der Erzählung konfrontiert, dass ein Jugendchor einer christlichen Schule aus Rücksichtnahme auf teilnehmende muslimische Flüchtlinge keine Weihnachtslieder singen würde. Es stellte sich heraus, dass es sich dabei um eine Fehldarstellung einer Zeitung handelte, die in weiterer Folge von einer Website übernommen wurde, welche den Sachverhalt wiederum überspitzt darstellte und neu publizierte. Der Inhalt dieses neuen Beitrags war: Jetzt singen wir keine Weihnachtslieder mehr in Deutschland. In so einem Fall erfolgt eine Rückverfolgung, um herauszufinden, wo die Information herkommt und wer diese verfasst hat. Nach einer ausführlichen Erklärung des Jugendchors, dass bei keinem der Weihnachtskonzerte auf Lieder christlichen Inhalts verzichtet

worden war, gab es auch von Seiten der Zeitung eine Richtigstellung. Manchmal klären sich Fälle wie dieser auch von selbst auf. Im Grunde arbeiten wir wie eine Online-Redaktion, auf internes Brainstorming folgen Verifizierungsversuche über Suchmaschinen. Die Schwierigkeit liegt oftmals darin, komplexe Inhalte kurz und prägnant sowie leicht verständlich aufzubereiten. Daher arbeiten wir mit zwei Kanälen – auf der Facebook-Seite *Zuerst denken dann klicken* fassen wir Sachverhalte kurz zusammen, eine ausführliche Analyse ist dann auf der Facebook-Seite *Mimikama* verlinkt.

#### *Wie entwickeln sich Anzahl und Themen der Falschmeldungen?*

Die Anzahl der Falschmeldungen hat sich kaum geändert, die Inhalte ändern sich jedoch – je nachdem, welche Themen gesellschaftlich aktuell sind. Waren es früher noch vermehrt Anfragen von besorgten Eltern, die beispielsweise von einem weißen Van, mit dem Kinder entführt werden sollen, gelesen hatten, so sind es in den letzten Jahren vermehrt Anfragen, die Gerüchte rund um Flüchtlinge oder den Islam betreffen – gerade zu Weihnachten war diese Entwicklung wieder verstärkt spürbar, wie das bereits genannte Beispiel zeigt. Das Thema Hass im Netz ist dabei inhaltlich nicht unser Fokus, aber wir merken, dass sich die Schwerpunkte verändern. Der Inhalt richtet sich eben nach dem, was rund um uns passiert. Es gilt dann immer wieder zu fragen: Wie war der Sachverhalt gemeint? Hat einer etwas falsch wiedergegeben? Oder hat ein Kolumnist einfach seine Meinung kundgetan? Es beginnt oftmals bereits damit, dass wir aufklären, welche unterschiedlichen redaktionellen Stile es gibt, um Menschen darauf aufmerksam zu machen, dass es einen Unterschied zwischen meinungs- und faktenbasierter Berichterstattung gibt. Enten und Falschmeldungen sowie absichtliche Lügen gab es immer schon, sie versickerten nur irgendwann. Die Reichweiten beziehungsweise die Medien haben sich geändert.

#### *Welche Maßnahmen und Strategien erachtet Mimikama als erfolgreich oder zielführend, um Hass im Netz beziehungsweise Falschmeldungen entgegen zu treten?*

Was beispielsweise Facebook betrifft, so müssen viele Dinge überarbeitet und gerade in der aktuellen Diskussion überdacht werden. Es kann nicht nur um Traffic gehen, sondern die Sozialen Netzwerke haben auch eine gesellschaftliche Verantwortung, gerade in Bezug auf Echokammern, Fake News und Radikalisierung. Wenn entgegenzutreten bedeutet, Falschmeldungen einzudämmen, dann halten wir das für eine schwierige Sache. Wollen wir eindämmen? Wollen wir Content verbieten? Wir wollen Inhalte nicht eindämmen, sondern erreichen, dass die LeserInnen bemerken, dass es sich um Falschmeldungen handelt. Alle sollten einen Schritt weitergehen und in der Lage sein, zu erkennen, dass sie mit etwas konfrontiert sind, das vielleicht nicht ganz richtig ist. Man kann es zur Erheiterung vielleicht lesen, aber man sollte es dann auch zurückpacken und nicht als wahr weiterleiten oder als Prämisse aufnehmen, sondern Falschmeldungen oder manipulativ wirkende Meldungen identifizieren können. Es geht also stark um Informations- und „Sendekompetenz“ und überhaupt die Möglichkeit, Inhalte zu verarbeiten. Früher hat der Journalismus Nachrichten für uns gefiltert, und dem konnte ich als LeserIn mehr oder weniger vertrauen. Heute ist jedeR zum Sender/zur Senderin geworden, gerade in Sozialen Netzwerken gibt es keine Instanz mehr dazwischen, also muss man selbst zu dieser Instanz werden. Und diese Fähigkeit, dass man selber merkt, mit welcher Art von Inhalt man konfrontiert ist, muss gefördert werden. Wenn man weiß, wie mit Falschmeldungen umzugehen ist, dürfen diese existieren.

#### *Wo liegen die Herausforderungen, was technische Entwicklungen wie Social Bots angeht?*

Wenngleich das Phänomen der *Social Bots* im deutschsprachigen Raum noch weniger verbreitet ist, ist die Gefahr genauso gegeben. Das Problem bei Falschmeldungen ist immer, dass man manipuliert wird und das Bild der Realität verzerrt wird – *Social Bots* sind ein Mittel dazu. Sprich, sie übertragen oder sie verbreiten Meinungen ganz automatisch, ohne dass ich mich

als Mensch dahinter setzen muss. Zudem sind sie günstig, man kann sie für wenig Geld massenhaft kaufen. Dadurch, dass *Social Bots* in großer Anzahl auftreten können, schaffen sie das Bild einer falschen Mehrheit. So betreiben sie eine Art Silencing, weil ich mich als Einzelperson gehemmt fühle, meine Meinung zu äußern – die vielen könnten ja recht haben, was in diesem Fall Unsinn ist. Und gleichzeitig sind *Social Bots* skrupellos, man kann sie schließlich nicht überzeugen. Sie posten Inhalte, die absurd sind, und man fragt sich, was mit der Person hinter dem jeweiligen Account los ist und merkt gar nicht, dass es sich um einen *Social Bots* handelt. Wir halten *Social Bots* für eine Gefahr, sofern sie massenhaft auftreten. Wer sie nutzt und in welcher Form diese eingesetzt werden, muss weiter beobachtet werden. Grundsätzlich kann man Bots als DienstleisterIn ja auch positiv einsetzen. Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn ein Bot als Bot deklariert wird, um beispielsweise Fragen von KundInnen auf einer Website zu beantworten – das ist ja eine tolle Möglichkeit, unabhängig von Geschäftszeiten, als KundIn Hilfe bei einem Problem zu erhalten.

*Wie können UserInnen einen Verdacht auf Falschmeldungen oder Internetbetrug bei Mikamika melden?*

Wenn jemand den Verdacht hat, es könnte sich um eine Falschmeldung oder Internetbetrug handeln, gibt es drei Möglichkeiten, mit uns Kontakt aufzunehmen:

UserInnen können

1. eine direkte Anfrage auf unsere Facebook-Seite posten beziehungsweise einen Besucherbeitrag verfassen. Wichtig ist dabei die Angabe des Links und eine kurze Erläuterung der Sachlage.
2. auf anonymem Weg das Anfrageformular auf unserer Website nutzen oder
3. technischen Spam wie beispielsweise Trojaner über unsere E-Mail Adresse prüfen lassen: spam@zddk.eu

## ZARA Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit

Antworten von Claudia Schäfer

### ZARA – ZIVILCOURAGE UND ANTI-RASSISMUS-ARBEIT

wurde im Jahr 1999 mit dem Ziel gegründet, Zivilcourage und eine rassismussfreie Gesellschaft in Österreich zu fördern sowie alle Formen von Rassismus zu bekämpfen. Die Anti-Rassismus-Arbeit beruht auf drei Säulen: Beratung, Prävention und Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Zivilcourage beginnt mit Wahrnehmung und Verantwortungsgefühl und mündet in zivilcouragiertem Handeln. Dies bedeutet nach der Definition von ZARA, den Mut zu haben, sich für jemanden, dem Unrecht geschieht, einzusetzen – dies kann das Risiko eigener Nachteile beinhalten und unter Umständen den gesellschaftlichen und staatlichen Regeln oder Tendenzen zuwiderlaufen.

Nähere Infos zu ZARA: [www.zara.or.at](http://www.zara.or.at)

Nähere Infos zur Präventionsarbeit von ZARA: [www.zara-training.at](http://www.zara-training.at)

Plattform CounterACT! – Aktiv gegen Hass und Hetze im Netz: [www.counteract.or.at](http://www.counteract.or.at)

*Welchen Zugang verfolgt ZARA, wenn es um das Spannungsfeld Meinungsfreiheit vs. „Hass im Netz“ geht und wie beeinflussen aktuelle Entwicklungen die Arbeit von ZARA?*

Als Organisation, die opferzentriert arbeitet und sich für eine „Rassismus – freie“ Gesellschaft einsetzt, finden wir es natürlich nicht gut, wenn im Netz haufenweise und auf einigen Portalen überwiegend hasserfüllte, hetzerische Inhalte kursieren. Dementsprechend setzen wir uns – so wie übrigens bei Rassismus in der Offline Welt auch – dafür ein, dass solche Inhalte gelöscht werden, insbesondere dann, wenn sie gegen geltendes Recht verstoßen. Für Personen, die durch derartige Inhalte verletzt oder angegriffen werden oder denen Gewalt angedroht wird, entsteht immer eine Beeinträchtigung, ein Schaden: sei es, dass sie sich schämen oder abgewertet fühlen, oder einfach nur ohnmächtig

und ungerecht behandelt, weil jemand anderer so etwas öffentlich über sie ins Netz stellt. Meinungsfreiheit ist ein Grund- und Menschenrecht – die freie Meinungsäußerung hört allerdings dort auf, wo die Grundrechte anderer Personen verletzt werden.

*Welche Projekte zum Thema Hass im Netz werden derzeit von ZARA umgesetzt und welche Entwicklungsschritte und Grundideen liegen diesen zugrunde?*

Derzeit haben wir zwei große Projekte zum Thema Hass im Netz laufen, zum einen das EU-geförderte Projekt *Research – Report – Remove – Countering Cyber Hate Phenomena*, bei dem wir als Mitgliedsorganisation des *International Network Against Cyber Hate* ([www.inach.net](http://www.inach.net)) dabei sind. Im Rahmen dieses zweijährigen Projektes schauen wir uns zum einen gemeinsam mit weiteren PartnerInnen in Deutschland, Spanien, Frankreich, den Niederlanden und Belgien die Phänomene von *Cyber Hate* detailliert an – also wo kommen solche Inhalte vor, welche Botschaften werden damit transportiert, wie äußert sich der Hass im Netz gegen Roma/ Romnija, MuslimInnen und JüdInnen bzw. auch aufgrund der sexuellen Orientierung. Darüber hinaus bauen wir einen zentralen Meldemechanismus für Cyber Hate samt Datenbank auf, um Inhalte schneller an zuständige Stellen weiterleiten zu können. Die zweite große Maßnahme ist *CounterACT! – Aktiv gegen Hass und Hetze im Netz* ([www.counteract.or.at](http://www.counteract.or.at)), mit der wir Internet-UserInnen die nötigen Informationen und Werkzeuge liefern, um Hass- und Hetzbotschaften im Netz erkennen und ihnen effektiv entgegenwirken zu können. Der aktuell dringende Bedarf für diese Maßnahme ergibt sich aus dem rasanten Anstieg an hasserfüllten Inhalten im Netz, die überwiegend über *Social Network Sites* (SNS) wie *Facebook* oder *YouTube* verbreitet werden, sowie den für Laien schwer anwendbaren Rechtsmitteln und sonstigen Tools, diesem „Dauershitstorm“ etwas entgegenzusetzen zu können.

Mit *CounterACT!* sprechen wir gezielt Personen an, die bereits für die Problematiken von Hass und Hetze sensibilisiert sind, um sie mit dem

nötigen Wissen und Werkzeugen auszustatten, um selbst gegen Hass im Netz aktiv werden zu können.

Damit fördern wir gezielt das, was derzeit unter dem Schlagwort digitale Zivilcourage oder DigitalCourage auch seitens der Politik gefordert und im Falle von *CounterACT!* auch finanziell vom Bundeskanzleramt unterstützt wird. Gleichzeitig setzen wir damit eines der Hauptziele von ZARA, nämlich die Förderung von Zivilcourage, um. Außerdem schaffen wir damit ein Empowerment-Instrument auch für Betroffene: Mithilfe der Plattform *CounterACT!* befähigen wir Personen, sich selbst zur Wehr zu setzen.

*Welche Maßnahmen und Strategien erachtet ZARA als erfolgreich oder zielführend, um Hass im Netz entgegen zu treten?*

Nachdem wir uns seit der Gründung von ZARA (1999) auch mit Rassismus im Internet beschäftigen und seit zehn Jahren international über das Netzwerk INACH mit anderen AkteurInnen austauschen, wissen wir, dass effektive Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen durchgreifen und verschränkt sein sollten. Deswegen finden wir es sehr positiv, dass die Initiativen einiger Regierungsmitglieder wie *#GegenHassimNetz* von Staatssekretärin Muna Duzdar oder *#DigitaleCourage* des Bundesratspräsidenten Mario Lindner genau diesen Ansatz verfolgen und im Schulterschluss mit den zuständigen Regierungsressorts als auch mit den StakeholderInnen der Zivilgesellschaft, Internetindustrie, Forschung und Medien gemeinsam Maßnahmen entwickeln und umsetzen. Mit einigen wichtigen Punkten, die wir gemeinsam mit ZARA *Training*<sup>33</sup> in unserem Beitrag „Voraussetzungen für digitale Zivilcourage“ im Grünbuch *DigitaleCourage* (vgl. Schäfer/Schönberger 2016) formuliert haben, stoßen wir auf offene Ohren:

1. Verständlichere Gesetze/Gesetzestexte und Schulungen der Exekutive und JustizmitarbeiterInnen. Bisher gibt es wenige Anzeigen und wenige Verurteilungen; zudem sind die verhängten Strafen teilweise nicht zur Abschreckung geeignet. Dass ein Posting, das eindeutig

<sup>33</sup> [www.zara-training.at](http://www.zara-training.at)

gegen das Strafrecht verstößt, erst nach einer dreijährigen Prozessdauer gelöscht wird, ist nahezu skandalös und wahrscheinlich auch wirkungslos – der Schaden ist längst entstanden.

2. Sicherstellung und Stärkung von ausgewiesenen Beratungs- und Meldeeinrichtungen, sog. „trusted rapporteurs“, wie im *Code of Conduct* zwischen Europäischer Kommission und IT-Unternehmen vereinbart, hier insbesondere die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die als niederschwellige Einrichtung großes Vertrauen als Anlaufstellen genießen.

3. Weiterentwicklung und Unterstützung von landesweiten, zielgruppenspezifischen Sensibilisierungs- und Bildungsangeboten zum Thema „Hass im Netz“.

4. Rasche Umsetzung von Maßnahmen zur Überprüfung der Verpflichtung, strafrechtlich relevante Inhalte zu löschen/Bereitstellung der nötigen Struktur und Ressourcen.

5. Etablierung von Monitoring- und Analysemechanismen, um fundiertes Wissen über die VerbreiterInnen von Hass- und Hetzbotschaften sowie deren Inhalte und Ziele zu erhalten. Basierend auf diesen Auswertungen können gezielt Gegennarrative und andere Tools entwickelt werden, die geeignet sind, um Falsch-, Hass- und Hetzmeldungen etwas entgegenzustellen.

*Wie schätzt ZARA die Entwicklung des Diskurses im Netz und die diesem zugrundeliegenden Dynamiken ein?*

Ganz klar zu beobachten ist, dass Inhalte professioneller und zielgerichteter, insbesondere über die sozialen Netzwerke wie *Facebook*, *Twitter* oder auch *Whatsapp*, verbreitet werden, um Ziele verschiedenster Gruppen zu erreichen. Insbesondere die Analysen des Präsidentschaftswahlkampfes in den USA haben hier viel zur Aufklärung beigetragen – als Anti-Rassismus-Organisation beobachten wir allerdings schon länger, dass beispielsweise Heinz-Christian Strache eine Debatte über seine *Facebook*-Seite framen kann – nur ganz wenige PolitikerInnen kommen auch nur in die Nähe seiner Reichweiten über Social Media. Dabei spielen die von den

ProviderInnen eingesetzten Technologien eine wesentliche Rolle, wenn sie beispielsweise Inhalte zusätzlichen UserInnen sichtbar machen, je mehr Interaktion sie generieren. Dadurch werden ohnehin vorhandene Dynamiken verstärkt, die den Online-Attacken der Hate-rlinnen alle Schleusen öffnen.

Erschwerend hinzu kommen die fragwürdigen Löschpraktiken der ProviderInnen. Bei einem Monitoring im Herbst, das wir zur Überprüfung der Vereinbarung der IT-Unternehmen mit der Europäischen Kommission durchgeführt haben ist herausgekommen, dass gerade einmal 11 Prozent der von ZARA gemeldeten, illegalen Inhalte entfernt worden sind. Unserer Ansicht nach müssten die anvisierten Maßnahmen prioritär, rasch und vor allem auch international umgesetzt werden, um hier mit einer couragierten Gegenöffentlichkeit der Aushöhlung von Menschenrechten und demokratischen Strukturen wirklich Einhalt gebieten zu können. Die Zeit drängt.

---



## Internationale Initiativen

Gerade weil das Internet nicht an Grenzen gebunden ist, ist die internationale Vernetzung von Initiativen ein wichtiges Element, um negative Entwicklungen im Online-Bereich zu bekämpfen. Nachfolgend findet sich eine exemplarische Auswahl an AkteurInnen und Netzwerken, die sich dem Thema auf internationaler Ebene widmen. Es besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit.

Das internationale Netzwerk INACH (*International Network against Cyber Hate*) vernetzt derzeit 18 europäische und außereuropäische Online-Beschwerdestellen. INACH hat 2016 eine erschreckende Dokumentation von Fällen von Hass im Netz, der sich gegen geflüchtete Menschen richtet, herausgegeben: „*Kick them back into the sea*“ – *Online hate speech against refugees* (vgl. INACH 2016). Der Bericht basiert auf Daten von sechs Ländern – Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland, Niederlande und Spanien, in denen die Mitgliedsorganisationen von INACH gemeinsam am EU-Projekt *Research – Report – Remove: Countering Cyber Hate Phenomena* arbeiten (→ Kap. *Österreichische Initiativen/ Best-Practice-Beispiele*). Im Rahmen dieses Projekts ist ein noch umfassenderer Bericht über verschiedene Formen von *Cyber Hate* geplant.

Das europäische Netzwerk *INSAFE*<sup>34</sup>, von der Europäischen Kommission im Rahmen des *Safer Internet-Programms* mitbegründet, ist ein Netzwerk aus Organisationen aus 27 Ländern, das sich vor allem um die sichere Nutzung des Internets für Kinder und Jugendliche bemüht. Teil des *Safer Internet-Programms* sind die *Safer Internet Center* in 30 europäischen Ländern. Das *Safer Internet Centre Austria*<sup>35</sup> besteht aus *Saferinternet.at*, *Stoplevel Österreich* (Meldestelle gegen Kinderpornografie und nationalsozialistische Wiederbetätigung) und *147 – Rat auf Draht*. Seit dem Beschluss der *European Strategy to make the internet a better place*

*for kids* im Jahr 2012 wird das *Safer Internet-Programm* als *Better Internet for kids* (BIK) bezeichnet. Das Netzwerk *INSAFE* ist bekannt durch die Organisation des weltweiten, jährlichen *Safer Internet Day*.<sup>36</sup>

Eine weitere Initiative ist das *No Hate Speech Movement*<sup>37</sup>, das 2013 in Form einer Kampagne vom Europarat ins Leben gerufen wurde. Es handelt sich dabei um ein Projekt von jungen Menschen für junge Menschen. Ziel des *No Hate Speech Movement* ist es, Hassrede zu bekämpfen, indem Jugendliche dazu mobilisiert werden, sich online aktiv für Menschenrechte und Demokratie einzusetzen und die Akzeptanz von Hass im Netz zu reduzieren. Mittlerweile wird das *No Hate Speech Movement* in 40 Staaten von Organisationen und Jugendlichen getragen, um Hetze und Hass online entgegenzutreten.<sup>38</sup> Das *No Hate Speech-Komitee Österreich* wurde im Juni 2016 gegründet – vertreten sind darin staatliche AkteurInnen sowie Nichtregierungsorganisationen.<sup>39</sup>

*Klicksafe.de* ist eine Initiative der Europäischen Kommission für mehr Sicherheit im Netz. Sie hat zum Ziel, Medienkompetenz im Internet und in den neuen Medien zu fördern. Vor allem soll eine sichere Nutzung des Internets durch Kinder und Jugendliche ins öffentliche Bewusstsein gerückt und verbessert werden.

Bei *netzpolitik.org* handelt es sich um eine deutsche Plattform für digitale Freiheitsrechte, die sich neben Themen wie Datenschutz und Netzneutralität u.a. auch dem Thema Digitalkultur widmet.

Ein weiteres Beispiel aus Deutschland ist *Jugendschutz.net*, das deutsche Kompetenzzentrum für den Jugendschutz im Internet. Die Organisation ist auch Partner von internationalen Projekten wie dem oben erwähnten Bericht des Netzwerks INACH „*Kick them back into the sea*“. *www.hass-im-netz.info* ist ein Angebot in

<sup>34</sup> [www.betterinternetforkids.eu](http://www.betterinternetforkids.eu)

<sup>35</sup> [www.saferinternet-austria.at](http://www.saferinternet-austria.at)

<sup>36</sup> [www.saferinternetday.org](http://www.saferinternetday.org)

<sup>37</sup> [www.nohatespeechmovement.org](http://www.nohatespeechmovement.org)

<sup>38</sup> vgl. [www.coe.int/en/web/no-hate-campaign/about-the-campaigns](http://www.coe.int/en/web/no-hate-campaign/about-the-campaigns)

<sup>39</sup> vgl. [www.bmfj.gv.at/jugend/lebensqualitaet-miteinander/nohatespeech/komitee\\_nohatespeech](http://www.bmfj.gv.at/jugend/lebensqualitaet-miteinander/nohatespeech/komitee_nohatespeech)

Bezug auf *politischen Extremismus bei jugendschutz.net*.

Bei *Respektzone.org* handelt es sich um eine Initiative, die in Frankreich mit dem Ziel gegründet wurde, respektlosen Umgang im Netz zu bekämpfen. Mit der Annahme der Charta und der Kennzeichnung der eigenen Website oder des eigenen Social Media-Profiles, können Personen oder Organisationen ihre Internet-Seite als Respektzone deklarieren. Damit verpflichten sie sich unter anderem, nur Inhalte zu veröffentlichen, die niemandem schaden und die Seite zu moderieren, indem respektlose Beiträge entfernt werden oder ihnen widersprochen wird.

Abseits von Netzwerken und Organisationen sind es gerade auch einzelne Kampagnen wie

jene des *No Hate Speech Movements*, die in der Vergangenheit größere Reichweiten erzielen und so zu einer weiteren Sensibilisierung beitragen konnten. Dabei spielten auch bekannte (Internet)persönlichkeiten eine nicht unwesentliche Rolle. So warb beispielsweise die Kampagne *Nichtegal*<sup>40</sup>, die von *Youtube* beziehungsweise *Google* initiiert wurde, für einen respektvollen Meinungs Austausch im Netz. *YoutuberInnen* riefen in ihren Beiträgen zu Toleranz und Respekt auf. Gestartet wurde die Initiative u.a. durch das MentorInnenprogramm *Digitale Helden*<sup>41</sup>, das in Workshops an deutschen Schulen MentorInnen ausbildet.

<sup>40</sup> <https://nichtegal.withyoutube.com/>

<sup>41</sup> [www.digitale-helden.de](http://www.digitale-helden.de)

# Herausforderungen im Netz – Entwicklungen und Gegenstrategien

## Präventive Maßnahmen im Bildungsbereich

Für die Zivilgesellschaft als Ganzes aber auch für die/den einzelneN mündigeN BürgerIn braucht es Maßnahmen im Bildungsbereich, um den Herausforderungen in Bezug auf Internet und Soziale Medien gerecht zu werden. Vor allem die Medienbildung und die Politische Bildung können hier wichtige Impulse leisten, die in der Vergangenheit noch zu wenig Aufmerksamkeit erhielten.

**Barbara Buchegger und Louise Horvath,  
Saferinternet.at:  
Dem Aufholbedarf von Jugendlichen im  
Umgang mit Hass im Netz begegnen**

### SAFERINTERNET.AT

unterstützt bei der sicheren Nutzung von Internet, Handy & Co. durch die Förderung von Medienkompetenz und wendet sich österreichweit vor allem an Kinder, Jugendliche, Eltern und Lehrende. Saferinternet.at bietet zudem in ganz Österreich Workshops mit allen Zielgruppen an und stellt über die Website zahlreiche Materialien zur Verfügung.

Nähere Infos: [www.saferinternet.at](http://www.saferinternet.at)

*Vor allem Jugendliche kennen Hass im Netz aus ihrer Erfahrung in Sozialen Netzwerken. Wie sie damit am besten umgehen, müssen sie sich oft selbst aneignen. Welche Fähigkeiten für einen kompetenten Umgang mit Hass im Netz erlernt werden müssen und wie Eltern und die Schule, Jugendliche darin unterstützen können, zeigt die Arbeit von Saferinternet.at.*

Das Digitale ist längst Teil des täglichen Miteinanders von Jugendlichen – Konflikte in der Schulklasse gehen fließend über in Chatgruppen und verlagern sich in Soziale Netzwerke. In welchem Ausmaß Jugendliche von Hass im Netz betroffen sind und wie sie damit im Alltag

umgehen, ist derzeit für Österreich noch nicht umfassend untersucht worden, aber der Blick nach Deutschland bestätigt die Praxiserfahrung von Saferinternet.at. In einer Studie von Juni 2016 unter Jugendlichen ab 14 Jahren, geben zwei Drittel der Befragten an bereits mit Hasskommentaren konfrontiert gewesen zu sein. JedeR Vierte trifft sehr häufig auf solche Inhalte (vgl. Forsa 2016).

Hass im Netz tritt auf unterschiedliche Weise auf: Manchmal sind es Kommentare in Foren oder in Sozialen Netzwerken und es stehen Unbekannte oder Trolls dahinter. Manchmal wird auch innerhalb des Bekannten- und Freundeskreises einer Person oder einer Gruppe wiederholt und systematisch hasserfüllt begegnet. Hass im Netz reicht somit von Gerüchten, Hetze, Fake News bis hin zu Fällen von Cybermobbing. Nicht alles, lässt sich durch Medienkompetenz lösen. Letztlich ist es auch eine Frage der Debatte- und Wertenkultur, der Werte und der politischen Haltungen, wie anderen online begegnet wird. Jugendliche können und sollten aber darin unterstützt werden, einen richtigen Umgang mit Hass im Netz zu finden.

Viele Jugendliche bleiben passiv, wenn sie Hass im Netz erleben. In der für Deutschland repräsentativen Studie geben etwa 49 Prozent der Jugendlichen an, nichts dagegen zu unternehmen. Nur jedeR Dritte ergreift Handlungen wie Hasspostings entsprechend zu melden (vgl. ebd.). Daraus folgt ein Handlungsbedarf, denn

selbst wenn Jugendliche nicht in erster Linie für die Entstehung von Hasspostings im Netz verantwortlich sind, tragen sie durch das Teilen und Liken solcher Meldungen zu ihrer Verbreitung bei. Auch passiv zu bleiben, wenn im eigenen Umfeld Hasspostings verfasst oder geteilt werden, kann bedeuten, sich indirekt zu beteiligen.

Medienkompetenz bei Hass im Netz umfasst vier Bereiche: Kritisches Denken, Empathie, digitale Zivilcourage und ein Bewusstsein zum eigenen digitalen Fußabdruck. **Kritisches Denken** ist notwendig, weil Hass im Netz manchmal von aufhetzenden Videos, Bildern oder Nachrichten getragen wird. An dieser Stelle braucht es Quellenkritik, um Falschmeldungen von gut recherchierten Artikeln zu unterscheiden. In Sozialen Netzwerken wird durch die Personalisierung, durch Algorithmen der eigene Geschmack und die eigene Meinung tendenziell bestätigt und verstärkt. **Empathie** bei Jugendlichen zu stärken ist wichtig, damit sie abschätzen können, was ihre Handlungen bei anderen auslösen können. **Digitale Zivilcourage** ist wichtig, also einzugreifen, wenn jemand angegriffen wird oder eine bestimmte Gruppe fertig gemacht wird. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Gesetze gegen Hass und Hetze gelten sowohl an Plätzen wie der Schulklasse und der Straße, als auch für das eigene Profil in Sozialen Netzwerken und für Chat-Gruppen. Das zu vermitteln, wird essenziell und auch, dass jedeR Jugendliche einen Beitrag dazu leisten kann, Hass im Netz einzuschränken. Das betrifft das eigene Verhalten im Posten, Teilen aber auch Kommentieren von Meldungen. JedeR sollte sich auch dessen bewusst sein, dass Handlungen im Netz eine Spur hinterlassen. Auf seinen **Digitalen Fußabdruck** achten, heißt auch die eigenen Worte und Handlungen im Netz zu bedenken. Alles was wir darin tun, kann oft nicht gelöscht werden und niemand ist völlig anonym.

Die Arbeit von *Saferinternet.at* zu diesem Themengebiet richtet sich an Eltern, LehrerInnen und letztlich auch die Jugendlichen selbst.

### *Was müssen Jugendliche lernen und in ihren Alltag integrieren?*

*Saferinternet.at* unterscheidet vier Phasen beim Umgang mit Hass im Netz, vom Erkennen hin zur Handlung, die daraus folgen kann.

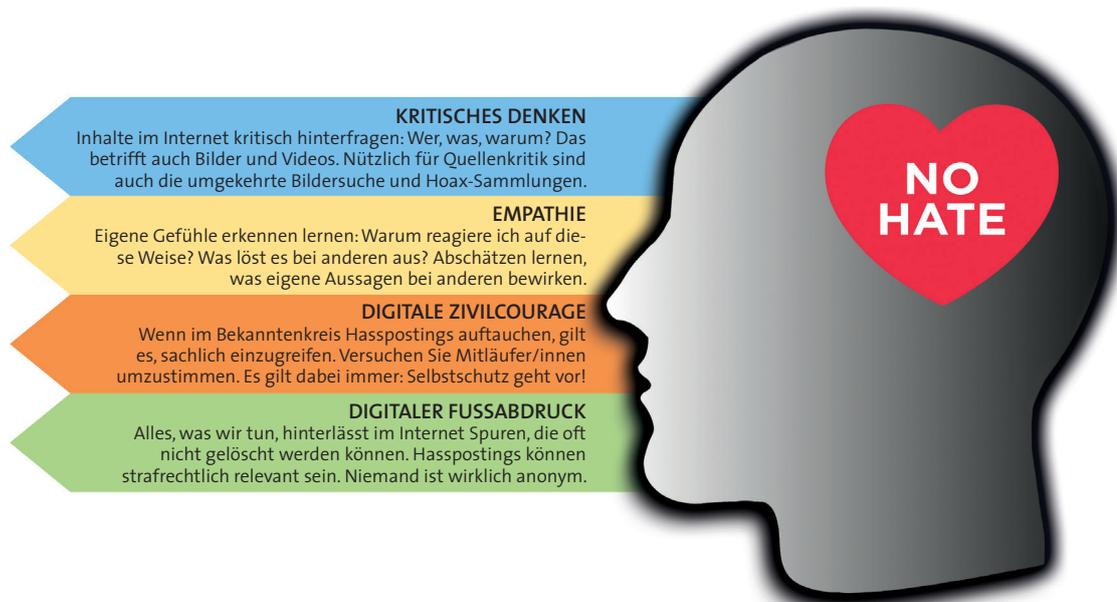
#### *Erste Phase: Hasspostings erkennen*

Hasspostings sind manchmal schwer zu erkennen, weil sie mit Ironie spielen oder auf falschen Informationen und Gerüchten beruhen. Nicht jeder hasserfüllte Kommentar ist strafbar, aber online wie auch offline gelten in Österreich Grenzen bei denen eine Aussage nicht mehr als freie Meinungsäußerung gilt. Die Arbeit mit Jugendlichen zu Hass im Netz fängt deshalb auch damit an, dass diese Grenzen besprochen werden müssen. Wo werden rechtliche Grenzen gesetzt, wo werden persönliche, gemeinsame, ethische Grenzen gesetzt?

Was bei Hass im Internet auffällt, ist eine Entthemung. Oft auch unter Klarnamen wird zu Gewalt aufgerufen, damit gedroht oder es werden andere beschimpft. Es ist wichtig Jugendlichen zu vermitteln, dass das Internet kein rechtsfreier und völlig anonymer Raum ist. Anonymität im Netz ist nie vollständig und meist können Hasspostings bis zum/zur AutorIn zurück verfolgt werden. Hass im Netz ist nicht harmlos und kann strafbar sein. In Österreich kann Hass im Netz unter verschiedene Tatbestände fallen, wie Verhetzung, Verstoß gegen das Verbotsgesetz, *Cybermobbing*, Üble Nachrede, Beleidigung bis hin zu gefährlicher Drohung (→ *Kap. Maßnahmen auf juristischer Ebene*).

#### *Zweite Phase: Inhalte überprüfen und bewerten*

Hass im Netz wird teils durch Falschmeldungen oder zweifelhafte Nachrichten geschürt. Reißerisch formulierte Sätze und schockierende Bilder werden ohne viel Nachdenken von Jugendlichen geteilt und können dazu beitragen, dass aufwiegelnde Gerüchte die Runde machen. Der Aufholbedarf von Jugendlichen ist in diesem Bereich groß, zeigt die Studie von *Saferinternet.at*. Im November/Dezember 2016 wurden 400 Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren in Österreich befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass



CCo Lizenz, eigene Illustration

Jugendliche zwar vor allem Internetquellen wie Soziale Netzwerke nützen um sich zu informieren, aber diese für wenig glaubwürdig halten.<sup>42</sup>

Inhalte kritisch bewerten zu können ist in dem Zusammenhang eine wichtige Fähigkeit für Jugendliche. Wer steht hinter einer Nachricht oder einer Webseite? Nicht nur Texte, sondern auch Bilder und Videos sollten kritisch hinterfragt werden. Jugendliche vertrauen Bildern allerdings mehr als dem geschriebenen oder gesprochenen Wort. Rund 71 Prozent der Befragten der *Saferinternet.at* Studie geben sogar an, bearbeitete Bilder erkennen zu können.<sup>43</sup> Sie ziehen kaum in Betracht, dass Bilder auch aus dem Kontext gerissen sein könnten. Um das zu überprüfen kann beispielsweise die umgekehrte Bildersuche genützt werden, die einen dabei unterstützt zu erkennen, in welchem Zusammenhang ein Foto erstmals verwendet worden ist.

Inhalte kritisch zu bewerten, heißt zu lernen gut recherchierten Journalismus und ExpertIn-

nenwissen, von Behauptungen und *Fake News* zu unterscheiden: nicht jede Quelle ist gleichermaßen vertrauenswürdig. Auch das Wissen um Fake-Profile und Trolls, die in Diskussionen versuchen die Wogen hochgehen zu lassen, ist wichtig.

#### Dritte Phase: Umgang mit eigenen Emotionen

Hass im Netz wird nicht nur von Überzeugungen getragen, sondern kann aus unüberlegten, emotionalen Handlungen folgen, wie z.B. wenn einer Verleumdung anderer allzu schnell Glau-

## WAS SIND HASSPOSTINGS?

Werden im Internet absichtlich **Worte, Bilder oder Videos** eingesetzt, um **andere Menschen anzugreifen oder abzuwerten**, nennt man das „Hassposting“ oder „Hate Speech“. Dazu zählt auch, wenn **zu Hass oder Gewalt gegen bestimmte Menschen oder Menschengruppen** aufgerufen wird. Oft handelt es sich dabei um rassistische, antisemitische oder sexistische Kommentare.

**Beispiele für Hasspostings:**

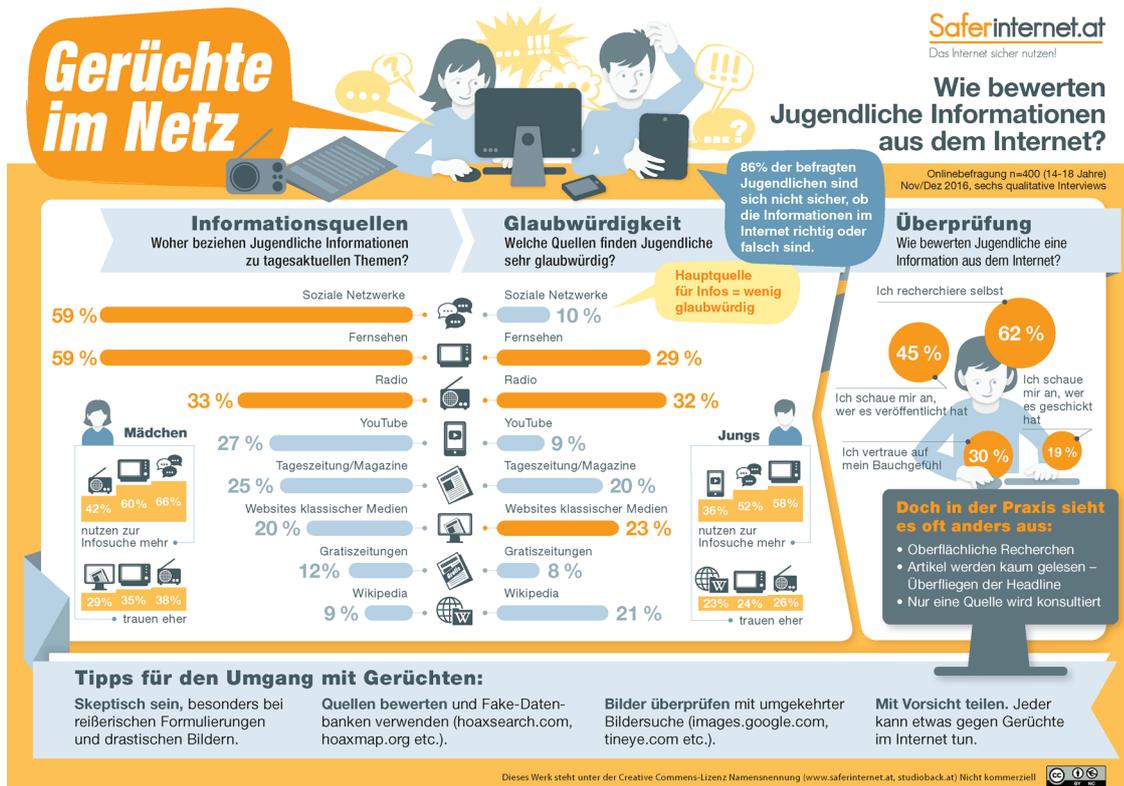
- 1 Menschen werden in **Schubladen gesteckt** (z.B. „Alle ... sind ...“)
- 2 Andere werden **beschimpft oder diskriminiert**, z.B. aufgrund von Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder weil jemand schwul/lesbisch ist

- 3 Es werden **falsche Gerüchte, gemeine Geschichten oder erfundene „Tatsachen“** über bestimmte Gruppen verbreitet, um diese schlecht zu machen (z.B. „Ausländer beuten unser Sozialsystem aus.“)
- 4 **Verschwörungstheorien** (z.B. „Dahinter steckt ein geheimer Plan...“)

**ACHTUNG!**  
Teile nicht jedes Posting, das dich stört - dadurch erhält es nur mehr Aufmerksamkeit als ihm zusteht!

<sup>42</sup> vgl. [www.saferinternet.at/news/news-detail/article/aktuelle-studie-zum-umgang-von-kindern-und-jugendlichen-mit-geruechten-im-netz-641/](http://www.saferinternet.at/news/news-detail/article/aktuelle-studie-zum-umgang-von-kindern-und-jugendlichen-mit-geruechten-im-netz-641/)

<sup>43</sup> vgl. ebd.



ben geschenkt wird oder ein Posting voreilig geteilt wird, bevor der Wahrheitsgehalt geprüft wurde. Der Umgang mit den eigenen Emotionen heißt diese zu erkennen und sich selbst zurückzuhalten, unüberlegt hasserfüllte Nachrichten zu teilen oder zu posten. Es heißt auch, abzuwägen, wie eineR selbst auf hasserfüllte Diskussionen reagiert und daran zu denken: was fühlen andere, was denken andere und warum reagiere ich derart heftig darauf?

#### Vierte Phase: Eigene Handlungen überlegen

In der vierten und letzten Phase geht es um die Entscheidung, was aus dem Erkennen eines Hasspostings und dem Umgang mit eigenen Emotionen folgen kann. Es liken, es teilen, es melden? Mit Ironie oder Vernunft dagegenreden? Sich im Bekannten- und Freundeskreis aufregen? In der Realität wird dieser Prozess der Abwägung bei Jugendlichen kurz sein, umso wichtiger ist es, dass die Handlungsoptionen oft durchgespielt wurden.

Gerade bei Kindern und Jugendlichen sollte gelten: Selbstschutz geht vor! Gegebenenfalls sollte

keineR zögern bestimmte NutzerInnen auch zu blockieren und Chatgruppen zu verlassen.

Gegenüber Hass im Netz, kann jedeR durch sein Verhalten etwas tun. In manchen Fällen kann es sinnvoll sein mit anderen über diese Inhalte zu diskutieren oder sich sachlich einzumischen. Digitale Zivilcourage ist dabei ein wichtiges Thema – denn bei *Cybermobbing* und dem Verbreiten von Hass gegenüber einzelnen oder bestimmten Gruppen gibt es meist viele stumme LeserInnen, die durch ihre Passivität die TäterInnen unterstützen.

Es ist zum einen möglich, sich an die BetreiberInnen von Webseiten zu wenden, damit diese mit der Löschung der Meldung und/oder dem Ausschluss des Autors bzw. der Autorin reagieren. Seit Mai 2016 gibt es zwischen *Facebook*, *Twitter*, *YouTube*, *Microsoft* und der Europäischen Kommission einen Verhaltenskodex zu *Hate Speech* (vgl. Europäische Kommission 2016a). Darin bekennen sie sich dazu, illegale Inhalte innerhalb von 24 Stunden zu überprüfen, zu entfernen bzw. unzugänglich zu machen. Eine Meldung des Hasspostings<sup>44</sup> in einem Sozialen Netzwerk

44 vgl. www.saferinternet.at/news/news-detail/article/leitfaden-aktiv-gegen-hasspostings-625/

an den Betreiber direkt sollte also ein erster Schritt sein.

In der Praxis kritisieren NutzerInnen Sozialer Netzwerke, dass illegale Inhalte trotz Meldung nicht verschwinden. NGOs haben untersucht, inwieweit auf die Meldung von hasserfüllten Inhalten in Sozialen Netzwerken reagiert wird und stellten entsprechende Mängel fest (vgl. Europäische Kommission 2016b). Nicht nur, aber auch deshalb empfiehlt es sich, auch andere Wege zu wählen, um auf Hass im Netz zu reagieren.<sup>47</sup>

In Österreich gibt es je nach Thema unterschiedliche Anlaufstellen, an die sich jedeR anonym wenden kann, um sich sozialen, psychologischen oder rechtlichen Beistand zu holen (→ Kap. Meldstellen).

### Wie Eltern und die Schule Jugendliche unterstützen können

Jugendliche bleiben beim Umgang mit Hass im Netz oft auf ihre eigenen Erfahrungen angewiesen, wie die Arbeit bei *Saferinternet.at* zeigt. Sie machen vielfach schon früh negative Erfahrungen mit Konflikten im Netz und müssen selbst Strategien entwickeln, um damit umzugehen. Diese sind nicht immer hilfreich: Opfer von *Cybermobbing* werden aus der eigenen Ohnmacht immer wieder zu TäterInnen. Jugendliche brauchen Unterstützung dabei: nicht nur zuhause, sondern auch in der Schule. In einer Umfrage aus 2016 von der österreichischen Bundeschülervertretung unter 10.000 Jugendlichen reagierten auf die Aussage „Ich werde im Unterricht ausreichend auf Vor- und Nachteile digitaler Medien hingewiesen“ nur 10,9 Prozent mit einem „trifft zu“. Die überwiegende Mehrheit gibt an, dass das weniger (40,9 Prozent) oder gar nicht zutrifft (24,6 Prozent) (vgl. BSV 2016).

Jugendliche sollten beim Erwerb von Medienkompetenz zu Hass im Netz nicht alleine gelassen werden, doch Unterstützung setzt voraus nicht bei allgemeiner Skepsis gegenüber Internetinhalten zu bleiben. Der Ratschlag „Nicht

alles aus dem Internet stimmt“ führt nicht weit genug. Für die systematische Begleitung von Jugendlichen beim Erlernen der entsprechenden Medienkompetenzen, müssen Eltern und die Schule zusammenarbeiten.

Die Eltern und Familien können:

- ➔ Jugendlichen helfen, konstruktive Konfliktlösungs-Mechanismen zu erlernen
- ➔ mit Kindern schon früh über Wahrheitsgehalt von Medien allgemein sprechen, z.B. anhand von Werbung, Kommentaren, Berichten und *Fake News*
- ➔ Kindern Rückhalt geben, wenn sie in problematische Situationen geraten, aus denen sie selbst keinen Ausweg sehen
- ➔ Zivilcourage selbst zum Thema machen und idealerweise vorleben

Die Schule kann unterstützen:

- ➔ Jugendliche systematisch zu lehren, wie vertrauenswürdige Quellen im Internet erkannt werden und wie Inhalte kritisch bewertet werden können
- ➔ indem sie Konflikte, die im digitalen Umfeld der Schule auftreten, kompetent ansprechen und gemeinsam mit SchülerInnen nach einer Lösung suchen
- ➔ indem sie digitale Zivilcourage zum Thema machen und SchülerInnen dabei unterstützen, diese auch im Klassenverband zu leben

All diese Maßnahmen sind nicht nur im Zusammenhang mit dem Internet relevant, sondern sind für viele Lebensbereiche von Jugendlichen sinnvoll.

Der Umgang mit Hass im Netz und Falschmeldungen aus dem Internet muss gelernt werden. Die Aspekte von Medienkompetenz sind dabei vielfältig: von Quellenkritik, über den richtigen Umgang mit eigenen Gefühlen, hin zur Abwägung der Handlungen. Kinder und Jugendliche brauchen zum Erlernen vielfältige Unterstützung durch ihre Familien und die Schule. Um dies aber gut zu gewährleisten, müssen Erwachsene hier selbst mit gutem Vorbild vorangehen und sich daher auch selbst weiterbilden.

Dr<sup>in</sup> Buchegger, Barbara M.Ed. ist pädagogische Leiterin von *Saferinternet.at*.  
Mag.<sup>a</sup> Horvath, Louise ist Projektmanagerin bei *Saferinternet.at*.

## ANGEBOTE VON SAFERINTERNET.AT



### Unterrichtsmaterial „Wahr oder falsch im Internet?“

Das Handbuch bietet Lehrenden aller Schularten einen inhaltlichen Rahmen und vielfältige Übungen für den Schulalltag zu „Informationskompetenz in der digitalen Welt“. Von der richtigen Suche im Internet bis hin zu Fallen aus dem Internet (Phishing) sind viele Anregungen für Lehrende zu finden.

[www.saferinternet.at/uploads/tx\\_simaterials/Wahr\\_oder\\_falsch\\_im\\_Internet.pdf](http://www.saferinternet.at/uploads/tx_simaterials/Wahr_oder_falsch_im_Internet.pdf)



### Jugendlichen-„Hass im Netz“

Der Flyer bietet einen guten Überblick über alle Facetten des Themas. Die Printversion ist bei *Saferinternet.at* kostenlos zu bestellen unter:

[www.saferinternet.at/broschuerenservice/materialien-fuer-jugendliche/](http://www.saferinternet.at/broschuerenservice/materialien-fuer-jugendliche/)



### Leitfaden „Aktiv gegen Hasspostings“

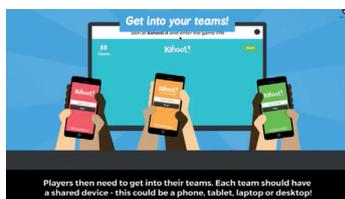
Der Leitfaden ist eine ausführliche Anleitung dazu, wie jede/r in Sozialen Netzwerken Hasspostings melden kann und auch auf andere Art und Weise online auf Hass reagieren kann.

[www.saferinternet.at/broschuerenservice/materialien-fuer-jugendliche/](http://www.saferinternet.at/broschuerenservice/materialien-fuer-jugendliche/)



### Video-Ratgeber für Eltern: Frag Barbara!

Eltern bei den vielfältigen Aufgaben der Erziehung zu unterstützen, dieses Ziel verfolgt der Videoratgeber „Frag Barbara“. Die Folge „Gerüchte aus dem Internet“ ist online abrufbar unter: [www.fragbarbara.at](http://www.fragbarbara.at)



### Kahoot-Quiz „Quellenkritik“

Kahoot ist derzeit ein an Schulen beliebtes Tool, um Inhaltsspielerisch zu testen und das Wissen zu festigen.

*Saferinternet.at* bietet einen speziellen Quiz rund um das Thema Quellenkritik an:

[play.kahoot.it/#/k/1e09fdbd-3f26-4888-8bbo-cccb1bd60bb3](https://play.kahoot.it/#/k/1e09fdbd-3f26-4888-8bbo-cccb1bd60bb3)

### Workshop und Weiterbildung in der eigenen Einrichtung

*Saferinternet.at* betreibt mit ca 40 TrainerInnen in ganz Österreich ein Veranstaltungs-Service. TrainerInnen kommen in die Schule oder Einrichtung und arbeiten mit allen Zielgruppen.

[www.saferinternet.at/veranstaltung-buchen/](http://www.saferinternet.at/veranstaltung-buchen/)

## Kompetent im Netz durch Politische Bildung

Aufgabe Politischer Bildung ist es, Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene darin zu stärken, aktuelle politische Problemstellungen vor dem Hintergrund zusehends komplexer weltweiter Entwicklungen differenziert betrachten zu können. Politische Bildung hat dabei insbesondere zum Ziel, BürgerInnen in diesem Kontext zur aktiven Gestaltung der Gesellschaft zu ermutigen und die Wertschätzung von Demokratie und Menschenrechten zu fördern. Dies bedeutet auch, dass BürgerInnen über die Möglichkeiten politischer Artikulation bzw. Partizipation informiert sind und über entsprechende Kompetenzen verfügen.

Neben traditionellen Partizipationsformen wie Wahlen, mit denen sich die Politische Bildung auseinanderzusetzen hat, ergeben sich durch neue Medien auch andere Formen der Mitbestimmung und Teilhabe am demokratischen Diskurs. Dazu gehören unter anderem Online-Petitionen, oder die Teilhabe an Debatten im Netz, z.B. in Form von Foreneinträgen und Kommentaren. Weiters bieten Online-Kampagnen mit Tools wie beispielsweise *Twibbon*<sup>45</sup> UserInnen die Möglichkeit, eigene Kampagnen zu starten oder bestehende zu unterstützen, indem sie z.B. ihre Profilbilder in Sozialen Netzwerken mit dem Logo einer Initiative versehen. Jeglicher Form gesellschaftspolitischen Statements sollte eine fundierte Meinungsbildung zugrunde liegen, jedoch stellen Onlinediskussionen eine besondere Herausforderung für die Politische Bildung dar.

Wie Dagmar Hoffmann schreibt, besteht der Eindruck, „dass es den meisten Heranwachsenden – Mädchen noch mehr als Jungen – schwerfällt, sich öffentlich politisch zu äußern und ihre Beteiligungen – jenseits von Likes und dem Unterzeichnen von Petitionen – publik werden zu lassen.“<sup>46</sup> Im Grundsatzterlass Politische Bildung<sup>47</sup>, der die Inhalte und die Umsetzung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung be-

schreibt und im Jahr 2015 überarbeitet wurde, findet sich hierzu – als Ziel Politischer Bildung formuliert – ein guter Anknüpfungspunkt:

*„Kompetenzorientierte Politische Bildung befähigt (...) dazu, sich eine eigene Meinung bilden und artikulieren zu können – aber auch zur Selbstreflexion sowie zu Respekt und Anerkennung kontroverser Ansichten. Schülerinnen und Schüler erwerben ein kritisches Urteilsvermögen gegenüber der Meinung anderer und der medialen Darstellung von Inhalten und lernen einen (verantwortungs)bewussten Umgang insbesondere auch mit neuen Medien.“*

Gerade im Hinblick auf die Debattenkultur im Netz ist diese Befähigung zur Auseinandersetzung mit Positionen, die der eigenen widersprechen, wichtiger denn je. Dabei geht es in einem ersten Schritt darum, generell an Debatten interessiert zu sein beziehungsweise früh ein politisches Bewusstsein zu erwerben und zweitens eine bestimmte Auseinandersetzung zuzulassen und damit bewusst aus der eigenen *Filterbubble* (→ Kap. Algorithmen und Social Bots), die durch das individuelle Verhalten online mitbestimmt wird, auszubrechen. Drittens geht es aber im weitesten Sinne auch um Gesprächskultur und die Fähigkeit deliberativen Argumentierens abseits von hasserfüllten Kommentaren.

### DELIBERATIVE DEMOKRATIE

Die deliberative Demokratie legt vor allem Wert auf eine verständnisorientierte, qualitative und geregelte Kommunikation, die die Basis demokratischer Entscheidungen bildet. Wesentlicher Bestandteil ist ein öffentlicher Diskurs über politische Themen in Form einer gemeinsamen Beratschlagung und eines ausgewogenen Austausches von Informationen und Argumenten.

*Quelle: [www.demokratiezentrum.org/themen/demokratie-modelle/beteiligungszentrierte-demokratie](http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratie-modelle/beteiligungszentrierte-demokratie)*

<sup>45</sup> <http://twibbon.com>

<sup>46</sup> [www.bpb.de/dialog/netzdebatte/176521/ein-emanzipatorischer-mediengebrauch-will-gelernt-sein](http://www.bpb.de/dialog/netzdebatte/176521/ein-emanzipatorischer-mediengebrauch-will-gelernt-sein)

<sup>47</sup> [www.bmb.gv.at/ministerium/rs/2015\\_12.html](http://www.bmb.gv.at/ministerium/rs/2015_12.html)

### Kompetenzorientierte Politische Bildung

All dies setzt, wie Hoffmann es formuliert, eine „gewisse Partizipationskompetenz“<sup>48</sup> voraus, die es zu stärken gilt. Dies wird ermöglicht durch eine kompetenzorientierte Politische Bildung, wie sie in den Lehrplänen für das Fach Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung bereits vorgesehen ist. Mit Blick auf das österreichische Kompetenz-Strukturmodell für die Politische Bildung in Österreich (vgl. Krammer/Kühberger/Windischbauer 2008: 6) sind es die politische Urteilskompetenz sowie die politi-

#### POLITISCHE HANDLUNGSKOMPETENZ

„Darunter werden jene Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften verstanden, politische Konflikte auszutragen, eigene politische Positionen zu artikulieren, politische Positionen anderer zu verstehen und aufzugreifen, sowie an der Lösung von gesellschaftlichen Problemen mitzuwirken. Dazu gehört Kompromissbereitschaft, Toleranz, Akzeptanz, Konfliktfähigkeit, Kontaktaufnahme mit Institutionen bzw. Personen der politischen Öffentlichkeit, Nutzung von Angeboten unterschiedlichster Organisationen etc.“

#### POLITISCHE URTEILSKOMPETENZ

„Darunter werden jene Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften verstanden, selbstständig Urteile zu treffen und fremde Urteile zu hinterfragen. Notwendige Teilkompetenzen sind daher u.a. die Qualitätsprüfung der Urteile, die Interessens- und Standortgebundenheit, das Miteinbeziehen von Folgen und Auswirkungen von Urteilen.“

*Quelle: Krammer, Reinhard/Kühberger, Christoph/Windischbauer, Elfriede (2008): Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen. Ein Kompetenz-Strukturmodell. BMUKK. S. 3*

sche Handlungskompetenz, die einen demokratischen Diskurs und vor allem die Partizipation von Jugendlichen fördern können.

### Sachverhalte hinterfragen und Vorurteile aufbrechen

Wie wichtig es ist, die Fähigkeit von Erwachsenen und Jugendlichen zu schulen, selbständig Urteile zu treffen aber auch Sachverhalte hinterfragen zu können, zeigt sich täglich im Netz. Immer wieder sind wir online mit Falschmeldungen konfrontiert, die teilweise ganz gezielt in Umlauf gebracht werden und in weiterer Folge zu Hass im Netz und zur Verstärkung von Vorurteilen führen können. Wie bereits erwähnt, nutzen auch Gruppen, die keine demokratische Weltanschauung vertreten, das Netz für ihre Zwecke.

Die Fluchtbewegungen im Jahr 2015 brachten zahlreiche Beispiele dafür hervor: So kursierten Gerüchte im Netz, wonach Flüchtlinge Supermärkte in Wien Nussdorf geplündert hätten und die Spezialeinheit WEGA zum Einsatz kommen musste – eine Beschuldigung, die sich nach Nachfrage bei der Polizei und den betreffenden Handelsketten als Falschmeldung herausstellte.<sup>49</sup> Bei der Behauptung, die Caritas würde Flüchtlingen neue iPhones kaufen handelte es sich ebenso um einen Fake.<sup>50</sup> Ein weiteres bekanntes Beispiel betrifft jenes Selfie, das den syrischen Geflüchteten Anas M. mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel zeigt. Das Bild wurde auf Facebook als Fotomontage, die den Syrer fälschlicherweise mit Bildern gesuchter Terroristen in Zusammenhang brachte, tausendfach verbreitet. In diesem Fall setzte sich der Betroffene zur Wehr und versuchte rechtlich gegen Facebook vorzugehen.<sup>51</sup> Er scheiterte jedoch mit einem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen Facebook – das Landgericht Würzburg urteilte, dass das Soziale Netzwerk die geteilten Inhalte, die Anas M. zeigen, nicht von selbst finden und löschen muss.<sup>52</sup>

<sup>48</sup> vgl. [www.bpb.de/dialog/netzdebatte/176521/ein-emanzipatorischer-mediengebrauch-will-gelernt-sein](http://www.bpb.de/dialog/netzdebatte/176521/ein-emanzipatorischer-mediengebrauch-will-gelernt-sein)

<sup>49</sup> [www.mimikama.at/allgemein/lgenkonzerne-billa-und-hofer-dementieren/](http://www.mimikama.at/allgemein/lgenkonzerne-billa-und-hofer-dementieren/)

<sup>50</sup> [www.derstandard.at/2000042007393/iPhone-fuer-Asylanten-Erneut](http://www.derstandard.at/2000042007393/iPhone-fuer-Asylanten-Erneut)

<sup>51</sup> vgl. <http://futurezone.at/digital-life/fluechtling-klagt-facebook-entscheidung-am-dienstag/249.973.229>

<sup>52</sup> [www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/wuerzburger-facebook-prozess-fluechtling-scheitert-mit-klage-14913352.html](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/wuerzburger-facebook-prozess-fluechtling-scheitert-mit-klage-14913352.html)

Die Studie von *SaferInternet.at* anlässlich des *Safer Internet Days 2017* zum Umgang von Kindern und Jugendlichen mit Gerüchten<sup>53</sup> zeigt auf, dass Soziale Netzwerke für Jugendliche in Österreich zwar zu den wichtigsten Informationsquellen gehören, was tagesaktuelle Themen betrifft, jedoch nur 10 Prozent der Jugendlichen Soziale Netzwerke als sehr glaubwürdig bewerten. 61 Prozent der Jugendlichen beurteilen die Informationsbewertung im Internet als große Herausforderung. 86 Prozent der befragten Jugendlichen geben an, zumindest manchmal nicht sicher zu sein, ob die Informationen, mit denen sie konfrontiert sind, richtig oder falsch sind. Die Studie zeigt, dass im Umgang mit Falschnachrichten Informationsbewertungskompetenz von besonderer Bedeutung ist. Dabei kann Politische Bildung dazu beitragen, diese Kompetenzen zu stärken, indem trainiert wird, Informationen zu bewerten und einzuschätzen. Dies war auch die der Wikiplattform *PoliPedia.at* zugrundeliegende Idee.

#### **POLIPEDIA.AT**

Im Rahmen der Wikiplattform *PoliPedia.at* gestalten Jugendliche die Inhalte aktiv selbst und können diese ebenso nutzen. Sie lernen von und miteinander – entsprechend dem Peer-to-Peer Konzept, teilen ihr Wissen zu gesellschaftspolitischen Themen und diskutieren es. Dadurch wird die Kommunikation und Kooperation zwischen den Jugendlichen gestärkt. Zusätzlich lernen die Jugendlichen Verantwortung für die von ihnen produzierten Inhalte zu übernehmen und beschäftigen sich damit, wie sie Informationen finden, auswählen, organisieren und präsentieren können und was sie dabei beachten müssen (Quellenkritik, etc).

[www.polipedia.at](http://www.polipedia.at)

Die Politische Bildung kann also einen wesentlichen Beitrag leisten, wenn es darum geht, Sachverhalte und Meldungen, die in den sozialen Netzwerken kursieren, mit kritischem Blick zu begutachten und Quellen zu hinterfragen. Kin-

der, Jugendliche und auch Erwachsene müssen in weiterer Folge auch für die Konsequenzen ihres Online-Verhaltens sensibilisiert werden, wie dies Barbara Buchegger und Louisa Horvath in ihrem Beitrag (→ *Kap. Dem Aufholbedarf von Jugendlichen im Umgang mit Hass im Netz begegnen*) bereits skizziert haben. Dies sind im Fall von *Cybermobbing* oftmals individuelle Konsequenzen für Opfer und TäterInnen. Wenn es um Pauschalverurteilungen ganzer Gruppen geht, können unreflektierte Handlungen im Netz wie das Teilen, Liken oder Kommentieren eines Beitrags in ihrer geballten Erscheinung auch Auswirkungen auf das gesamtgesellschaftliche Zusammenleben haben.

#### **Menschenrechte und Medien als wichtigen Bestandteil unserer Demokratie begreifen**

Dass digitale Kompetenzen in der heutigen Zeit ein demokratiepolitisches Thema sind und die Vorgänge im virtuellen Raum ins Klassenzimmer transferiert werden, zeigt sich auch in den Schulworkshops des *Demokratiezentrum*s, wenn SchülerInnen bei der Arbeit zum Thema Vorurteile auch Meldungen, die zu diesem Zeitpunkt online kursieren, in die Diskussionen einbringen.

Dabei wird oftmals das Argument der Meinungsfreiheit vorgebracht – da wir in einer Demokratie leben, könne jederR sagen, was er oder sie denke. Dass es jedoch auch Grenzen der Meinungsfreiheit gibt, nämlich dort wo die Rechte anderer eingeschränkt werden, gilt es zu verdeutlichen. Es muss herausgearbeitet werden, dass Menschenrechte auch im Netz ihre Gültigkeit besitzen und einen wichtigen Bestandteil des demokratischen Systems in dem wir leben darstellen – genauso wie die Medien, die mit ihrer Berichterstattung Öffentlichkeit generieren und denen sowohl eine Informations- als auch Kontrollfunktion zukommt. Die sogenannten Neuen Medien müssen sich in dieser Beziehung ihren Platz erst erarbeiten. Das Spannungsfeld zwischen freier Meinungsäußerung, den Menschenrechten der anderen und der Freiheit der Medien, gilt es aus Sicht der Politischen Bildung zu thematisieren. Auch die damit verbunde-

<sup>53</sup> vgl. [www.saferinternet.at/news/news-detail/article/aktuelle-studie-zum-umgang-von-kindern-und-jugendlichen-mit-geruechten-im-netz-641](http://www.saferinternet.at/news/news-detail/article/aktuelle-studie-zum-umgang-von-kindern-und-jugendlichen-mit-geruechten-im-netz-641)

ne Dekonstruktion von Vorurteilen, die mittels Falschmeldungen, wie in den bereits erwähnten Beispielen, in Umlauf gebracht oder verstärkt werden, ist ein Ziel von Politischer Bildung.

### Methodenkompetenz und Handlungskompetenz online

In weiterer Folge stellt sich auch die Frage, wie man sich gegen Falschmeldungen oder Vorurteile online zur Wehr setzen kann. Die Förderung von Methodenkompetenz als Schwerpunkt im Rahmen des österreichischen Kompetenz-Strukturmodells für die Politische Bildung, die sich zum einen auf den „kritischen Umgang mit fertigen Manifestationen des Politischen“, zum anderen aber auch auf die „eigenständige politische Artikulation“ (Krammer/Kühberger/Windischbauer 2008: 10) bezieht, ist für den Online-Bereich ebenso relevant wie für den Offline-Bereich. Kritischer Umgang mit fertigen Manifestationen bedeutet beispielsweise, verwendete Statistiken zu hinterfragen, Inhalte auf Weltanschauungen und Ziele der dahinterstehenden Personen abzuklopfen, Agenda-Setting durch Politik und/oder Medien erkennen sowie sachliche von wertenden Elementen unterscheiden zu können (vgl. ebd.).

Kinder, Jugendliche, aber auch Erwachsene müssen noch stärker dazu ermächtigt werden, sich (online) zu artikulieren anstatt wegzusehen. Um sich äußern beziehungsweise eigene Manifestationen aufbauen zu können, ist es wichtig, zu lernen, seine eigenen politischen Interessen nachvollziehbar argumentieren zu können, sich mit geeigneten Kommunikationskanälen auseinanderzusetzen, sein eigenes Verhalten kritisch zu reflektieren und gegensätzliche Meinungen akzeptieren und ihnen begründet entgegenzutreten zu können (vgl. ebd.: 11).

Das, was heute vielfach als digitale Zivilcourage im Raum steht, gilt es im Rahmen der Politischen Bildung zu fördern – denn auch das gehört zu aktiver Partizipation. Angebote dafür stellt beispielsweise die Organisation *ZARA Training*

bereit, die seit 2013 Workshops zum Thema *Digitale Zivilcourage – Cyber Hate* anbietet.

Trotz Untergriffen konstruktiv zu bleiben und das Gespräch zu suchen, ist ebenfalls Teil politischer Handlungskompetenz, die die Politische Bildung vermittelt. SchülerInnen sollen dafür sensibilisiert werden, welchen Beitrag ein konstruktiver Dialog zum gesellschaftlichen Klima leisten kann. Auch, wenn man sich unter Umständen in Diskussionen unterlegen fühlt, gibt es meist zahlreiche MitleserInnen, die oft noch keine vorgefertigte Meinung haben (vgl. Brodnig 2016: 185f.). Darüber hinaus geht es um Fragen der politischen Kultur, die kritisch reflektiert werden können. Wie verändert sich die politische Kultur? Wie wird online und vor allem in Sozialen Netzwerken Politik gemacht? Auf welche Strategien greifen PolitikerInnen zurück? Wie gehen PolitikerInnen mit Falschmeldungen um? All das sind Fragestellungen, die im Rahmen der Politischen Bildung diskutiert werden können.

Wie gehen aber Lehrkräfte damit um? Es führt wohl kein Weg daran vorbei, sich selbst intensiv mit diesen neuen Entwicklungen auseinanderzusetzen, gerade um mit konkreten Beispielen an die Lebenswelt der Jugendlichen anknüpfen zu können. Darüber hinaus bietet nach wie vor das Kontroversitätsgebot des Beutelsbacher Konsenses, eine Art akkordierter Qualitätsstandard der Politischen Bildung, einen guten Anknüpfungspunkt: „Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen“ (Wehling 1977: 179f.) – Gegenpositionen und deren Begründung sollten zugelassen und gefördert werden, um den offline angeregten Diskurs auch für die Online-Welt zu trainieren. Anregungen für die Auseinandersetzung mit kontroversen Themen im Unterricht wurden beispielsweise im Rahmen eines Europaratsprojekts mit dem Titel *Teaching controversial issues – developing effective training for teachers and school leaders* erarbeitet, an dem auch das *Demokratiezentrum Wien* beteiligt war.<sup>54</sup>

<sup>54</sup> vgl. <http://pjp-eu.coe.int/en/web/charter-edc-hre-pilot-projects/teaching-controversial-issues-developing-effective-training-for-teachers-and-school-leaders>

# Herausforderungen im Netz – Entwicklungen und Gegenstrategien

## Die Rolle der Medien

Medien stellen eine wichtige Säule der Demokratie dar, ihnen kommt eine Kontrollfunktion zu. Die klassischen Medien befinden sich jedoch in einem Transformationsprozess und geraten immer mehr unter Druck, oftmals ist auch die Rede von der „Krise der klassischen Medien“ (vgl. Jarren/Altmeppen 2012). Neben dem wirtschaftlichen Druck sehen sich Medien mit einer Krise der Glaubwürdigkeit konfrontiert: Nachrichten werden nicht mehr nur über klassische Kanäle wie Fernsehen oder Zeitungen konsumiert, und neben den Online-Portalen dieser Zeitungen entstehen andere Nachrichtenseiten, die häufig eine fundamentale Oppositionsrolle einnehmen, teilweise antidemokratische Ziele verfolgen und deren Intentionen nicht immer auf den ersten Blick erkennbar sind. Diese Portale erlangen vor allem durch die zahlreichen Verlinkungen in den Sozialen Netzwerken immer größere Bekanntheit.

Insbesondere mit dem Erscheinen von PEGIDA („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) in Deutschland wurde zudem der Begriff der „Lügenpresse“ wieder aufgegriffen und verbreitet (→ Kap. *Debattenkultur im Netz*). Der Vorwurf an die klassischen Medien lautet, diese würden nicht die „ganze Wahrheit“ berichten, seien gleichgeschaltet und von wirtschaftlichen Interessen gesteuert. Widersprüchlich daran ist, dass beispielsweise PEGIDA auf *Facebook* dennoch regelmäßig Artikel aus traditionellen Medien teilte – wenn der Inhalt der Berichterstattung den Einstellungen der PEGIDA-AnhängerInnen entsprach. Wie *Der Standard* erhob, wurden jedoch wesentlich öfter

Beiträge von unseriösen Seiten wie *epochtimes.de* oder *pi-news.net* geteilt, die regelmäßig Falschmeldungen und verschwörungstheoretische Inhalte verbreiten.<sup>55</sup> Mit rund 205.000 AbonnentInnen hatte die *Facebook*-Seite von PEGIDA eine enorme Reichweite. Unterstützt durch Algorithmen, führen Reichweiten wie diese dazu, dass eine steigende Anzahl an Menschen nur mehr sogenannte „alternativen Medien“ konsumiert und ihnen zu glauben beginnt. Die Journalistin Ingrid Brodnig (2016: 57) spricht in diesem Zusammenhang auch von „Informationskriegern“, rechten VerschwörungstheoretikerInnen, „die an einen ‚Informationskrieg‘ glauben, bei dem die Bevölkerung von den Eliten gezielt belogen wird.“ Personen, die glauben, sich in einem solchen „Krieg“ zu befinden, erachten gegenseitigen Respekt nicht mehr für notwendig und heizen die Stimmung online gezielt an. Ihr Verhalten ist gekennzeichnet durch unbeirrbar Überzeugung, einen Heldenmythos, Abschottung und aggressive Tonalität (vgl. Brodnig 2016: 59f.).

Die Strategie, seriöse Medien – die sich in Österreich beispielsweise im Presserat selbstregulierend zusammenfinden und sich gewissen medienethischen Qualitätskriterien<sup>56</sup> verpflichten – als unseriös darzustellen, findet ebenso Eingang in die Politik. So verweigerte US-Präsident Donald Trump während einer Pressekonferenz einem *CNN*-Reporter, der kritisch über ihn berichtet hatte, mit der Feststellung „You are fake news“, eine Frage zu stellen.<sup>57</sup> Bekannt wurde auch die Aussage von Trumps Beraterin Kellyanne Conway, die in Bezug auf die genannte An-

<sup>55</sup> vgl. [www.derstandard.at/2000037622930/Das-Gegenteil-von-Luegenpresse](http://www.derstandard.at/2000037622930/Das-Gegenteil-von-Luegenpresse)

<sup>56</sup> vgl. [http://presserat.at/show\\_content.php?hid=2](http://presserat.at/show_content.php?hid=2)

<sup>57</sup> vgl. [www.theguardian.com/us-news/2017/jan/11/trump-attacks-cnn-buzzfeed-at-press-conference](http://www.theguardian.com/us-news/2017/jan/11/trump-attacks-cnn-buzzfeed-at-press-conference)

zahl an Personen, die der Angelobung beiwohnten, von „alternative facts“ sprach.<sup>58</sup>

### Falschmeldungen im Netz

Eine große Herausforderung im Netz sind Falschmeldungen, die sich rasant verbreiten (→ *Kap. Österreichische Initiativen/Best-Practice-Beispiele*) und eine bereits vorgefertigte Meinung (z.B. Vorurteile gegenüber gewissen Gruppen) verstärken können.

Falschmeldungen werden zum Teil gegen Bezahlung erfunden und verbreitet, ein Umstand, der erst dadurch bekannt wurde, dass manche professionelle „Lügenerfinder“ in der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit berichteten.<sup>59</sup> Über sogenannte Klickfarmen – Betriebe, die häufig in als Entwicklungsländer bezeichneten Staaten angesiedelt sind und mit Hilfe gefälschter Accounts produzierte Likes billig verkaufen – werden Inhalte rasch in Sozialen Netzwerken gestreut.<sup>60</sup> Dies betrifft vor allem englischsprachige Seiten.

Ein großer Teil jener Nachrichten, die online die größte Verbreitung erzielen, sind *Fake News*. Dieses Phänomen tritt zwar im deutschsprachigen Raum weniger häufig auf, hat aber einer Analyse des Medienportals Buzz Feed zufolge im Zuge der US-Wahl 2016 eine wichtige Rolle gespielt. Das Portal untersuchte die 40 erfolgreichsten Artikel, die sich in den drei Monaten vor der US-Wahl mit Wahlkampfthemen befassen. Die Analyse ergab, dass von den 10 Meldungen mit den meisten Interaktionen die Hälfte Falschmeldungen waren. Die 20 Falschnachrichten, die sich am meisten verbreiteten, erhielten 8,7 Millionen Interaktionen (Teilen, Reagieren,

Kommentieren), die 20 am stärksten verbreiteten Artikel von renommierten Medien dagegen kamen nur auf 7,3 Millionen Interaktionen. 17 der untersuchten 20 Falschmeldungen waren dem Präsidentschaftskandidaten Donald Trump gegenüber positiv oder der Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton gegenüber negativ gestimmt.<sup>61</sup>

Die Verbreitung von Falschnachrichten stellt ein demokratiepolitisches Problem dar, indem Meinungen auf Basis von falschen Informationen gebildet und in weiterer Folge Wahlergebnisse beeinflusst werden können. Soziale Netzwerke, allen voran *Facebook*, werden deswegen heftig kritisiert, besonders nach dem Ausgang der US-Wahl.<sup>62</sup>

*Facebook* hat daher verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung von *Fake News* angekündigt, die sowohl in den USA als auch in Europa umgesetzt werden sollen.<sup>63</sup>

1. Erleichtertes Melden von Falschmeldungen

2. Prüfung der gemeldeten Artikel durch externe Organisationen nach Poynter's *International Fact Checking Code of Principles*.<sup>64</sup> *Facebook* leitet verdächtige Inhalte an externe Organisationen weiter – diese geben dann ihre Einschätzung ab. Laut Medienberichten arbeitet *Facebook* dafür in den USA mit den Fact-Checking-Seiten *Snopes*, *PolitiFact* und *FactCheck.org* sowie mit ABC News zusammen.<sup>65</sup> Identifizierte *Fake News* werden dann auf *Facebook* mit dem Warnhinweis „Disputed by 3rd Party Fact-Checkers“ gekennzeichnet. Die Begründung für die jeweilige Einschätzung können UserInnen auf den Seiten der Organisationen nachlesen.

<sup>58</sup> vgl. [www.derstandard.at/2000051328652/Trump-Beraterin-will-alternative-Fakten-zu-Besucherzahl-praesentieren](http://www.derstandard.at/2000051328652/Trump-Beraterin-will-alternative-Fakten-zu-Besucherzahl-praesentieren)

<sup>59</sup> vgl. z.B. [www.jetzt.de/facebook/fake-news-auf-facebook](http://www.jetzt.de/facebook/fake-news-auf-facebook);  
[www.tagesanzeiger.ch/ausland/amerika/die-zukunft-des-journalismus/story/21332683](http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/amerika/die-zukunft-des-journalismus/story/21332683);  
[www.zeit.de/2016/52/fake-news-hersteller-unternehmen-mazedonien](http://www.zeit.de/2016/52/fake-news-hersteller-unternehmen-mazedonien)

<sup>60</sup> vgl. [www.theguardian.com/technology/2013/aug/02/click-farms-appearance-online-popularity](http://www.theguardian.com/technology/2013/aug/02/click-farms-appearance-online-popularity)

<sup>61</sup> vgl. [www.buzzfeed.com/craigsilverman/viral-fake-election-news-outperformed-real-news-on-facebook?utm\\_term=.umVApNnkMz#.ngl7OL93Ae](http://www.buzzfeed.com/craigsilverman/viral-fake-election-news-outperformed-real-news-on-facebook?utm_term=.umVApNnkMz#.ngl7OL93Ae)

<sup>62</sup> vgl. z.B. [www.zeit.de/digital/internet/2016-11/facebook-donald-trump-mark-zuckerberg-wahlsieg-falschmeldungen](http://www.zeit.de/digital/internet/2016-11/facebook-donald-trump-mark-zuckerberg-wahlsieg-falschmeldungen);  
[www.kurier.at/politik/ausland/hat-facebook-die-us-wahl-entschieden/230.107.397](http://www.kurier.at/politik/ausland/hat-facebook-die-us-wahl-entschieden/230.107.397);  
[www.theguardian.com/technology/2016/nov/10/facebook-fake-news-election-conspiracy-theories](http://www.theguardian.com/technology/2016/nov/10/facebook-fake-news-election-conspiracy-theories)

<sup>63</sup> vgl. <https://newsroom.fb.com/news/2016/12/news-feed-fyi-addressing-hoaxes-and-fake-news/>

<sup>64</sup> [www.poynter.org/fact-checkers-code-of-principles](http://www.poynter.org/fact-checkers-code-of-principles)

<sup>65</sup> vgl. [www.zeit.de/digital/internet/2016-12/fake-news-facebook-massnahmen-details-news-feed](http://www.zeit.de/digital/internet/2016-12/fake-news-facebook-massnahmen-details-news-feed)

In Deutschland soll diese Kennzeichnung ebenso bald gestartet werden, dafür will *Facebook* mit dem Recherchebüro *Correctiv* zusammenarbeiten. Erste Kritik an der Maßnahme macht sich jedoch bereits bemerkbar: so wird die Kennzeichnung der *Fake News* als „disputed“, also „umstritten“, kritisiert, da dies Falschnachrichten teilweise verharmlosen würde.<sup>66</sup> Zusätzlich ist auch zu hinterfragen, wie unabhängig FaktencheckerInnen sein können und müssen.

### 3. Verbesserung des News-Feeds

Diese Maßnahme soll darauf abzielen, dass irreführende Informationen weniger häufig im Newsfeed erscheinen. Der Maßnahme liegt die Annahme zugrunde, dass Artikel, die oft gelesen, aber nicht geteilt werden, irreführende Informationen enthalten könnten. Welche Parameter zur Umsetzung dieser Maßnahme herangezogen werden, bleibt jedoch offen.

### 4. Unterbinden finanzieller Anreize für Spammer

*Facebook* erklärt, dass das Verbreiten von Falschmeldungen oft finanziell motiviert ist: Spammer geben sich als Nachrichtendienst aus und bringen UserInnen durch Falschmeldungen auf ihre Seiten, die Werbung enthalten. Dies soll vermieden werden, indem Fake-Domains – also Domains, bei denen der Name nicht dem dahinterstehenden Inhalt entspricht – auf *Facebook* unterbunden werden. Zusätzlich analysiert *Facebook* publizierende Seiten, um die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen abklären zu können.

Besonders die rechtspopulistische Internet-Seite *Breitbart News* hat im US-Wahlkampf zahlreiche Falschmeldungen verbreitet, um Trump zu unterstützen.<sup>67</sup> Ein US-amerikanisches Forscherteam, das über 1.25 Millionen Artikel, die zwischen dem 1. April 2015 und dem 8. November 2016 publiziert wurden, analysiert hat, kommt zum Schluss, dass sich ein rechtes Mediennetzwerk, welches sich rund um das Portal *Breitbart*

formiert hat, zu einem isolierten Mediensystem entwickelte. Dieses nutzte die sozialen Medien, um die stark parteiischen Artikel zu verbreiten, was wiederum Auswirkungen auf die gesamte mediale Agenda hatte. Es seien jedoch nicht *Fake News* im Sinne völlig erfundener Artikel – vielmehr sei es Desinformation: Informationen, die vielleicht teilweise korrekt sind, wurden zielgerichtet falsch wiedergegeben (vgl. Benkler/Faris/Roberts/Zuckerman 2017).

*Breitbart* hat angekündigt, unter anderem nach Deutschland expandieren zu wollen. Um dem rechten Mediennetzwerk dort entgegenzutreten, formieren sich JournalistInnen und AktivistInnen unter dem Namen *Schmalbart*<sup>68</sup>, mit dem Ziel, Medienangebote durch Versachlichung kritisch zu begleiten und Populismus aufzudecken. Interessierte können sich dem Netzwerk anschließen und eigene Ideen einbringen.

Im deutschsprachigen Raum gibt es verschiedene Seiten, die UserInnen bei der Überprüfung von Meldungen, bei denen es sich um *Fake News* handeln könnte, helfen sollen. Zu nennen wäre hier beispielsweise die aus einer privaten Initiative hervorgegangene Seite [www.hoaxmap.org](http://www.hoaxmap.org) (von englisch *Hoax*: Falschmeldung), auf der vor allem Falschmeldungen über Geflüchtete auf einer europäischen Landkarte angezeigt werden. Darüber hinaus liefert ein Blog<sup>69</sup> auf der Seite Hintergrundinformationen zum Thema Falschmeldungen. Der Verein *Mimikama* (→ Kap. *Österreichische Initiativen/Best-Practice-Beispiele*) bietet unter [hoaxsearch.com](http://hoaxsearch.com) eine Suchfunktion für *Fake News* an. Für die Verifizierung von Bildern bietet sich die umgekehrte Bildersuche an, beispielsweise über [images.google.com](http://images.google.com) oder [tineye.com](http://tineye.com). Für die Überprüfung von Videos kann der *Youtube Data Viewer*<sup>70</sup> von *Amnesty International* genutzt werden.

<sup>66</sup> vgl. z.B. [www.futurezone.at/digital-life/facebook-beginnt-mit-fake-news-kennzeichnung/250.146.398/print](http://www.futurezone.at/digital-life/facebook-beginnt-mit-fake-news-kennzeichnung/250.146.398/print); [www.basichthinking.de/blog/2016/12/19/facebook-melden-fake-news/](http://www.basichthinking.de/blog/2016/12/19/facebook-melden-fake-news/)

<sup>67</sup> vgl. z.B. [www.tagesschau.de/ausland/trump-breitbart-news-101.html](http://www.tagesschau.de/ausland/trump-breitbart-news-101.html); [www.bbc.com/news/election-us-2016-38005983](http://www.bbc.com/news/election-us-2016-38005983); [www.linkedin.com/pulse/donald-trump-numbers-analysis-donaldjtrumpcom-lee-bob-black](http://www.linkedin.com/pulse/donald-trump-numbers-analysis-donaldjtrumpcom-lee-bob-black)

<sup>68</sup> [www.schmalbart.de](http://www.schmalbart.de)

<sup>69</sup> [www.blog.hoaxmap.org](http://www.blog.hoaxmap.org)

<sup>70</sup> <http://amnestyusa.org/sites/default/custom-scripts/citizenevidence>

## Wie begegnen klassische Medien den aktuellen Herausforderungen?

Die Medien haben unterschiedliche Strategien entwickelt, wenn es darum geht, Hasskommentaren in ihren Online-Foren entgegen zu treten, konstruktiven Austausch zu fördern oder dem Vorwurf der „Lügenpresse“ zu entgegnen.

Vor dem Hintergrund zahlreicher – teilweise strafrechtlich relevanter – Hetz- und Hasskommentare auf den Websites der Medien, launchte beispielsweise die Tageszeitung *Kurier* gemeinsam mit dem Wochenmagazin *Profil* 2016 die gemeinsame Medieninitiative „Gegen den Hass im Netz“ mit dem Ziel, so *KURIER.at* Chefredakteur Stefan Kaltenbrunner, „(...) das Bewusstsein für die Problematik zu schärfen und somit einen Anstoß zu einem zivilisierteren Umgang im Netz zu propagieren.“<sup>71</sup> Die beiden Medien veröffentlichen seither regelmäßig Informationen zum Thema in Form von Artikeln und Videos.<sup>72</sup> JournalistInnen teilen ihre Erfahrungen außerdem zunehmend in der Öffentlichkeit, um für das Thema zu sensibilisieren. Vor allem weibliche Journalistinnen müssen sich mit Hass und sexistischen Kommentaren online auseinandersetzen – Erfahrungen, die Barbara Kaufmann, Corinna Milborn, Hanna Herbst und Ingrid Thurnher im Rahmen einer *Falter*-Coverstory an die Öffentlichkeit trugen.<sup>73</sup> Im Rahmen der darauffolgenden Kampagne *#solidaritystorm* der Initiative *#aufstehn* solidarisierten sich mehr als 14.000 Personen mit den Journalistinnen (→ *Kap. Österreichische Initiativen/Best-Practice-Beispiele*).<sup>74</sup>

Neben der Schaffung von Öffentlichkeit für das Thema „Hass im Netz“, sind für Online-Medien Fragen der (Selbst-)regulierung und Moderation auf den eigenen Plattformen immer dringender geworden. So beschäftigt sich beispielsweise das

Team von *Derstandard.at* bereits seit 2014 mit der Frage, wie Online-Diskussionen innerhalb der eigenen Foren mehr Qualität erlangen können. Im Rahmen des Projekts *Verständnis durch Verständigung* sollen unterschiedliche Perspektiven beleuchtet werden:

- ➔ Jene der Personen, die im Forum posten
- ➔ die Position der JournalistInnen sowie
- ➔ jene der Personen, welche die Foren moderieren und deren Präsenz in den letzten Jahren stark gestiegen ist.<sup>75</sup>

Diese steigende Präsenz erklärt sich unter anderem durch den Versuch, möglichst wenige Postings zu löschen: Die Anzahl der gelöschten Postings auf *Derstandard.at* ist laut eigenen Angaben rückläufig (2016: 5,1 Prozent), die Anzahl der Postings insgesamt steigt jedoch konstant (2016: 9,1 Millionen Postings; Steigerung um 19 Prozent im Vergleich zu 2015).<sup>76</sup> Stattdessen setzt man auf verstärkte Moderation der Inhalte und forciert den Dialog zwischen den beteiligten AkteurInnen wie ModeratorInnen und PosterInnen.<sup>77</sup> Auch andere Medien wie *Die Zeit* bemühen sich, die Arbeit der ModeratorInnen transparent zu machen.<sup>78</sup> Online-Medien bedienen sich außerdem im Rahmen ihrer Foren teilweise der Klarnamenpflicht oder stellen die klassische Kommentarfunktion ab, wie dies z.B. die *Süddeutsche Zeitung* auf ihrem Onlineportal getan hat. Dialog soll dort im Rahmen von ausgewählten Tagesthemen stattfinden, zudem verlinkt die *Süddeutsche Zeitung* auf das Portal *rivva.de*, auf dem die öffentliche Debatte zum jeweiligen Artikel in den sozialen Netzwerken und auf anderen Seiten nachgezeichnet wird.<sup>79</sup> Auf der Online-Plattform der britischen Tageszeitung *The Guardian* wird die Kommentarfunktion nur für ausgewählte Inhalte freigeschaltet: „(...) where comments are likely to add value (for

<sup>71</sup> vgl. [www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20160617\\_OTSo082/gegen-hass-im-netz-kurier-und-profil-mit-gemeinsamer-aktion](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160617_OTSo082/gegen-hass-im-netz-kurier-und-profil-mit-gemeinsamer-aktion)

<sup>72</sup> vgl. [www.profil.at/themen/gegen-hass-im-netz](http://www.profil.at/themen/gegen-hass-im-netz); [www.kurier.at/gegen-hass-im-netz](http://www.kurier.at/gegen-hass-im-netz)

<sup>73</sup> vgl. <http://cms.falter.at/falter/2016/06/14/uns-reichts>

<sup>74</sup> <https://actions.aufstehn.at/solidaritystorm>

<sup>75</sup> vgl. [www.derstandard.at/2000005894588/Verstaendnis-durch-Verstaendigung?\\_blogGroup=1](http://www.derstandard.at/2000005894588/Verstaendnis-durch-Verstaendigung?_blogGroup=1)

<sup>76</sup> vgl. [www.derstandard.at/2000050237036/2016-Neun-Millionen-Foren-Postings?\\_blogGroup=1](http://www.derstandard.at/2000050237036/2016-Neun-Millionen-Foren-Postings?_blogGroup=1)

<sup>77</sup> vgl. [www.derstandard.at/jetzt/livebericht/2000043638480/chat-mit-den-standard-moderatoren?\\_blogGroup=1](http://www.derstandard.at/jetzt/livebericht/2000043638480/chat-mit-den-standard-moderatoren?_blogGroup=1)

<sup>78</sup> vgl. [www.zeit.de/zeit-magazin/2016/31/kommentare-internet-medien-community-redakteur](http://www.zeit.de/zeit-magazin/2016/31/kommentare-internet-medien-community-redakteur)

<sup>79</sup> vgl. [www.sueddeutsche.de/kolumne/ihre-sz-lassen-sie-uns-diskutieren-1.2095271](http://www.sueddeutsche.de/kolumne/ihre-sz-lassen-sie-uns-diskutieren-1.2095271)

us and other readers) in terms of additional insight, perspective or knowledge, and where we have time and resource to be involved in the conversation, we try to ensure commenting is turned on.”<sup>80</sup>

Was die Reaktion klassischer Medien auf den Vorwurf rechtspopulistischer AkteurInnen, sie würden nicht „die ganze Wahrheit berichten“, betrifft, so ist es laut Ingrid Brodnig wichtig, dass sich der Medienjournalismus verteidigt. Den Menschen muss erklärt werden, dass es nicht darum geht, Dinge bewusst nicht zu berichten, sondern dass Medien immer selektieren und Nachrichten gewichten, um eine ausgewogene Balance in der Medienberichterstattung zu erhalten.<sup>81</sup> Diese Aufklärung versucht beispielsweise *ZEIT ONLINE* in Form des Transparenz-Blogs zu schaffen, auf dem die Redaktion selbstreflexiv über die eigene Berichterstattung sowie die Auswahl und Gestaltung von Beiträgen schreibt.<sup>82</sup> Teilweise setzen Medien als Glied zwischen LeserInnen und Redaktion auch Ombudspersonen ein, die vermittelnd und erklärend eingreifen. Der deutsche Kommunikationswissenschaftler Oliver Quiring begrüßt zudem den Trend, JournalistInnen mit Bild zu zeigen, um zu verdeutlichen, dass hinter den Beiträgen ebenso Menschen stecken.<sup>83</sup>

## KONSTRUKTIVER JOURNALISMUS

Dass etablierte Medien mehr gesellschaftliche Verantwortung übernehmen wollen bzw. sollen, zeigt auch die Diskussion um „Konstruktiven Journalismus“. Darunter versteht man, dass Medien nicht „nur“ berichten, sondern auch konstruktive Lösungen anbieten. Das Spiel mit negativen Emotionen, die zu Passivität und Rückzug führen, wird umgedreht: „Ähnlich wie in der Werbung sollen dabei die Journalismus-Nutzer durch positive Emotionen ihren Gemütszustand in Richtung Zuversicht ändern und im besten Fall zu einer Handlung veranlasst werden. Journalismus soll damit zur Startrampe für den Absprung in eine bessere Welt werden.“<sup>84</sup> Der Begriff wurde vom dänischen Journalisten und Autor Ulrik Haagerup in seinem 2015 erschienen Buch „Constructive News“ eingeführt. Ein oft genanntes Beispiel für den lösungsorientierten Journalismus ist die deutsche Plattform „Perspective Daily“: „Wir schreiben Artikel mit Blick nach vorn. Uns reicht es nicht, nur über Probleme zu berichten, sondern wir fragen täglich: Wie können wir helfen, es besser zu machen?“<sup>85</sup>

**David Röhler**

<sup>80</sup> [www.theguardian.com/community-faqs](http://www.theguardian.com/community-faqs)

<sup>81</sup> vgl. [http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama\\_die\\_reporter/Der-Journalismus-hat-eine-Erklarfunktion/brodnig102.html](http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama_die_reporter/Der-Journalismus-hat-eine-Erklarfunktion/brodnig102.html)

<sup>82</sup> <http://blog.zeit.de/glashaus/>

<sup>83</sup> vgl. [www.zeit.de/2017/05/medien-vertrauen-umfrage-ifak/seite-2](http://www.zeit.de/2017/05/medien-vertrauen-umfrage-ifak/seite-2)

<sup>84</sup> [www.zeit.de/kultur/2015-10/konstruktiver-journalismus-perspectives-daily-kampagnen](http://www.zeit.de/kultur/2015-10/konstruktiver-journalismus-perspectives-daily-kampagnen)

<sup>85</sup> <https://perspective-daily.de/>

## Herausforderungen im Netz – Entwicklungen und Gegenstrategien

### Technische Maßnahmen gegen Hass im Netz

Im Kampf gegen Hass im Netz entstehen nicht nur zahlreiche neue Initiativen, es werden auch neue Tools entwickelt, wie z.B. der *Hate speech blocker*. Es handelt sich dabei um ein Browser Plugin, das *Hate Speech* auf Sozialen Netzwerken wie *Twitter* und *Facebook* aufspürt und bekämpft. Es wurde als Gewinner des *#peacehack 2016* ausgezeichnet, einem Wettbewerb, der innovative und praktische Lösungen für Konflikte auf der Welt auszeichnet.<sup>86</sup>

Weiters ist die nicht kommerzielle Initiative *Algorithm Watch*<sup>87</sup> zu erwähnen, die sich damit auseinandersetzt, wie eine Gesellschaft mit automatisierten, auf Algorithmen basierten Entscheidungen umgehen soll (Stichwort *Algorithmic Decision Making – ADM*). Die Initiative beschreibt ihre Ziele folgendermaßen: „*Algorithm Watch* ist eine nicht-kommerzielle Initiative mit dem Ziel, Prozesse algorithmischer Entscheidungsfindung zu betrachten und einzuordnen, die eine gesellschaftliche Relevanz haben – die also entweder menschliche Entscheidungen vorhersagen oder vorbestimmen, oder Entscheidungen automatisiert treffen.“<sup>88</sup>

Gegen den beschriebenen Trend der Algorithmen entstehen in jüngerer Vergangenheit Anwendungen, die UserInnen ermöglichen, ihre eigenen Inhalte zusammenzustellen. Zu nennen wäre hier z.B. *piqd*. Der Name ist abgeleitet vom englischen „to pick“ (auswählen). *Piqd* nennen ihr Projekt „Die Programmzeitung für

das gute Netz“. Sie beschreiben ihr Ziel folgendermaßen: „Wir wollen zu einer informierten Öffentlichkeit im Netz beitragen. *Piqd* ist der Gegenentwurf zu den reichweitenoptimierten Algorithmen sozialer Netzwerke. Was relevant ist, bestimmen bei uns ausschließlich unsere Kuratoren und Mitglieder.“<sup>89</sup> Eine weitere ähnliche Anwendung ist *thescope.com* (früher *Niuws*), die wie *piqd* eine Kuratierung durch ExpertInnen anbietet.

Die Gefahren, die von *Social Bots* ausgehen, führen zu verschiedenen Gegenmaßnahmen (→ *Kap. Algorithmen und Social Bots* | → *Kap. Über die möglichen Gefahren von Social Bots*). Eine Initiative mit dem Namen *botswatch*<sup>90</sup> analysiert auf *Twitter* die Auswirkungen von *Social Bots* auf politische Debatten. Die Ausweitung auf andere Soziale Medien ist geplant.

Neben Algorithmen und *Social Bots* stellt der respektlose Umgang von UserInnen miteinander eine Herausforderung dar – ein Umstand, dem mittlerweile versucht wird, auch auf technischer Ebene zu begegnen. Die Software-Plattform *Civilcomments*<sup>91</sup> hat sich zum Ziel gesetzt, Internet-UserInnen durch Selbstmoderation zu einem respektvollen Umgang in Internet-Foren zu motivieren. UserInnen müssen vor dem Absenden des eigenen Beitrags andere Kommentare bewerten. Dann haben sie die Möglichkeit, ihren eigenen Beitrag zu verändern, bevor er freigeschaltet wird. Das soll BenutzerInnen dafür

<sup>86</sup> vgl. [http://peacehack.io;www.techcitynews.com/press\\_release/new-tool-detect-prevent-hate-speech-online/](http://peacehack.io;www.techcitynews.com/press_release/new-tool-detect-prevent-hate-speech-online/)

<sup>87</sup> <http://algorithmwatch.org>

<sup>88</sup> <http://algorithmwatch.org/mission-statement>

<sup>89</sup> [www.piqd.de](http://www.piqd.de)

<sup>90</sup> [www.botswatch.de](http://www.botswatch.de)

<sup>91</sup> [www.civilcomments.com](http://www.civilcomments.com)

sensibilisieren, dass ihre Beiträge von Anderen wahrgenommen werden.<sup>92</sup> Laut Ingrid Brodnig ist nämlich die „Unsichtbarkeit“ des virtuellen

Gegenübers einer der Hauptfaktoren, warum Onlinegespräche schnell eskalieren (vgl. Brodnig 2016, 13f.; → Kap. *Debattenkultur im Netz*).

### David Röhler: Über die möglichen Gefahren von *Social Bots*

Partizipation hat nicht nur positive Auswirkungen – sie hat auch unerwünschte Nebenwirkungen. Die digitalen Medien und insbesondere das Social Web erlauben Menschen und mittlerweile auch Computerprogrammen die Beteiligung an der Produktion bzw. der Verbreitung von Inhalten. Wenn Computer in Social Networks automatisiert agieren, spricht man von *Social Bots*. Die etablierten Medien haben ihre Gatekeeper-Funktion seit zumindest zehn Jahren – mit dem Aufkommen des Social Web (damals Web 2.0 genannt) – verloren. Über Blogs, Facebook, Twitter und viele andere Soziale Netzwerke können wir kommunizieren und uns mit anderen vernetzen. Das Potential der Sozialen Medien wurde in den letzten Jahren nicht nur in US-Wahlkämpfen oder im Arabischen Frühling deutlich.

Was mit *ELIZA*, einem vom Computerpionier Joseph Weizenbaum in den späten 1960er-Jahren entwickelten Programm zur simulierten Mensch-Maschine-Kommunikation, begann, findet heute bei *Chatbots* (Computerprogramme, mit denen man über Textdialoge kommunizieren kann) und Roboterjournalismus (computergenerierte Texte) seine Fortsetzung. Den *Turing-Test* – merkt der Mensch, dass er mit einem Computer einen Dialog führt? – dürften immer mehr Maschinen bestehen: Inhalte, die wirken als wären sie von Menschen erstellt, lassen sich mit Hilfe von künstlicher Intelligenz generieren. Ein Beispiel dafür ist der Dienst *AX Semantics*. 500 computergenerierte Texte pro Tag kann man sich damit für rund 1.000,- Euro monatlich aus Daten errechnen lassen.

*Chatbots*, die auf zahlreichen Messenger-Apps zu finden sind, führen automatisierte Dialoge mit KundInnen, beispielsweise von Fluglinien und könnten zur Konkurrenz für Apps und Web-

sites werden. Während Roboterjournalismus und *Chatbots* noch als positive Entwicklungen – wenn auf ethische Aspekte wie zum Beispiel Transparenz Bedacht genommen wird – betrachtet werden, sind *Social Bots* ein negatives Ergebnis dieser Entwicklung. Die Grenzen zwischen guten Bots und gefährlichen, *Fake News* verbreitenden Bots, könnten im Laufe der raschen Entwicklungen allerdings verschwimmen.

Unter einem *Social Bot* versteht man ein Profil in Sozialen Netzwerken – zumeist Facebook oder Twitter –, das versucht, wie ein Mensch zu agieren, aber von einem Computerprogramm gesteuert wird. *Social Bots* versuchen unerkannt zu bleiben. Daher erfolgen Antworten z.B. zeitverzögert, oder es soll eine bestimmte Anzahl von Aktivitäten pro Tag nicht überschritten werden. Darüber hinaus werden von *Social Bots* Ruhezeiten eingehalten, um einen Tag-Nachtrhythmus vorzutäuschen. Es besteht weiters die Möglichkeit – wenn auch mit geringerer Wahrscheinlichkeit – dass *Social Bots* über persönlich bekannte Accounts agieren, wenn der Zugang gehackt wird oder der/die Account-InhaberIn einen *Social Bot* kommunizieren lässt. So könnte entweder ein Identitätsdiebstahl stattgefunden haben, oder der Account wurde absichtlich mit einem *Social Bot* versehen, damit dieser dann im eigenen Namen twittert. Der Dienst *bottr.me* bietet sich dafür folgendermaßen an:

- ➔ „Let people have a conversation with your bot from anywhere – email, website, blog, social profile etc.
- ➔ Your bots uses state of the art natural language understanding to learn about you and respond to people’s messages on your behalf“

<sup>92</sup> vgl. [www.derstandard.at/2000035672093/Die-beste-Waffen-gegen-Hasspostings-Humor-und-Geduld](http://www.derstandard.at/2000035672093/Die-beste-Waffen-gegen-Hasspostings-Humor-und-Geduld)

**Bot or Not?**  
A Truthy project

BotOrNot checks the activity of a Twitter account and gives it a score based on how likely the account is to be a bot. Higher scores are more bot-like.

**NEW:** Interested in using our API? Check out our [Python API](#) or our [HTTP API](#).

Check out our papers [BotOrNot: A System to Evaluate Social Bots](#) (WWW Developers Day 2016) and [The Rise of Social Bots](#) (Comm. ACM, July 2016).

Enter a screen name in the box below or try one of these examples  
bots: @jusbieberphotos, @dtufreak, @lao232, @stanbieberfan  
humans: @onurvarol, @clayadavis

- Top
- Classification
- Temporal
- Network
- Sentiment

**Classification**

44%

Friend 27%      Content 55%

User 19%

Um einen Social-Media-Account mit einem Bot zu versehen, kann man *Twitter*-, *Facebook*- und viele andere Profile auch kaufen. Auf einer russischen Website werden diese beworben: “If you need quality bulk accounts, you’ve come to the right place. You can get your accounts immediately after your payment – there is no need to wait.”<sup>93</sup> Ältere *Twitter*-Accounts sind teurer, da sie authentischer erscheinen.

Einen *Social Bot* zu erkennen ist schwierig und wird immer schwieriger, da die Algorithmen laufend besser werden. Auch Dienste, die *Social Bots* erkennen sollen wie z.B. *Bot or Not* der Indiana University sind alles andere als zuverlässig.

### Screenshot Bot or Not

Betrachtet man beispielsweise meinen eigenen *Twitter*-Account, wird die Wahrscheinlichkeit, dass es sich um einen Bot handelt, mit 44 Prozent angegeben. Tatsächlich sind die meisten Tweets von mir. Einige davon sind allerdings tatsächlich mit dem Dienst *iffit.com* generiert, der zum Beispiel meine Blogbeiträge automatisch twittert, sobald sie veröffentlicht werden.

Dieser kostenlose Online-Dienst könnte bereits als Mini-Variante eines *Social Bot* gelten. Damit sind z.B. auch automatische *Retweets* (Zitate von *Tweets*) von *Twitter*-Nachrichten möglich, die einen gewissen *Hashtag* aufweisen. Selbst damit lassen sich bereits Trends und somit das Meinungsbild beeinflussen, denn *Tweets* oder *Facebook*-Einträge, die oft “geliked” oder “geshared” werden, werden in den jeweiligen *Time-lines* bevorzugt angezeigt. Es wird also ein erhöhtes Interesse an einem bestimmten Thema durch *Social Bots* vorgetäuscht. Ebenso werden *Social Bots* zur Streuung von *Fake News* verwendet. Neben politischen Zielen werden *Social Bots* auch aufgrund wirtschaftlicher Interessen eingesetzt. Web-Sites können aufgrund der hohen Klickzahlen, die sie durch *Social Bots* bekommen, höhere Werbeeinnahmen generieren. *Social Bots* sind also auch eine weitere Spielart der Ökonomie der Aufmerksamkeit.

Die Kriterien, einen *Social Bot* zu erkennen, sind mittlerweile derart komplex und unsicher, dass sich das deutsche Projekt *Botswatch* auf eine erstaunlich einfache Formel beschränkt: “(...) wel-

93 [www.buyaccs.com/en/index.php](http://www.buyaccs.com/en/index.php)

cher Account durchschnittlich gleich oder mehr als 50 *Tweets* am Tag veröffentlicht, wird als *Social Bot* klassifiziert.”<sup>94</sup>

Ebenso schwierig ist es, die Gefahren von *Social Bots* abzuschätzen. Welche Relevanz haben *Facebook* und *Twitter* tatsächlich auf die Meinungsbildung? Wie soll die Politik reagieren? Katrin Göring-Eckardt, die Fraktionschefin der Grünen im deutschen Bundestag, forderte kürzlich eine Kennzeichnungspflicht für *Social Bots*; die Unions-Innenminister aus Bayern, Hessen und dem Saarland wiederum wollen sie dem Strafrecht unterwerfen und die BetreiberInnen der automatischen Profile haftbar machen.<sup>95</sup> Eine Kennzeichnungspflicht mutet naiv an, aber auch die Strafverfolgung stünde vor zahlreichen Hindernissen, da die Bots häufig vom Ausland aus betrieben werden und sich so den Behörden entziehen.

Das Hauptproblem mit *Social Bots* dürfte sein, dass sie das Vertrauen in Medien verstärkt erodieren lassen. Sie sind somit ein Teil der selbst- und fremdverschuldeten Glaubwürdigkeitskrise von Medien. Selbstverschuldet, da beispielsweise aus wirtschaftlichen Gründen

Medien immer häufiger auf PR-Meldungen zurückgreifen und selbst recherchierte Beiträge seltener werden. Der Vorschlag des deutschen Innenministeriums, ein staatliches „Abwehrzentrum gegen Desinformation“ zu errichten, kann als demokratiepolitisch bedenklich interpretiert werden, da eine staatliche Stelle, die feststellen soll, ob eine Information wahr oder falsch ist, an Zensur erinnern kann.

Die zentrale Herausforderung im Umgang mit *Social Bots* ist wahrscheinlich dieselbe wie bei *Fake News* und „alternativen Fakten“: Es geht darum, die Medienkompetenz möglichst vieler Menschen zu stärken. Wie kann man Inhalte verifizieren? Welchen Medien kann man eher als anderen trauen? Abschließend seien folgende konkrete Hinweise genannt: Die umgekehrte Bildersuche bei *Google* ist ein hilfreiches Instrument, um die Herkunft von Bildern festzustellen. Sie verrät, ob ein Bild bereits in einem anderen Kontext veröffentlicht wurde. Zur Prüfung des Wahrheitsgehalts von Informationen können Angebote von Websites wie z.B. *Mimikama.at*, die *Hoaxmap*<sup>96</sup> oder das *Verification Handbook*<sup>97</sup> genutzt werden.

**Mag. Röhler, David**

ist Jurist, Unternehmensberater, Universitätslehrbeauftragter, Erwachsenenbildner.

<sup>94</sup> [www.botswatch.de/methode](http://www.botswatch.de/methode)

<sup>95</sup> vgl. [www.sueddeutsche.de/digital/social-bots-die-angst-vor-den-automaten-1.3356302](http://www.sueddeutsche.de/digital/social-bots-die-angst-vor-den-automaten-1.3356302)

<sup>96</sup> [www.hoaxmap.org](http://www.hoaxmap.org)

<sup>97</sup> [www.verificationhandbook.com](http://www.verificationhandbook.com)

## Resümee

Neben vielen Vorteilen und Freiheiten, die mit dem Netz und insbesondere Sozialen Medien verbunden sind, ist es mittlerweile unbestritten, dass diese auch Herausforderungen im Hinblick auf das friedliche Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft mit sich bringen.

In den letzten Monaten und Jahren ist viel in unterschiedlichen Bereichen unternommen worden, um antidemokratischen Entwicklungen stärker entgegenzutreten – sei es auf politischer und juristischer Ebene oder im Bereich der Medien und der Zivilgesellschaft. Einige Verbesserungen wurden erreicht, u.a. durch die Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen durch die Adaptierung des Paragraphen gegen Verhetzung und die Schaffung des neuen Paragraphen gegen *Cybermobbing* in Österreich. Verschiedene zivilgesellschaftliche Initiativen wurden gegründet, und Kampagnen haben dazu beigetragen, das Thema im öffentlichen Diskurs zu verankern.

Gleichzeitig wird immer sichtbarer, dass juristische Rahmenbedingungen nicht ausreichen, um die genannten Probleme effizient zu bekämpfen. Neben der Verbesserung von Melde- und Anzeigemöglichkeiten und der Vernetzung von Initiativen ist die Vermittlung von Medienkompetenz und Politischer Bildung in der formalen und non-formalen Bildung unerlässlich.

Wie aus unterschiedlichen Beiträgen dieses Papers ersichtlich wird, sind sich viele Exper-

tnnen einig, dass es notwendig ist, BürgerInnen – und das von frühem Alter an – für die Chancen und Gefahren, die mit der Nutzung von Onlinediensten einhergehen, zu sensibilisieren. Es wird nicht möglich sein, Hasspostings komplett zu unterbinden, Menschen sollen jedoch in der Lage sein, Unrecht wahrzunehmen und zu wissen, wie man sich dagegen wehren kann. Ebenso kann trotz Gegenmaßnahmen nicht vermieden werden, dass *Fake News* immer wieder ihren Weg in Online-Debatten finden. Hier ist es wichtig, die nötige Kompetenz zu haben, um diese als Falschnachrichten erkennen zu können. Zudem sind es letztendlich immer noch Menschen, die Algorithmen programmieren oder soziale Netzwerke und damit den digitalen Wandel gestalten – diese Verantwortung zu begreifen, ist ebenso ein wichtiger Schritt.

Wie Otfried Jarren (2013: 250) beschreibt, kann eine neue Verantwortungskultur daher nur unter Einschluss aller AkteurInnen etabliert werden:

*„Nur eine allgemeine, breite gesellschaftliche Debatte über das gesellschaftliche Medien- und Kommunikationssystem, über Normen und Regeln der Kommunikation ist letztendlich der Politik und der gemeinsamen Entwicklung des demokratisch-politischen Systems dienlich. Und nur durch breit abgestützte Diskurse über Kommunikationsregeln und -normen wird sich eine (neue) Verantwortungskultur etablieren lassen.“*

## Sammlung mit weiteren Hinweisen / nützlichen Adressen

### Meldestellen

Eine wichtige Maßnahme ist die Meldung von Hassbotschaften. Nach der Sicherung (Screenshot oder Foto vom Posting, dem postenden Profil sowie des Zusammenhangs, in dem gepostet wurde) kann der Inhalt an verschiedene Meldestellen gesendet werden.

**Bundesministerium für Inneres**  
Meldestelle f. NS-Wiederbetätigung:  
[ns-meldestelle@bvt.gv.at](mailto:ns-meldestelle@bvt.gv.at)

**Meldestelle Extremistische und radikale Videos:**  
[www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_Verfassungsschutz/stopextremists/start.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Verfassungsschutz/stopextremists/start.aspx)

**Zentrale Melde- und Beratungsstelle gegen Hass im Netz:** geplant für 2017

**ISPA**  
Meldestelle gegen Kinderpornographie und Nationalsozialismus im Internet:  
[www.stopline.at](http://www.stopline.at)

**Mauthausen Komitee Österreich**  
Meldestelle für rechtsextreme Inhalte:  
[www.mkoe.at/rechtsextremismus-melden](http://www.mkoe.at/rechtsextremismus-melden)

**No Hate Speech Movement**  
Hate Speech Watch:  
[www.nohatespeechmovement.org/hate-speech-watch](http://www.nohatespeechmovement.org/hate-speech-watch)

### Beratungsstellen

**147 Raht auf Draht**  
Notruf/Beratung f. Kinder und Jugendliche:  
[www.rataufdraht.at](http://www.rataufdraht.at)

**bOJA**  
Beratungsstelle Extremismus:  
[www.beratungsstelleextremismus.at](http://www.beratungsstelleextremismus.at)

**Weißer Ring**  
Beratung und Hilfe f. Opfer von Straftaten:  
[www.weisser-ring.at/opferhilfe/](http://www.weisser-ring.at/opferhilfe/)

**ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit**  
Melde- und Beratungsstelle für Opfer und ZeugInnen von Rassismus: [www.zara.or.at/index.php/beratung/rassismus-melden](http://www.zara.or.at/index.php/beratung/rassismus-melden)

### Leitfäden gegen Hass im Netz

**Bundeskanzleramt**  
Leitfaden gegen Hass im Netz:  
[www.bka.gv.at/10-tipps-gegen-hass-im-netz](http://www.bka.gv.at/10-tipps-gegen-hass-im-netz)

**SaferInternet.at**  
Leitfaden „Aktiv gegen Hasspostings“:  
[www.saferinternet.at/news/news-detail/article/leitfaden-aktiv-gegen-hasspostings-625](http://www.saferinternet.at/news/news-detail/article/leitfaden-aktiv-gegen-hasspostings-625)

**SOS-Mitmensch**  
Leitfaden mit Handlungsmöglichkeiten gegen Hass im Netz, mit einem Schwerpunkt auf rechtliche Möglichkeiten und Meldestellen:  
[www.sosmitmensch.at/site/home/article/1257.html](http://www.sosmitmensch.at/site/home/article/1257.html)

**#aufstehn**  
Leitfaden gegen Hass und sexualisierte Gewalt im Netz:  
[www.aufstehn.at/soforthilfe-gegen-hass-sexualisierte-gewalt-im-netz](http://www.aufstehn.at/soforthilfe-gegen-hass-sexualisierte-gewalt-im-netz)

## Broschüren und Materialien

### Europarat

→ **Bookmarks. Bekämpfung von Hate Speech im Internet durch Menschenrechtsbildung:**

[www.politik-lernen.at/site/shop/shop-item/106414.html](http://www.politik-lernen.at/site/shop/shop-item/106414.html)

→ **Publikationen zu den Themen Meinungsfreiheit und Handlungsoptionen gegen Hate Speech:**

[www.coe.int/en/web/freedom-expression/publications](http://www.coe.int/en/web/freedom-expression/publications)

→ **Teaching Controversial Issues:**

<http://pjp-eu.coe.int/en/web/charter-edchre-pilot-projects/teaching-controversial-issues-developing-effective-training-for-teachers-and-school-leaders>

→ **We CAN! Taking action against hate speech through counter and alternative narratives:**

<http://www.coe.int/en/web/no-hate-campaign/we-can-alternatives>

### Forum Politische Bildung

→ **IzPB, Heft 35, Medien und Politik:**

[www.politischebildung.com/?Sel=477](http://www.politischebildung.com/?Sel=477)

→ **IzPB, Heft 29, Kompetenzorientierte Politische Bildung:**

[www.politischebildung.com/?Sel=462](http://www.politischebildung.com/?Sel=462)

### Internet Service Providers Austria

**Broschüren zum Thema Sicherheit im Internet:**

[www.ispa.at/wissenspool/broschueren.html](http://www.ispa.at/wissenspool/broschueren.html)

### SaferInternet.at

→ **Unterrichtsmaterial „Wahr oder falsch im Internet?“**

[www.saferinternet.at/uploads/tx\\_simaterials/Wahr\\_oder\\_falsch\\_im\\_Internet.pdf](http://www.saferinternet.at/uploads/tx_simaterials/Wahr_oder_falsch_im_Internet.pdf)

→ **Jugendlichen-Flyer „Hass im Netz“**

[www.saferinternet.at/broschuerenservice/materialien-fuer-jugendliche](http://www.saferinternet.at/broschuerenservice/materialien-fuer-jugendliche)

→ **Video-Ratgeber für Eltern: „Frag Barbara!“**

[www.fragbarbara.at](http://www.fragbarbara.at)

→ **Kahoot-Quiz „Quellenkritik“**

<https://play.kahoot.it/#/k/1e09fdbd-3f26-4888-8bbo-cccb1bd60bb3>

### ZARA

**CounterACT!**

**Aktiv gegen Hass und Hetze im Netz:**

<http://www.counteract.or.at/2017/03/15/druckfrisch-broschuere-counteract/>

### Weitere Webtipps

**Bundeskanzleramt:**

[www.bka.gv.at](http://www.bka.gv.at)

**Hasspostings und sonstige strafbare Postings:**

<https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/172/Seite.1720219.html>

**EU-Initiative für mehr Sicherheit im Netz:**

[www.klicksafe.de](http://www.klicksafe.de)

**Initiative des BMFJ und des Fachverbands UBIT der WKO zur Steigerung der Medienkompetenz von Familien:**

[www.digi4family.at](http://www.digi4family.at)

**Institut zur Förderung digitaler Mediennutzung:**

[www.werdedigital.at](http://www.werdedigital.at)

**„Counteract“**

**Online-Plattform von ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit:**

<http://www.counteract.or.at/>

## Quellen

- Benkler, Yochai/Faris, Robert/Roberts, Hal/Zuckerman, Ethan (2017): Study: Breitbart-led right-wing media ecosystem altered broader media agenda. In: Columbia Journalism Review. In: <http://www.cjr.org/analysis/breitbart-media-trump-harvard-study.php> (7.3.2017)
- Bremer, Jürgen (2013): Das Ur-Internet. In: Eumann, Marc Jan/Gerlach, Frauke/Rößner, Tabea/Stadelmaier, Martin (Hg.): Medien, Netz und Öffentlichkeit. Impulse für die digitale Gesellschaft. Essen: Klartext Medienwerkstatt. S. 21–26.
- Brodnig, Ingrid (2016): Hass im Netz. Wien: Brandstätter.
- Bundesministerium für Inneres (2016): Verfassungsschutzbericht 2015. In: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_Verfassungsschutz/Verfassungsschutzbericht\\_2015.pdf](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Verfassungsschutz/Verfassungsschutzbericht_2015.pdf) (11.1.2017)
- Bundesschülervertretung (2016): Schule neu Denken. In: <http://bit.ly/2iA5ZOn> (24.01.2017)
- Diamond, Larry (2010): Liberation Technology. In: Journal of Democracy. Vol. 21(3). S. 69–83.
- Dirks, Thorsten (2013): Faires Miteinander. Kommunikation auf Augenhöhe. In: Eumann, Marc Jan/Gerlach, Frauke/Rößner, Tabea/Stadelmaier, Martin (Hg.): Medien, Netz und Öffentlichkeit. Impulse für die digitale Gesellschaft. Essen: Klartext Medienwerkstatt. S. 139–143.
- Europäische Kommission (2016a): Code of conduct on countering illegal hate speech online. In: [http://ec.europa.eu/justice/fundamental-rights/files/hate\\_speech\\_code\\_of\\_conduct\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice/fundamental-rights/files/hate_speech_code_of_conduct_en.pdf) (30.1.2017)
- Europäische Kommission (2016b): Code of Conduct on countering illegal hate speech online: First results on implementation. Fact Sheet. December 2016. In: [http://ec.europa.eu/information\\_society/newsroom/image/document/2016-50/factsheet-code-conduct-8\\_40573.pdf](http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/image/document/2016-50/factsheet-code-conduct-8_40573.pdf) (30.1.2017)
- Europarat (2014): Leitfaden zu Menschenrechten für Internetnutzer. Empfehlung CM/Rec(2014)6 und Begründungstext. In: <http://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=09000016804b7fb7> (14.03.2017)
- Forsa (2016): Ethik im Netz. Hate Speech. Studie im Auftrag der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM). Berlin.
- Hegelich, Simon (2016): Invasion der Meinungs-Roboter. Konrad Adenauer Stiftung: Analysen & Argumente, Ausgabe 221. In: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_46486-544-1-30.pdf?161007093522](http://www.kas.de/wf/doc/kas_46486-544-1-30.pdf?161007093522) (Zugriff 19.10.2016)
- INACH (2016): „Kick them back into the sea“. Online hate speech against refugees. Report by the International Network Against Cyber Hate. In: [www.inach.net/fileadmin/user\\_upload/Refugee\\_Report20161.pdf](http://www.inach.net/fileadmin/user_upload/Refugee_Report20161.pdf) (14.03.2017)
- Initiative D21/Institute for Public Information Management (Hg.) (2016): eGovernment MONITOR 2016. Nutzung und Akzeptanz digitaler Verwaltungsangebote – Deutschland, Österreich und Schweiz im Vergleich. In: [http://www.egovernment-monitor.de/fileadmin/uploads/Studien/2016/160915\\_eGov-Mon2016\\_WEB.pdf](http://www.egovernment-monitor.de/fileadmin/uploads/Studien/2016/160915_eGov-Mon2016_WEB.pdf) (12.1.2017)

- Jacob, Daniel/Thomas, Manuel (2014): Das Internet als Heilsbringer der Demokratie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Vol. 64(22–23). S. 35–39.
- Jarren, Otfried/Altmeppen, Klaus-Dieter (Hg.) (2012): Medienwandel oder Medienkrise?: Folgen für Medienstrukturen und ihre Erforschung. Baden-Baden: Nomos.
- Jarren, Otfried (2013): Verantwortungskultur durch Co-Regulierung. In: Eumann, Marc Jan/ Gerlach, Frauke/Rößner, Tabea/Stadelmaier, Martin (Hg.): Medien, Netz und Öffentlichkeit. Impulse für die digitale Gesellschaft. Essen: Klartext Medienwerkstatt. S. 243–250.
- Krammer, Reinhard/Kühberger, Christoph/Windischbauer, Elfriede (2008): Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen. Ein Kompetenz-Strukturmodell. Wien.
- Müller, Daniel (2008): Lunatic Fringe Goes Mainstream? Keine Gatekeeping-Macht für Niemand, dafür Hate Speech für Alle – zum Islamhasser-Blog Politically Incorrect. In: Navigationen. Zeitschrift für Medien- und Kulturwissenschaften, Vol. 8(2), S. 109–126.
- Pariser, Eli (2011): Filter Bubble. What the Internet is hiding from you. London.
- Parlamentsdirektion Österreich (2016, Hg.): Grünbuch Digitale Courage. Im Auftrag des Präsidenten des Bundesrates Mario Lindner. In: [http://parlament.gv.at/ZUSD/PDF/Gruenbuch\\_Digitale\\_Courage\\_Republik\\_Oesterreich\\_Bundesrat.pdf](http://parlament.gv.at/ZUSD/PDF/Gruenbuch_Digitale_Courage_Republik_Oesterreich_Bundesrat.pdf) (14.03.2017)
- Pfeffer, Jürgen/Zorbach, Thomas (2015): Shitstorms. Social Media und die Veränderungen der digitalen Diskussionskultur. In: Stiegler, Christian/Breitenbach, Patrick/Zorbach, Thomas (Hg.): New Media Culture: Mediale Phänomene der Netzkultur. Bielefeld: transcript Verlag. S. 125–141.
- Reporter Ohne Grenzen (2015): Grenzenloses Internet. In: [http://www.reporterohnegrenzen.at/wp-content/uploads/pdf/RSF\\_Grenzenloses\\_Internet\\_2015.pdf](http://www.reporterohnegrenzen.at/wp-content/uploads/pdf/RSF_Grenzenloses_Internet_2015.pdf) (11.1.2017)
- Schäfer, Claudia/Schönberger, Bianca (2016): Voraussetzungen für digitale Zivilcourage – Empfehlungen aus NGO-Perspektive. In: Parlamentsdirektion Österreich (Hg.): Grünbuch Digitale Courage. Im Auftrag des Präsidenten des Bundesrates Mario Lindner. S. 85–89. In: [http://parlament.gv.at/ZUSD/PDF/Gruenbuch\\_Digitale\\_Courage\\_Republik\\_Oesterreich\\_Bundesrat.pdf](http://parlament.gv.at/ZUSD/PDF/Gruenbuch_Digitale_Courage_Republik_Oesterreich_Bundesrat.pdf) (14.03.2017)
- Schmidt, Jan-Hinrik (2012): Das demokratische Netz? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Vol. 62(7). S. 3–8.
- Schmidt, Jan-Hinrik (2015): Linked. Vom Individuum zur Netzgemeinschaft. In: Stiegler, Christian/Breitenbach, Patrick/Zorbach, Thomas (Hg.): New Media Culture: Mediale Phänomene der Netzkultur. Bielefeld: transcript Verlag. S. 83–96.
- Shea, Virginia (1994): Netiquette. San Francisco: Albion Books.
- Stöcker, Christian (2012): Governance des digitalen Raumes: aktuelle netzpolitische Brennpunkte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Vol. 62(7). S. 9–14.
- Suler, John (2005): The online disinhibition effect. In: International Journal of Applied Psychoanalytic Studies. Vol. 2(2). S. 184–188.
- Wehling, Hans-Georg (1977): Konsens à la Beutelsbach. In: Schiele, Siegfried/Schneider, Herbert (Hg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart. S. 179–180.
- Weitbrecht, Christine (2015): Partizipative Kultur. Implikationen für Gesellschaft, Politik und Medien. In: Stiegler, Christian/Breitenbach, Patrick/Zorbach, Thomas (Hg.): New Media Culture: Mediale Phänomene der Netzkultur. Bielefeld: transcript Verlag. S. 107–124.
- Alle Online-Quellen und Websites laut Fußnoten, Stand 10.05.2017

## AutorInnen und Herausgeberinnen

### **DI<sup>in</sup> Buchegger, Barbara M.Ed.**

ist pädagogische Leiterin von *Saferinternet.at*. Beratung und Fortbildung von Jugendlichen, Eltern und LehrerInnen zu Medienkompetenz und digitaler Sicherheit. Begleitung bei der Konzeptualisierung und Umsetzung von (kooperativen) E-Learning-Projekten. Darüber hinaus ist sie für das ÖIAT als Erwachsenenbildnerin im Einsatz und arbeitet an Forschungsprojekten mit. Schwerpunkte: Medienkompetenzförderung und digitale Medien.

### **Mag.<sup>a</sup> Diendorfer, Gertraud**

ist Leiterin des Demokratiezentrum Wien. Lehrtätigkeit an der Universität Klagenfurt sowie Referentin in der Lehrerfortbildung an verschiedenen Pädagogischen Hochschulen Österreichs sowie in der Erwachsenenbildung. Schulbuchautorin und Herausgeberin von (Online-)Lehr- und Unterrichtsmaterialien. Leitende Mitarbeit an Forschungsprojekten zu zeitgeschichtlichen und demokratiepolitischen Themen und Forschungs-Bildungs Kooperationen. Redakteurin und Co-Herausgeberin der Fachzeitschrift Informationen zur Politischen Bildung.

### **Mag.<sup>a</sup> Duzdar, Muna**

ist Staatssekretärin für Diversität, Öffentlichen Dienst und Digitalisierung. Zuvor selbständige Rechtsanwältin sowie Landtags- und Gemeinderatsabgeordnete für die SPÖ in Wien. Diplomstudium der Rechtswissenschaften sowie Masterstudium Internationales Recht – Recht der arabischen Länder.

### **Mag.<sup>a</sup> Horvath, Louise**

ist Projektleiterin und Redakteurin bei *Saferinternet.at*. Sie leitet das netidee Projekt „Internet of Toys“. Zusätzlich unterstützt sie die Web- und Content-Entwicklung von *Saferinternet.at*. Sozioökonomie Studium und Forschungserkenntnisse in Bereich Ethik, Technik und Gesellschaft. Schwerpunkte: Publizistische Tätigkeiten, Forschung.

### **Kapfer, Margot**

ist diplomierte Trainerin für Erwachsenenbildung. Konzeption und Durchführung von Trainings und Fortbildungen zu Diversität, Antidiskriminierung, Zivilcourage und Cyber Hate/Digitale Zivilcourage für ZARA Training. Derzeit Studierende des Universitätslehrgangs „Global Citizenship Education“ an der Universität Klagenfurt.

### **Mag. Röhler, David**

ist Jurist, Unternehmensberater, Universitätslehrbeauftragter, Erwachsenenbildner. Seit 20 Jahren beschäftigt er sich intensiv mit Gesellschaft und Internet und hat Lehraufträge an Universitäten in Österreich und Deutschland. Themen: Journalismus, Politik, Bildung, Europäische Bildungspolitik. David Röhler arbeitet als Berater für EU-finanzierte Projekte und sammelt Erfahrungen mit neuen Formaten und Methoden: MOOCs, Flipped Classroom, Live-Online-Lernen (Webinare), etc. Er ist Mitgründer und Gesellschafter des Beratungsunternehmens PROJEKTkompetenz.eu GmbH, Salzburg; Vorstandsmitglied und Projektmanager von WerdeDigital.at, Wien. Weblog: <http://david.roethler.at>

### **Urban, Johanna MA**

ist Politologin und Mitarbeiterin am Demokratiezentrum Wien. Durchführung von Trainings und Fortbildungen zu Antidiskriminierung, Cyber Hate und Zivilcourage für ZARA Training. Guide im Rahmen des Projektes „denk mal wien“ des Mauthausen Komitee Österreich. Schwerpunkte: Politische Bildung, Europa, Erinnerungspolitik, Menschen- und Grundrechte.

## Das Institut

Das Demokratiezentrum Wien ist ein interdisziplinäres außeruniversitäres Institut, das wissenschaftliche Forschung mit Vermittlung von Inhalten an ein breites Publikum verbindet. Schwerpunkte des Demokratiezentrums sind aktuelle und historische Demokratisierungsprozesse, Demokratieentwicklung, neue Konzepte von Citizenship, e-Partizipation, Migration und Integration, Politische Bildung, Erinnerungskultur, Europäische Union sowie Neue Medien.

Das Demokratiezentrum Wien ist Partnerinstitut des Conflict, Peace and Democracy Clusters (CPDC) und war an dessen Aufbau beteiligt.

## Virtuelles Wissenszentrum

[www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org)

Das virtuelle Wissenszentrum umfasst zahlreiche Themendossiers und Wissensstationen, die ein umfangreiches Informationsangebot für unterschiedliche Zielgruppen bieten. Der angebotene Content reicht von der Einstiegsinformation bis zum Vertiefungswissen. Darüber hinaus sind in der digitalen Mediathek des Demokratiezentrums zahlreiche historische und aktuelle Bilder, Wahlplakate sowie Audio- und Videodokumente abrufbar. Ausgearbeitete Lernmodule können LehrerInnen bei der Vorbereitung und Durchführung ihres Unterrichts unterstützen.

## Workshops und Vermittlungsarbeit

Das Demokratiezentrum Wien bietet für schulische und außerschulische Bildungseinrichtungen sowie für Studierende und LehrerInnen Workshops zu Demokratie, Menschen- und Grundrechten, Migration und Integration, Politischer Bildung sowie Vorurteilsdekonstruktion an.

Bestellmöglichkeit:  
Demokratiezentrum Wien  
Hegelgasse 6/5  
1010 Wien  
Tel: +43 (0)1 512 37 37  
E-Mail: [office@demokratiezentrum.org](mailto:office@demokratiezentrum.org)  
[www.demokratiezentrum.org/materialien.html](http://www.demokratiezentrum.org/materialien.html)

ISBN: 978-3-9503645-1-4